

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1989

Redaktion: Matthias Bartke

Heft 46
Hamburg, April 1990

IMPRESSUM

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
D – 2000 Hamburg 55
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

ISSN 0936 – 0018

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Vorwort	3
2. Zur Arbeit des IFSH	5
2.1 Arbeitsschwerpunkt und Kooperationsbeziehungen	5
2.1.1 Das "Generalstreffen"	7
2.1.2 Ost-West-Workshop über Gemeinsame Sicherheit	11
2.1.3 Austausch-Vorlesung mit der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR	20
2.1.4 Friedensgutachten	23
2.2 Die Arbeit der Pädagogen	25
2.3 Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH	27
2.4 Lehrtätigkeiten von Mitarbeitern des IFSH	28
2.5 Personalien	30
2.6 Drittmittel und sonstige Finanzierung	33
2.7 Sonstiges	34
3. Projekte der Mitarbeiter	37
4. Veröffentlichungen von Mitarbeitern des IFSH	91
5. Anhang	101
5.1 Reihenübersicht	101
5.2 Kontakte des IFSH - eine Auswahl	107
5.3 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit"	110
5.4 Resonanz auf das Friedensgutachten 1989	111
5.5 Resonanz auf die Arbeit des IFSH - eine Auswahl	124

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige Wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der letzten Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen und nach Wegen der Überwindung der Blöcke und vieles mehr. Seit 1985 arbeitet ein Teil der Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. 1989 gehörten hierzu Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der beginnenden Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Ende des Jahres 1989 hat sich das IFSH mit ersten Analysen an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation beteiligt.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Das IFSH selbst gibt zwei Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen eher für die breite Öffentlichkeit gedacht. Die Veröffentlichungen beider Reihen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter des Instituts in ständiger Lehrtätigkeit seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg und anderen Hochschulen wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen ca. 14.000 Bände, ca. 150 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa 50 in- und ausländischen Zeitungen zur Verfügung. Ein Schlagwortkatalog erleichtert nicht nur die wissenschaftliche Arbeit am Institut, sondern dient auch als Hilfe, um die zahlreichen Anfragen an das IFSH aus allen gesellschaftlichen Bereichen sachgerecht beantworten zu können.

Am IFSH sind zur Zeit etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter tätig, darunter auch ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1990

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

2. Zur Arbeit des IFSH

2.1. Arbeitsschwerpunkte und Kooperationsbeziehungen

Die revolutionären Umbrüche in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) haben spätestens Ende des Jahres 1989 die ordnungs-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Landkarte Europas, ja der Welt, radikal verändert. Die Überwindung der Spaltung Europas und die Beseitigung der deutschen Zweistaatlichkeit sind die beiden Prozesse, die gegenwärtig die internationale Politik in Atem halten. Diese Prozesse verlaufen in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Während noch nicht ganz abgesehen werden kann, wo die osteuropäischen Nationen, die sich kommunistischer Einparteiendiktaturen entledigt haben, ihren Platz im Europa der Zukunft finden werden, ist die Grundsatzentscheidung für ein staatlich geeintes Deutschland wohl gefallen. Das IFSH hat noch zum Jahresende 1989 versucht, diesen Entwicklungen in ersten Diskussionen und Analysen gerecht zu werden. Die Entscheidung für eine gemeinsame Austausch-Ringvorlesung mit der Humboldt-Universität zu Berlin zu den "Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses" oder Veröffentlichungen wie die Hefte 43 bis 45 der "Hamburger Beiträge" und Ausgabe Nr. 9 der "Hamburger Informationen", die zu Beginn des Jahres 1990 erscheinen werden, sind erste Ergebnisse dieser Diskussionen.

Aber auch und gerade in Zeiten revolutionärer Umbrüche bleibt die Einsicht gültig, daß Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander und gemeinsam zu haben ist. Zu recht standen deshalb auch im Jahre 1989 im Mittelpunkt der Institutsarbeit Forschungsprojekte, aber auch einer Reihe weiterer Aktivitäten, zum Thema "Gemeinsame Sicherheit" und den damit verbundenen Folgefragen operativer Umsetzung. Was Gemeinsame Sicherheit meint, ist bereits in den vorausgegangenen Jahresberichten ausführlich dargelegt worden (vgl. z.B. Jahresbericht 1988, S. 3 ff.) Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts werden ferner im einzelnen im Abschn. 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsprojekte in Form von Veröffentlichungen werden in Abschn. 4 und 5 aufgelistet. Nachfolgend soll deshalb die Gelegenheit ergriffen werden, einige der weiteren Aktivitäten des IFSH etwas ausführlicher zu illustrieren, und zwar:

- das sog. Generaltreffen,
- der Ost-West-Workshop,
- die Austausch-Vortragsreihe mit der Humboldt-Universität,
- das Friedensgutachten.

Die Liste der Aktivitäten und Kooperationsbeziehungen des IFSH (vgl. auch Abschn. 2.3 ff.) ist mit diesen, nachfolgend skizzierten Beispielen natürlich nicht abgeschlossen. Zu nennen wären u.a. auch das "Symposium Abrüstung" im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg-Dresden, die Kooperation mit dem Internationalen Institut für Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), das gemeinsame Forschungsvorhaben mit der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt sowie dem Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Universität Bochum und vieles mehr. Doch mögen die nachfolgenden Beispiele genügen, um die Breite der Tätigkeiten und Initiativen aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperationsbeziehungen und Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, zu illustrieren.

2.1.1 Das "Generalstreffen"

Das IFSH hat es sich zur Gewohnheit gemacht, über seine Arbeit allgemein, insbesondere aber in militärfachlichen Fragen, den intensiven Gedankenaustausch mit Angehörigen der Streitkräfte zu suchen. Liegt es doch auf der Hand, daß jeder Vorschlag, der in die politische Praxis eingehen soll mit um so größerer Resonanz rechnen kann, je gründlicher er professioneller Prüfung und Kritik unterzogen wird. Seit Frühjahr 1988 ist es auch kein Tabu mehr, daß ranghohe Militärs aus West und Ost - z.B. der beiden Bündnisführungsmächte - direkt miteinander reden, während zwischen den aus vielerlei Gründen dazu besonders prädestinierten deutschen Staaten ein solcher Dialog nicht einmal ansatzweise stattfindet bzw. stattfand. Dies war der Ausgangspunkt für Bemühungen des Instituts, ein Arbeits- und Diskussionsstreffen von Offizieren der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee zu initiieren.

Die Vorbereitungen gestalteten sich langwierig und kompliziert. Es waren vielfältige Bedenken auszuräumen, ehe die endgültige Zusage beider Seiten vorlag. Begünstigt worden ist das Vorhaben durch die bestehende Städtepartnerschaft Hamburg-Dresden, der beiden Städte also, die in ihren Mauern die obersten Ausbildungsstätten der beiden deutschen Armeen beherbergen. Um die letzten Hindernisse zu glätten, bedurfte es der persönlichen Intervention der Verteidigungsminister der Bundesrepublik und der DDR. Am 28. und 29. März 1989 hat die Zusammenkunft, inzwischen als "Hamburger Generalstreffen" bekanntgeworden, in den Räumen des IFSH stattgefunden. Es war eine Tagung, die über ein flüchtiges Kennenlernen und einen unverbindlichen Meinungs austausch weit hinausgehend einen sachlich außerordentlich ergiebigen Ertrag zeitigte. Auch das öffentliche Echo ist, der Erstmaligkeit einer solchen Begegnung entsprechend, ungewöhnlich groß gewesen.

Vereinbart war, statt einer starren Tagesordnung eine elastische Gesprächsform zu wählen, strukturiert durch Einleitungsbeiträge der drei Teilnehmergruppen. Seitens des IFSH wurde das im eigenen Haus entwickelte Konzept der Gemeinsamen Sicherheit vorgestellt, das bekanntlich aus einer systematischen Kritik des Abschreckungsdenkens resultiert und insofern Grundelemente etablierter militärischer Sicherheitspolitik

beiderseits der Systemgrenze in Europa in Frage stellt. Die Leiter der beiden militärischen Delegationen, die stellvertretenden Kommandeure der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und der Militärakademie Friedrich Engels der NVA in Dresden nahmen in ihren Ausführungen zum Leitprinzip der Strukturellen Angriffsunfähigkeit bzw. zur neuen Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten Stellung. Aus den thematischen Überschneidungen der drei Kurzreferate ergab sich eine dichte und straffe Diskussion, die rasch auf das gesamte Feld der Sicherheitsproblematik in der Mitte Europas, denkbarer politischer und militärischer Lösungsansätze und auf das Selbstverständnis der beiden deutschen Armeen ausgriff. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Perspektiven der wenige Tage zuvor in Wien aufgenommenen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte bzw. über sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen in Europa.

Als didaktisch fruchtbar erwies sich der Vorschlag, gegenseitig zu präzisieren, welche Gegebenheiten und Entwicklungen ursächlich seien für die jeweils eigene Bedrohungswahrnehmung. Es verwundert nicht, daß über den objektiven Bedrohungscharakter der angeführten Sachverhalte die Auffassungen gegensätzlich blieben. Erstaunlich war hingegen das vollständige Einvernehmen unter den Teilnehmern über die Grundrichtung einer angemessenen Problemlösung. Von keiner Seite wurde in Erwägung gezogen, daß militärische Mittel im herkömmlichen Verständnis, d.h. die einseitige Steigerung der eigenen Konfliktfähigkeit oder gar ein gewaltsamer Streitaustrag noch vertretbare Antworten auf die Herausforderungen europäischer Sicherheit in Gegenwart und Zukunft sein könnten.

Positiv gewendet bezog sich die Übereinstimmung auf drei Hauptpunkte: Erstens wurde hervorgehoben, daß der Sinn von Streitkräften und Rüstungen nur noch darin bestehen könne, wie es ein Teilnehmer aus der DDR formulierte, den Krieg im Frieden zu besiegen. Zweitens waren sich die Offiziere beider deutscher Staaten darin einig, daß das Gebot strikter Defensivität erfordere, jegliches Element von Prävention aus den geltenden Militärstrategien und Einsatzplanungen ebenso wie aus den Ausbildungs- und Übungsrichtlinien zu entfernen. Drittens bestand Konsens in der Dringlichkeit der Nahaufgabe, eine personelle Kapazität zur

verlässlichen Überwachung der Einhaltung von Rüstungskontrollvereinbarungen heranzubilden.

Die Qualität der Diskussion war nicht zuletzt durch die Zusammensetzung der Teilnehmergruppen mit kompetenten Fachleuten bedingt. Die Nationale Volksarmee hatte Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Generalmajor Dr. Werner Hübner, Oberst Prof. Dr. Eberhard Arnold und Oberst Dr. Dieter Schuster entsandt. Für die Bundeswehr nahmen Brigadegeneral Dr. Hermann Hagena, Oberst i.G. Helmut Berner, Oberst i.G. Dr. Klaus Achmann und Kapitän zur See i.G. Dr. Lennart Souchon teil. Das gastgebende IFSH vertraten der Wissenschaftliche Direktor Egon Bahr, dessen Stellvertreter Dr. Dieter S. Lutz sowie Dr. Reinhard Mutz. Man stimmte darin überein, daß der überaus produktive Gesprächsverlauf nicht allein der persönlichen Konzilianz der Beteiligten zu verdanken war, sondern offenbar auch weitgehend den ähnlichen Sichtweisen prinzipiell gleichartiger Probleme. Ebenso war der Eindruck einhellig, daß gleichwohl ein Teil der Fragen notgedrungen vertiefungsbedürftig bleiben mußte und deshalb eine Fortsetzung der Erörterung, möglicherweise in einem erweiterten Kreis und auf zusätzlichen Ebenen, sinnvoll und wünschenswert sei.

In der überfüllten Pressekonferenz, die das Treffen abschloß und auf Wunsch der militärischen Delegationsleiter ohne deren Teilnahme von Egon Bahr gehalten wurde, konnten ohne Einschränkung Themen, Argumente und Ergebnisse der Tagung referiert werden. Allerdings mußten auch einige Antworten schuldig geblieben werden, z.B. ob das vollständige Protokoll der Gespräche veröffentlicht werden könne und ob die Gegeneinladung der Bundeswehr nach Dresden angenommen werde. Heute, fast ein Jahr später, sind diese Fragen weiterhin offen, was illustriert, daß der erste Dialogversuch zwischen militärischen Experten der Bundesrepublik und der DDR noch keineswegs ein Stück politischer Normalität in Deutschland darstellt.

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten existiert als Teil der internationalen Sicherheitsdebatte der Begriff der "vertrauensbildenden Maßnahmen". Die KSZE-Schlußakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 versteht darunter die Vorankündigung militärischer Manöver und den Austausch von Manö-

verbeobachtern. Dasselbe Dokument enthält jedoch unter der Überschrift "Andere vertrauensbildende Maßnahmen" einen weiteren Passus, der lautet: "Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß es andere Mittel gibt, durch die ihre gemeinsamen Ziele gefördert werden können. Insbesondere werden sie unter gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit und mit dem Ziel eines besseren gegenseitigen Verständnisses den Austausch auf Einladung zwischen ihrem militärischen Personal, einschließlich Besuchen von Militärdelegationen, fördern."

Das Hamburger Generalstreifen im IFSH hat zwischen den beiden mitteleuropäischen Bündnisstaaten in besonders exponierter Lage diese Absichtserklärung der KSZE erstmals eingelöst.

2.1.2 Ost-West-Workshop über Gemeinsame Sicherheit

Zusammen mit dem Institute for Peace and International Security in Cambridge, Massachusetts, und der "Gesellschaft Sowjetunion - Bundesrepublik Deutschland" veranstaltete das IFSH einen wissenschaftlichen Workshop über Gemeinsame Sicherheit. Der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR zeichnete als Mitträger des Workshops, weiter wirkten das Institut für USA- und Kanadastudien, das Europa-Institut, das Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen und das Allunions-Forschungsinstitut für Konjunktur, die sich in Moskau befinden, bei der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises mit.

An dem Workshop nahmen 35 mit Problemen der Friedensforschung und der internationalen Sicherheit befaßte Wissenschaftler aus der Bundesrepublik, aus Dänemark, der DDR, Israel, den Niederlanden, Polen, der Schweiz, Ungarn sowie der UdSSR und den USA teil.

Es handelte sich bei dem Workshop um den zweiten seiner Art. Der erste hatte im Juni/Juli 1988 in der American Academy of Arts and Sciences in Cambridge/USA stattgefunden.

Der insgesamt 2-wöchige Workshop gliederte sich in 2 Teile: In der ersten Woche tagte er in Hamburg. Ein wissenschaftliches Seminar diente dem Ziel der Entwicklung von Konzepten zur Bewältigung grenzüberschreitender Gefahren militärischer und nicht-militärischer Natur. Unter dieser übergreifenden Thematik wurden militärische, ökonomische, technologische und ökologische Aspekte von Sicherheit und Frieden erörtert.

Im Rahmen des Schwerpunktes *Militär und Frieden* wurden die Rolle der Nuklearwaffen in Europa, die Frage der konventionellen Stabilität in Europa, die Zukunft der Militärbündnisse und Probleme der Rüstungskontrolle und Abrüstung erörtert. Im Anschluß an die workshopinternen Diskussionen bot ein Gespräch mit ranghohen Offizieren der Führungsakademie Gelegenheit zu mitunter lebhaften Kontroversen über die Po-

sition der Bundesregierung in der aktuellen Abrüstungs- und Sicherheitspolitik.

Der Schwerpunkt *Technologie und Frieden* diente der Erörterung des Zusammenhanges von neuen Technologien und Wettrüsten sowie der Diskussion der Einbettung von Verifikationsverfahren und -technologien in Strukturen internationaler Kooperation. Am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg wurde die Thematik durch eine Einführung und die Demonstration von Technologien zur Verifikation von Rüstungskontrollabkommen "praktisch unterfüttert".

Im Rahmen des Schwerpunktes *Wirtschaftliche Beziehungen und Frieden* wurden gerade unter dem Gesichtspunkt der dramatischen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa die Beziehungen EG und RGW bzw. die Öffnung der EG für osteuropäische Staaten diskutiert und Sicherheitsaspekte des Ost-West-Handels erörtert. Im Mittelpunkt dieser Diskussionen standen zwei Vorschläge: der eines Marshall-Plans für Osteuropa und der einer Ersetzung des gegenwärtigen COCOM-Systems durch eine KSZE-Agentur zum Transfer ziviler High-Tech-Güter nach Osteuropa. Im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Abteilung sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, vertiefte der Workshop einen Aspekt seiner Diskussion über wirtschaftliche Beziehungen und Frieden anlässlich eines Vortrages über Perspektiven der Wirtschaftsreform in Osteuropa.

Im Rahmen der Thematik *Umwelt und Frieden* diskutierte der Workshop das Konzept ökologischer Sicherheit, erörterte die friedensgefährdenden Implikationen von Ressourcenverknappung und Umweltverschmutzung und befaßte sich mit der Notwendigkeit internationaler Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Das wissenschaftliche Seminar wurde eingerahmt von zwei öffentlichen Veranstaltungen: Im Rathaus eröffnete der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau, den Workshop. Es schloß sich eine öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Thema "Gemeinsame Sicherheit in der Zeit des Umbruchs: Weltweite Herausforderungen" an. In der Zusammensetzung des Podiums (Ambassador

Jonathan Dean, Union of Concerned Scientists, Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Max-Planck Institut für Physik und Astrophysik, als Repräsentant von Pugwash, Monika Griefahn, Greenpeace Deutschland und Prof. Dr. Daniil Proektor, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Leitung: Dr. Dieter S. Lutz) spiegelten sich sowohl die Internationalität des Workshops als auch der umfassende Sicherheitsbegriff der Workshopthematik wider.

Der Hamburger Teil des Workshops wurde mit einer weiteren öffentlichen Veranstaltung abgeschlossen: Anlässlich des 2. Jahrestages des Mittelstreckenabkommens zwischen den USA und der UdSSR diskutierten zwei sicherheitspolitische Experten aus den USA und der UdSSR, Paul C. Warnke, ehem. Chef der Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) unter Präsident Carter und Chefunterhändler bei SALT II, sowie Daniil Proektor, IMEMO, mit dem wissenschaftlichen Direktor des IFSH, Egon Bahr, die Fragestellung *"Das Mittelstreckenabkommen zwischen den USA und der UdSSR - Auftakt zur Abrüstung oder Vorspiel eines neuen Wettrüstens?"* Unter dem Eindruck der dramatischen Veränderungen vor allem in der DDR verlagerte sich das Schwergewicht des geplanten Streitgesprächs allerdings auf die Frage der Neugestaltung der Sicherheitsbeziehungen in Mitteleuropa und hier insbesondere auf die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Das neu erwachte Interesse an der Deutschen Frage, das schon die Diskussionen des wissenschaftlichen Seminars durchzogen hatte - so war die Eröffnungssitzung kurzfristig der Deutschen Frage gewidmet worden - bestimmte zu großen Teilen den zweiten Teil des Workshops. Er bestand aus einer Informationsreise in verschiedene deutsche Städte.

Die erste Station war Kiel. Dort fand eine Diskussion mit dem SPD-Landesvorsitzenden und Europa-Abgeordneten Gerd Walter und mit Mitgliedern der Projektgruppe Friedenswissenschaften Schleswig-Holstein statt. Im Zentrum der Diskussion standen zwei Fragen: Der Zusammenhang der Deutschen Frage mit der europäischen Integration und der Ostseeraum als Projekt gemeinsamer militärischer und ökologischer Sicherheit.

Die nächste Station war Dresden. In der Hochschule für Bildende Künste legte Prof. Dr. Johannes Heisig, Rektor der Hochschule für Bildende Künste Dresden, seine Auffassungen zu einer DDR-spezifischen Kulturpolitik dar. Prof. Dr. Helmut Teichmann und Dr. sc. Horst Oertel, beide Wissenschaftler an der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Kunsthochschule Dresden, erörterten Probleme der Zukunft der Friedensforschung in der DDR (nach der Mauer) sowie die Möglichkeiten und Grenzen eines "dritten Weges" in der DDR. In einem Gespräch mit Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister der Stadt Dresden, eruierten die Teilnehmer des Workshops seine Vorstellungen zur inhaltlichen Füllung des Konzeptes "Vertragsgemeinschaft" bzw. "konföderative Strukturen". Eine Gesprächsrunde in der Militärakademie Friedrich Engels, an der u.a. Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Stellv. Leiter der Militärakademie, Oberst Prof. Dr. Erich Hocke und Kapitän zur See Prof. Dr. Wolfgang Scheler teilnahmen, diente dem Austausch über die Entwicklung rein defensiver Militärstrategien und entsprechender Militärdoktrinen. Anlässlich dieser Gesprächsrunde wurden auch der Volkskammerentwurf für eine neue Militärdoktrin der DDR und ein Positionspapier von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Militärreform detailliert vorgestellt und diskutiert. Gespräche im Rathaus mit Vertretern des öffentlichen Lebens, an denen u.a. der erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters, André Lang, Vertreter der ehemaligen Blockparteien und Mitglieder der "Gruppe der 20" teilnahmen, verdeutlichten vor allem die vielfältigen Probleme, die sich den neuen gesellschaftlichen Gruppierungen der DDR angesichts der neuen Teilhabe an der politischen und gesellschaftlichen Macht stellen.

Die nächste Station der Informationsreise war Ost-Berlin. Gespräche mit Repräsentanten des wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, des Instituts für Internationale Beziehungen und des Berliner Universitätszentrums für Friedens- und Konfliktforschung dienten der Erörterung der zukünftigen wissenschaftlichen institutionellen Verortung der Friedensforschung in der DDR. Angesichts der unterschiedlichen politischen Standorte der Gesprächspartner gab es naturgemäß Kontroversen sowohl bei der Be-

urteilung der Organisation und Administration der Friedensforschung in der DDR in der Vergangenheit als auch hinsichtlich ihrer Perspektiven in der Zukunft. Eine Diskussion mit Dr. Wolfgang Herger, Vorsitzender des Volkskammerausschusses für nationale Verteidigung, konnte die Vorstellungen, die in der DDR zum Konzept der "hinlänglichen Verteidigung" entwickelt worden sind, verdeutlichen.

Die Informationsreise in die DDR wurde über die wissenschaftlichen und politischen Gespräche hinaus zur Verabredung zukünftiger kooperativer Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR und des IFSH bzw. der Universität Hamburg genutzt. Darüber hinaus hat sie vor allem den mit den deutsch-deutschen Beziehungen weniger vertrauten Workshop-Teilnehmern aus dem Ausland einen hervorragenden Einblick in die deutsch-deutsche Problematik geben können.

Nächste Station war West-Berlin. Hier informierten sich die Teilnehmer des Workshops bei Holger Hübner von der Senatskanzlei Berlin über die Vorstellungen des Berliner Senats zur Rolle Berlins bei der Entwicklung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten.

Letzte Station des Workshops war Bonn. Hier nahm der Workshop teil an einer Diskussion, die der Gesprächskreis "Sicherheit und Abrüstung" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem IFSH veranstaltete. Unter dem Titel "Am Ende des Ost-West-Konflikts?" und unter der Leitung von Dietrich Stobbe, MdB, SPD, konzentrierten sich die sicherheitspolitischen Experten der CDU, Karl Lamers (MdB), und der SPD, Karsten D. Voigt (MdB), auf die Deutsche Frage im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Ein Gespräch im Bundeskanzleramt mit Ministerialdirektor Horst Teltschik bot Gelegenheit, die internationale Kontroverse um den 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers zu erörtern. Ein abschließendes Pressegespräch unterstrich das Interesse, das die Medien der "Ost-West-Zusammensetzung" des Workshops entgegenbrachten. Die Zukunft der Militärallianzen in Europa und die Rolle der Supermächte bei der Gestaltung einer neuen europäischen Friedensordnung standen hierbei im Mittelpunkt der Fragen der Presse an den Workshop.

Derzeit wird die Publikation der Papiere, Vorträge und Diskussionen vorbereitet. Eine Buchpublikation wird sich dem Schwerpunkt der grenzüberschreitenden Gefahren widmen. Eine zweite Publikation wird sich auf die Deutsche Frage konzentrieren. Der dritte Workshop soll noch in diesem Jahr in der Sowjetunion stattfinden.

Für den 1989er Workshop hat das Institut Mittel bei der Stiftung Volkswagenwerk und beim Deutschen Akademischen Austauschdienst eingeworben. Förderanträge für den 1990er Workshop werden sowohl bei bundesdeutschen als auch bei nordamerikanischen Wissenschaftsförderungs-Institutionen gestellt.

Teilnehmer und Referenten:

Heinz-Werner Arens, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Kiel

Günther Bächler, Dipl.Pol., Schweizerische Friedensstiftung, Bern

Egon Bahr, Bundesminister a.D., Wissenschaftlicher Direktor des IFSH

Matthias Bartke, Wiss. Ref., IFSH

Dr. Wladislaw Below, Europa-Institut Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau

Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister, Dresden

Prof. Dr. Juri Davidov, Institut für USA- und Kanada-Studien, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau

Amb. Jonathan Dean, Arms Control Advisor, Union of Concerned Scientists, Washington, D.C.

Prof. Dr. Marian Dobrosielski, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Warschau

Gudrun Dometeit, Deutsche Presse Agentur, Hamburg

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer, Fachbereich Informatik, Universität Hamburg

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Direktor des Werner-Heisenberg-Instituts für Physik, Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München

Dr. Pal Dunay, International Law Department Eötvös Lorand University, Budapest

Dr. Hans-Georg Ehrhart, Wiss. Ref., IFSH
Thorsten Görrissen, Dipl.Pol., IFSH
Prof. Dr. Joshua S. Goldstein, Department of International Relations
University of Southern California Los Angeles, California
Monika Griefahn, Greenpeace Deutschland, Hamburg
Prof. Dr. Werner Hänisch, Institut für Internationale Beziehungen an der
Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam
Britta Heer, IFSH
Prof. Dr. Johannes Heisig, Rektor der Hochschule für Bildende Künste,
Dresden
Dr. Wolfgang Herger, Vorsitzender des Ausschusses der Volkskammer
für Nationale Verteidigung der DDR, Ost-Berlin
Oberst Prof. Dr. Erich Hocke, Militärakademie der DDR "Friedrich-Engels", Dresden
Holger Hübner, Senatskanzlei Berlin, West-Berlin
Margret Johannsen, St.R., IFSH
Dr. Juri M. Krasnow, Allunions-Forschungsinstitut für Konjunktur beim
Ministerium für Außenhandelsbeziehungen der UdSSR, Moskau
Karl Lamers, MdB, CDU, Bonn
André Lang, Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Dresden
Prof. Dr. Harald Lange, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
der DDR, Ost-Berlin
Generaloberst Prof. Dr. Rolf Lehmann, Militärakademie der DDR
"Friedrich-Engels", Dresden
Dr. Ronald Lipschutz, Director of the Pacific Institute Berkeley, California
Dr. Klaus Lösch, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Abteilung
Sozialistische Länder und Ost-West Wirtschaftsbeziehungen, Hamburg
Dr. Bernd Loewe, Zentraler Arbeitskreis Friedensforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, Ost-Berlin
Dr. Michael Lucas, World Policy Institute, New York
Dr. Dieter S. Lutz, Stellv. Wiss. Direktor des IFSH
Prof. Dr. Raj Menon, Department of International Relations Lehigh University Bethlehem, Pennsylvania
Dr. Björn Möller, Center for Freds- og Konfliktforskning, University of Copenhagen, Kopenhagen
Dr. Erwin Müller, Wiss. Ref., IFSH

Dr. Martin Müller, (MdBü), Leiter der Fachgruppe Sozialwissenschaften
Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. Reinhard Mutz, Wiss. Ref., IFSH

Götz Neuneck, Dipl. Phys., Wiss. Ref., IFSH

Dr. Horst Oertel, Hochschule für Bildende Künste, Dresden

Prof. Dr. Klaus Potthoff, Universität Kiel, Projektgruppe Friedenswissen-
schaften Schleswig-Holstein, Kiel

Prof. Dr. Daniil Proektor, Institut für Weltwirtschaft und Internationale
Beziehungen (IMEMO), Akademie der Wissenschaften der UdSSR,
Moskau

Jörg Reckmann, "Frankfurter Rundschau", Frankfurt a.M.

Laura Reed, M.A., Center for International Studies, Massachusetts In-
stitute of Technology, Cambridge, Massachusetts

Prof. Dr. Wilfried Röhrich, Universität Kiel, Projektgruppe Frie-
denswissenschaften Schleswig Holstein, Kiel

Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Kapitän z.S., Militäarakademie der DDR
"Friedrich-Engels", Dresden

Prof. Dr. Max Schmidt, Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
der DDR, Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung an der Akade-
mie der Wissenschaften der DDR, Ost-Berlin

Dietrich Stobbe, MdB, SPD, Bonn

Dr. Michael Strübel, Institut für Politische Wissenschaft an der Universi-
tät Heidelberg, European University Institute in Florence, Florenz

Prof. Dr. Helmut Teichmann, Hochschule für Bildende Künste, Dresden

Ministerialdir. Horst Teltschik, Bundeskanzleramt Bonn

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka, Peace Research Centre, Catholic University of
Nijmegen

Karsten D. Voigt, MdB, SPD, Bonn

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister Hamburg

Prof. Dr. Angelika Wagner, Vizepräsidentin der Universität Hamburg

Dr. Paul Walker, Co-Director of the Institute for Peace and International
Security, Cambridge, Massachusetts

Gerd Walter, MdEP, SPD-Landesvorsitzender, Kiel

The Hon. Paul C. Warnke, Ehemaliger Direktor der Arms Control and
Disarmament Agency, SALT II-Unterhändler, Washington, D.C.

Prof. Dr. Diethelm Weidemann, Berliner Universitätszentrum für Frie-
dens- und Konfliktforschung, Ost-Berlin

Prof. Dr. Josef Weizenbaum, Department of Computer Science Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Massachusetts

Prof. Dr. Walter Westphal, Universität Kiel, Projektgruppe Friedenswissenschaften Schleswig-Holstein, Kiel

Prof. Dr. Gerd Wibberenz, Universität Kiel, Projektgruppe Friedenswissenschaften Schleswig-Holstein, Kiel

Prof. Dr. Ernst Woit, Technische Hochschule Dresden, Interdisziplinärer Arbeitskreis Friedensforschung, Dresden

Gäste:

Oberst Helmut Berner, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachgruppe Sicherheitspolitik und Streitkräfte, Hamburg

Brigadegeneral a.D. Dr. Hermann Hagen, Bonn

Oberst Ludwig Jacob, Führungsakademie der Bundeswehr, Abteilung Funktionslehrgänge, Hamburg

Oberst Bernhard Möschel, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachgruppe Sicherheitspolitik und Streitkräfte, Hamburg

2.1.3 Austausch-Vorlesung mit der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR

Seit dem Sommersemester 1987 führen die Universität Hamburg und die Humboldt-Universität zu Berlin eine Austausch-Ringvorlesung unter dem Hauptthema "Gemeinsame Sicherheit - Universitäten im Friedensdialog" durch. Im Vorwort einer ersten Publikation* zu dieser Vorlesung heißt es: "Wenn es richtig ist, daß Sicherheit im Nuklearzeitalter Gemeinsame Sicherheit ist, d.h. nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander erreicht werden kann, so gilt dies insbesondere

- für die Militärpakte in Europa, auf deren Boden nach wie vor ungeheure Destruktionspotentiale lagern,
- für die beiden deutschen Staaten, die sich als "Frontstaaten" dieser Pakte gegenüberstehen,
- für die Wissenschaftler und Forscher in eben diesen Allianzen und Staaten, die sich nicht frei machen können von den möglichen Folgen ihrer Arbeit, einschließlich des militärischen Mißbrauchs ihrer Ergebnisse,
- und schließlich für die Friedensforschung, d. h. für jenen Bereich der Wissenschaft, dessen ausdrücklicher Auftrag es ist, in interdisziplinärer und internationaler Kooperation die Ursachen von Gewalt, insbesondere von Kriegen, zu analysieren und nach Wegen ihrer Überwindung zu suchen."

Was also liegt näher als die system- und paktübergreifende Kooperation gerade der deutsch-deutschen Friedenswissenschaften in Forschung, Lehre und Praxis? Was ferner ist selbstverständlicher als die gemeinsame Diskussion Gemeinsamer Sicherheit, also jenes Gegenstandes, der sich als Voraussetzung und Ziel der Gespräche bereits im Dialog zu erfüllen beginnt?

Dennoch war der Erfolg keineswegs sicher, als im Sommer 1987 der Leiter des Zentralen Arbeitskreises Friedensforschung der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR, Dr. Bernd P. Löwe, und der Stellvertretende

*) Fischer-Appelt, Peter / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Universitäten im Friedensdialog, Baden-Baden 1990 (i. E.)

Direktor des IFSH, Dr. Dieter S. Lutz, erstmals die Möglichkeit von Lehraufträgen diskutierten und sich in den nachfolgenden Gesprächen zwischen dem damaligen Rektor der Humboldt-Universität, Prof. Peter Klein, und dem Präsidenten der Universität Hamburg, Dr. Peter Fischer-Appelt, und insbesondere in Diskussionen mit dem Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, Prof. Dieter Klein, die Idee einer Austausch-Vorlesungsreihe herauskristallisierte. Was in der Theorie richtig scheint, muß in der Praxis - die es ja gerade zu verändern gilt - gleichwohl Hürden und Hindernisse überwinden. Der Ausdauer aller Beteiligten, insbesondere von seiten der Humboldt-Universität, aber auch der tatkräftigen Unterstützung des Direktors des IFSH, des Bundesministers a.D. Egon Bahr, ist es deshalb zu verdanken, wenn die Idee des Vorlesungsaustausches zwischen den beiden Universitäten in der Folgezeit nicht nur Willensbekundung blieb, sondern an Gesicht, Form und Realisierungschance gewann. In jedem Fall war es eine Premiere, als am 17. März 1988 in Berlin die Vorlesungsreihe tatsächlich durchgeführt werden konnte: Soweit ersichtlich, hatte es bislang keinen Austausch in vergleichbar institutionalisierter Form zwischen Universitäten der DDR und der Bundesrepublik Deutschland gegeben.

Die Vorlesungsreihe "Gemeinsame Sicherheit - Universitäten im Friedensdialog" umfaßte zwölf Vorträge - davon je sechs in Hamburg und Berlin - und erstreckte sich über das Sommersemester 1988 und das Wintersemester 1988/89. Sie schloß am 7. Dezember 1988 mit einer Podiumsdiskussion, an der, unter der Diskussionsleitung von Dieter S. Lutz, Egon Bahr, Peter Fischer-Appelt, Dieter Klein und Erich Hocke von der Militärakademie Friedrich Engels, Dresden, teilnahmen. Die Vorträge der Vorlesung werden als Sammelband in der Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit (MRS) im Nomos-Verlag veröffentlicht.

*) Vgl. dazu auch: Bahr, Egon / Lutz, Dieter S., Vernunft riskieren - Gemeinsame Sicherheit schaffen, in: Vernunft riskieren. Klaus von Dohnanyi zum 60. Geburtstag, hrsg. von Glotz, Peter / u. a., Hamburg 1988, S. 289 ff und dort insbes. "Teil I: Hamburg - Berlin - Dresden - Hamburg".

Auch wenn die Vorlesung zum Thema "Gemeinsame Sicherheit" im engeren Sinne im Dezember 1988 ihren - vorläufigen - Abschluß fand, so war damit keineswegs ein Ende des Lehr- und Diskussionsaustausches zwischen den beiden Universitäten beschlossen. Im Gegenteil: Noch während der Abschlußsitzung im Dezember 1988 vereinbarten der Präsident der Universität Hamburg und der neue Rektor der Humboldt-Universität, Prof. Dieter Hass, aus Anlaß des 50. Jahrestages der deutschen Aggression gegen Polen die Fortsetzung des Dialogs im Sommersemester 1988 und im Wintersemester 1988/89 zum Thema der "Vorgeschichte und die Folgen des Zweiten Weltkrieges". Auch dieser zweite Teil der Vorlesungsreihe wurde von jeweils sechs Wissenschaftlern der beiden Universitäten erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen. Die Federführung von Hamburger Seite hatte - neben den Vertretern des IFSH - Prof. Arno Herzig vom Historischen Seminar inne. Koordinator von seiten der Humboldt-Universität war der Leiter des Zentralen Arbeitskreises Friedensforschung Prof. Diethelm Weidemann.

Im Dezember 1989 schließlich vereinbarten Dieter S. Lutz und Dieter Klein die "Rückkehr zur aktuellen Politik" aus gegebenem Anlaß: Im Sommersemester 1990 sollen - wieder unter Initiative und Schirmherrschaft des IFSH - im Zeichen der neuen politischen Situation aktuelle Fragen zum Thema "Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses" im Rahmen der Neuen Europäischen Friedensordnung vertieft werden. Die Austausch-Vorlesung zwischen den beiden deutschen Universitäten kann sich somit schon heute selbst als ein - wenn auch kleiner - Baustein auf dem Weg der Realisierung eben dieser Neuen Europäischen Friedensordnung verstehen.

2.1.4 "Friedensgutachten"

Für das am 24. August vor der Bundespressekonferenz in Bonn vorgestellte "Friedensgutachten 1989" der drei Friedensforschungsinstitute in der Bundesrepublik war diesmal turnusgemäß das IFSH federführend. Die damit verbundenen Aufgaben erstreckten sich auch auf Redaktion, Lektorat, technische Herstellung und Vertrieb, gingen also über den Kreis der Autoren hinaus und beschäftigten zeitweilig in erheblichem Maß einen Teil der Mitarbeiter des Instituts.

Das Friedensgutachten erschien 1989 in gleicher Konzeption und Aufmachung, aber mit verbesserter inhaltlicher Struktur zum dritten Mal. Es hat den Charakter eines Handbuchs zur friedens- und sicherheitspolitischen Situation, das inzwischen in der Fachöffentlichkeit und darüber hinaus als gut eingeführt gelten kann. Es zieht ein kritisches Fazit der wichtigsten Entwicklungen in den zurückliegenden zwölf Monaten und wendet sich mit konkreten Vorschlägen an die politische Öffentlichkeit und die handelnde Politik. Die Ausgabe 1989 wurde von 27 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Hamburg, Frankfurt (HSFK) und Heidelberg (FEST) verfaßt, davon neun aus dem IFSH. Grundlage des Friedensgutachtens 1989 sind 19 wissenschaftliche Kurzanalysen zu internationalen Global- und Regionalkonflikten, den Ost-West-Beziehungen, den politischen Wandlungsprozessen in Europa und den aktuellen Problemen konventioneller und nuklearer Abrüstung. Die darauf aufbauende Stellungnahme der drei Institutsleitungen resümiert die Ergebnisse der Einzelstudien und formuliert zehn politische Empfehlungen u.a. zur Entmilitarisierung der Staaten- und Bündnisbeziehungen, zur Abwendung der Einführung neuer Kernwaffen in Europa, zu den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte, zum generellen Problem der Rüstungsmodernisierung, zur Frage der Verifikation von Abrüstungsergebnissen, zur strukturellen Modernisierung der osteuropäischen Volkswirtschaften, zum gesamteuropäischen Umweltschutz, zur Stärkung der friedenssichernden Funktion der Vereinten Nationen und zur Eindämmung von Rüstungsexporten.

Mit dem Friedensgutachten unterstreichen die beteiligten Institute ihre Absicht, den Arbeitsergebnissen der Friedensforschung eine größere

Ausstrahlung und Breitenwirkung zu geben. Die Bündelung der Kapazitäten in Form einer gemeinsamen periodischen Publikation drückt dies aus. Im Interesse einer raschen Reaktion auf aktuelle Entwicklungen und um den Kaufpreis sehr niedrig zu halten, wurde auf die Betreuung des Gutachtens durch einen kommerziellen Verlag verzichtet.

2.2 Die Arbeit der Pädagogen am IFSH

Eine der Satzungsaufgaben des IFSH besteht in der Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1989 arbeiteten zwei (seit August 1989 ein) Lehrer, vom Amt der Schule an das IFSH abgeordnet, am Institut. Derart personell verstärkt konnte das Institut dem Wunsch der Schulen nach pädagogisch aufbereiteter Information aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Die pädagogische Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrer wies 1989 vier Schwerpunkte auf:

1. Veranstaltungen

Als erster Schwerpunkt ist die Teilnahme der Lehrer an schulischen Veranstaltungen zu nennen: Sie informierten Schülergruppen aus der Studienstufe des Gymnasiums über Stand und Probleme der aktuellen Sicherheitspolitik und Probleme aus der Friedensforschung. Besondere Nachfrage herrschte nach Konzepten alternativer Verteidigungsmodelle. Darüber hinaus nahmen die Pädagogen an schulischen Veranstaltungen im Rahmen des Gemeinschaftskunde- und Politikunterrichtes sowie in Projektwochen teil.

2. Lehrerbildung/Lehrerfortbildung

In ihrer Mitwirkung im Rahmen der einjährigen Weiterbildungsseminare des Institutes für Lehrerfortbildung sowie in der Referendarausbildung bestand der zweite Schwerpunkt der Arbeit der Pädagogen. In Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Referenten des Instituts informierten sie über aktuelle sicherheitspolitische Probleme, die Entwicklung in der Sowjetunion und in anderen Staaten der WVO sowie über Alternativen zur Politik der nuklearen Abschreckung. Die Lehrer und Referendare, die an diesen Veranstaltungen teilnahmen, kamen aus dem Gymnasial-, Gesamtschul-, Berufsschul- und Realschulbereich.

3. Beratung von Lehrern, Pädagogen aus der außerschulischen Bildungsarbeit und von einzelnen Schülern

Neben der Nachfrage nach individueller Beratung von Pädagogen traten verstärkt einzelne Schüler an die abgeordneten Pädagogen heran, um

deren Unterstützung bei der Beschaffung von Materialien und beim Abfassen von Referaten zu erhalten.

4. Schriftliche Materialien

Für das Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) wurde das schriftlich Begleitmaterial zur Diareihe "Entspannung und Abrüstung in den achtziger Jahren" in Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle erstellt.

2.3 Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH

Die Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH besteht neben Veröffentlichungen im wesentlichen aus mündlichen Aktivitäten, wie Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Interviews. Nach groben Schwerpunkten aufgelistet, gibt die folgende Tabelle diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder:

Themenschwerpunkte	Vorträge	Podiumsdiskussionen	Tagungen	Interviews	Gesamt
Aktuelle sicherheitspolitische Fragen	46	1	18	6	70
Friedenserziehung	-	-	1	-	1
Friedensforschung IFSH	6	-	2	5	13
Sicherheitspolitische Alternativen zur Abschreckung	2	-	1	2	5
Sicherheitspolitik im Ost-West-Konflikt	2	-	1	1	4
Sonstiges	15	-	1	2	18
Gesamt	70	1	24	16	111

2.4 Lehrtätigkeiten von Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

Wintersemester 1988/89:

1. Freie Universität Berlin:
Fachbereich Politikwissenschaft: Übung Determinanten der Innen- und Außenpolitik der Südostasiatischen Staaten (Susanne Feske).
2. Universität Hamburg:
Fachbereich Physik: Seminar "Physik und Rüstung" (Götz Neuneck);
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Rüstung" (Götz Neuneck/Roland Reimers).

Sommersemester 1989:

1. Freie Universität Berlin:
Fachbereich Politikwissenschaft: Determinanten der Innen- und Außenpolitik der Südostasiatischen Staaten (Susanne Feske).
2. Universität Hamburg:
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Rüstung" (Götz Neuneck/Roland Reimers).
3. Allgemeines Vorlesungswesen: Das IFSH veranstaltete im Rahmen des der Universität Hamburg eine Vorlesungsreihe unter dem Titel "Frieden auf dem Weg in die Zukunft". Im Rahmen dieser Vorlesungsreihe lasen neben Wissenschaftlern vom SIPRI, der Universität der Bundeswehr, der Fachhochschule Hamburg und der Universität Hamburg wissenschaftliche Mitarbeiter des IFSH:

06.04. Europa ohne Krieg (Egon Bahr)

27.04. Die Zukunft der Abrüstung (Reinhard Mutz)

18.05. Durch Dialog zum Frieden? (Hanne-Margret Birckenbach)

08.06. Eine neue europäische Friedensordnung? (Dieter S. Lutz im Dialog mit Marian Dobrosielski)

Wintersemester 1989/90:

Universität Hamburg:

Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und internationale Sicherheit (Götz Neuneck)

2.5 Personalia (Stand 31.12.1989)

Im Jahr 1989 wurden am IFSH drei Referenten, drei ausländische Fellows, zwei wissenschaftliche und drei studentische Hilfskräfte, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie eine nichtwissenschaftliche Angestellte eingestellt. Darüber hinaus fanden ein Stipendiat und ein abgeordneter Soldat Eingang am Institut. Es verließen das IFSH drei Referenten, zwei wissenschaftliche und zwei studentische Hilfskräfte, eine wissenschaftliche und zwei nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen sowie ein abgeordneter Soldat und ein abgeordneter Lehrer. Ein Referent wurde für zwei Jahre für eine Projektarbeit am SIPRI beurlaubt.

Im Dezember 1989 arbeiteten am IFSH der Direktor, der stellvertretende Direktor, sechs wissenschaftliche Referenten, drei ausländische Fellows, acht wissenschaftliche Mitarbeiter, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte sowie zehn nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

Institutsangehörige:

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Egon Bahr

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Dieter S. Lutz

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Matthias Bartke

Dr. Hanne Birckenbach

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Dr. Erwin Müller

Dr. Reinhard Mutz

Götz Neuneck

Ausländische Fellows:

Prof. Dr. Marian Dobrosielski (Polen)
Itzak Lederman (Israel)
Dr. Michael Lucas (USA)

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Lothar Bontenakels
Thorsten Görrissen
Dr. Lothar Jung
Roland Reimers
Brigitta Richter
Gabriele Riedel
Ursel Schlichting
Bernd-Dieter Starke

Wissenschaftliche Hilfskräfte:

Heinz Gmelch
Matthias Martin

Studentische Hilfskräfte:

Britta Heer
Thorsten Herberger
Ute Krieger

Sekretärinnen:

Helga Bormann
Silvia Flahive
Marlene Hövermann
Heike Maurer

Bibliothek:

Susanne Bund

Dokumentation:

Dagmar Otto

Verwaltung:

Heidemarie Bruns

Abgeordnete Lehrerin:

Margret Johannsen-Seidemann

Abgeordneter der Streitkräfte:

Major Roland Kästner

Das IFSH hat hierüber hinaus im Berichtsjahr wiederholt die Praktikumsbetreuung für Interessenten aus unterschiedlichen Bereichen (z.B. Schulen und Universitäten) übernommen.

2.6 Drittmittel und sonstige Finanzierung

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg beständig - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben acht Mitarbeiter ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können: VW-Stiftung (3), ABM-Mittel (1), Verteidigungsministerium (2) und Schulbehörde (2). Ferner wurde der Internationale Workshop "Common Security" von Seiten der VW-Stiftung und dem Auswärtigen Amt und die Tagung mit dem IPW/DDR bzw. die Austauschringvorlesung mit der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR über das Kulturabkommen mitfinanziert.

1989 hat das IFSH bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) einen Forschungsförderungsantrag zum Thema "Fernerkundung und europäische Sicherheit" gestellt. Das Projekt soll eine Laufzeit von zwei Jahren haben. Ein weiteres Drittmittelvorhaben wurde bei der Ford-Foundation zum Thema "Conventional Stability in Central Europe" gestellt. Ein drittes wurde zur Antragstellung bei der Stiftung Volkswagenwerk vorbereitet.

2.7 Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* wurde 1989 um 852 Bände auf insgesamt 14.366 Bücher erhöht. Zur Zeit werden 149 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Arbeiten am Aufbau des Schlagwortkatalogs wurden fortgeführt, darüber hinaus erstellte die Bibliothekarin Auswahlbibliographien zu aktuellen Themenbereichen des IFSH. In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 10 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Dazu kommen Artikel aus ca. 40 ausländischen Zeitungen, die über das World Press Archive des Swedish Institute of International Affairs bezogen werden. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden ca. 12 regelmäßig erscheinende in- und ausländische Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften und anderen offiziellen und inoffiziellen Stellen archiviert.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum einmal. Es setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen (Stand 31.12.1989):

Staatsrat Hinrich Budelmann
Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Hochschulamt -
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström
Institut für Experimentalphysik

Dr. Johannes Bastian
Fachbereich Erziehungswissenschaften

Helmut Bilstein
Staatsrat a.D.
SPD-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas
Fachbereich Sprachwissenschaften

Dr. Peter Fischer-Appelt
Präsident der Universität Hamburg

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel
Institut für Politische Wissenschaft

Prof. Dr. Heinz Renn
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften

Thomas Wehner
(Studentenvertreter)

Der *Wissenschaftliche Beirat* trat im Berichtszeitraum einmal zusammen.
Der Beirat setzt sich zusammen aus:

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic
Universität Belgrad

Prof. Dr. Theodor Leuenberger
Hochschule St. Gallen

Prof. Dr. Egbert Boeker
Free University
Naturkundig Laboratorium de Boelelaan
Amsterdam

Prof. Dr. Marian Dobrosielski
Polnisches Institut für Internationale
Angelegenheiten
Warschau

Prof. Dr. Max Schmidt
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft
Berlin (DDR)

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Werner-Heisenberg-Institut für Physik
München

Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu 7 Sitzungen zusammen.

3. Projekte der Mitarbeiter

Egon Bahr/Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Matthias Bartke

- Rechtsgrenzen des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr

Hanne-Margret Birckenbach

- Sozialpsychologische Aspekte sicherheits- und friedenspolitischer Alternativen / Gemeinsame Sicherheit

Lothar Bontenakels

- Vergleich der Konzepte von SPD und britischer Labour Party für eine zukünftige Friedensordnung in Europa

Marian Dobrosielski

- Ein neuer Ansatz zum europäischen Sicherheitsgedanken (Rethinking European Security)

Christian Drewniok

- Der Einsatz von Fernerkundungstechniken zur Verifikation von Abrüstungsvereinbarungen

Hans-Georg Ehrhart

- Europäisierung der Sicherheit? Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Sicherheitskooperation im Hinblick auf eine friedensfördernde Sicherheitsstruktur in Europa

Susanne Feske

- Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit in Südostasien: Probleme und Perspektiven der Übertragbarkeit

Thorsten Görrissen

- Ökologische Sicherheit - Transnationale Umweltbelastungen als Gegenstand der internationalen Politik

Margret Johannsen

- Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den 80er Jahren

Lothar Jung

- Die Entwicklung der sowjetischen Sicherheitspolitik unter Gorbatschow (1985-1989)

Roland Kaestner

- Kriegsfolgenstudie konventioneller Kriegführung in Mitteleuropa

Dieter S. Lutz

- Fernerkundung und europäische Friedenssicherung

Mathias Martin

- Gemeinsames Europäisches Haus und Europäische Friedensordnung

Ingeborg Mehser

- Künstliche Intelligenz: Ihr Einfluß auf den qualitativen Rüstungswettlauf und die Rüstungskontrollpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Expertensystemen

Erwin Müller

- Bedrohungsanalyse

Jens Müller-Kent

- Analyse von Struktur und Praxis der Militärseelsorge unter besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung in der evangelischen Kirche und der Erwartung der Bundeswehr

Reinhard Mutz

- Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente Gemeinsamer Sicherheit

Götz Neuneck

- Rüstungsmodernisierung und konventionelle Rüstungskontrolle

Roland Reimers

- Mathematische Modelle von Rüstung und Krieg

Brigitta Richter

- Die Bundesrepublik Deutschland und die Westeuropäische Union
- Eine Untersuchung 1982-1988

Christiane Rix

- Die Bedeutung der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit

Ursel Schlichting

- Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion

Bernd-Dieter Starke

- Der Friedensauftrag des Grundgesetzes

Arnold Peter Teicht

- Die Rolle Frankreichs in einem künftigen Sicherheitssystem für Europa

Bearbeiter: Egon Bahr / Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Kurzbeschreibung:

Spätestens Tschernobyl hat bewiesen, daß in einer Zeit, in der nicht nur die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen - gewollt oder ungewollt - grenzüberschreitend wirken (Wirtschaftskrise, Umweltverschmutzung, radioaktive Folgen eines Atomkrieges etc.), Sicherheit nicht länger nur militärisch und vor allen Dingen nicht länger einseitig erlangt werden kann. Eigene Sicherheit muß vielmehr stets auch die Sicherheitsinteressen des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben. Die Alternativen sind das gemeinsame Überleben oder der gemeinsame Untergang.

Was bedeutet Gemeinsame Sicherheit im einzelnen? Was sind ihre Ziele, Definitionsmerkmale und Strukturelemente? Was sind ihre außermilitärischen, z.B. rechtlichen, ökonomischen oder psychologischen Bezüge? Und vor allen Dingen: Gemeinsame Sicherheit ist ein Kriegsverhütungskonzept auf der Basis militärischer Mittel. Was also sind ihre strategischen und militärischen Grundüberlegungen? Wie können sie in die Praxis umgesetzt werden?

Im Berichtszeitraum hat uns insbesondere die letzte Frage und die Praxis beschäftigt. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen vor allem die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte (VKSE), die seit März 1989 in Wien stattfinden.

Ziel der VKSE ist es, die Stabilität und Sicherheit in Europa durch den Abbau von Ungleichgewichten (Asymmetrien), durch Abrüstung, Rüstungsbegrenzungen und Umdislozierungen sowie insbesondere durch die Beseitigung von Angriffsfähigkeiten zu festigen. Teilnehmer von VKSE sind die Mitgliedstaaten der NATO und WVO. Verhandlungsgebiet ist das Landterritorium aller Teilnehmer in Europa vom Atlantik bis zum Ural und Kaspischen Meer. Gegenstand der VKSE sind die auf Land stationierten konventionellen Streitkräfte. Entsprechend umschließen die Wiener Verhandlungen alle konventionellen Streitkräfte der 23

Teilnehmerstaaten in Europa, d.h. einheimische Streitkräfte ebenso wie ausländische.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit. Konventionelle Stabilität. Bd. III: Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1988
- Dieter S. Lutz, Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 41, Hamburg 1989

Bearbeiter: Matthias Bartke

Projekt: Rechtsgrenzen des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr

Kurzbeschreibung:

Das Projekt beinhaltet eine Auseinandersetzung mit den Notstands- und Wehrrechtsnormen des Grundgesetzes. Die Entstehung der ersten Wehrverfassung von 1956 und die Entwicklung zur "Notstandsnovelle" von 1968 bilden daher den Schwerpunkt des ersten Teils der Arbeit.

Hieran anschließend wird die Frage untersucht, ob die Bundeswehr nur im Verteidigungsfall zur Verteidigung eingesetzt werden darf. Rechtlich beinhaltet dies eine eingehende Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen Art. 115 a GG ("Verteidigungsfall") und Art. 87 a Abs. 2 GG ("Verteidigung"). Nach der heute wohl überwiegenden Lehre hängen beide Normen nur sehr lose miteinander zusammen. Art. 115 a GG ist danach eine Norm, die primär nach innen und Art. 87 a Abs. 2 GG eine Norm, die primär nach außen gerichtet ist. Diese Unterscheidung wird unter einer Reihe von Gesichtspunkten kritisch erörtert. Hierzu gehört vor allem eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses von Wehrverfassung zur Notstandsverfassung und eine genauere Überprüfung der praktischen Funktion der völkerrechtlichen Erklärung über das Bestehen des Verteidigungsfalles nach Art. 115 a Abs. 5 GG.

Anschließend wird Art. 24 Abs. 2 GG als einsatzentscheidende Norm für die Bundeswehr untersucht. Art. 24 Abs. 2 GG ermöglicht dem Bund, sich in ein "System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" einzuordnen und stellt damit die Verfassungsoption auf kollektive Sicherheit dar. Das Prinzip der kollektiven Sicherheit wird daher in seiner Entstehung und seinen grundsätzlichen Prinzipien dargestellt. Daran anschließend wird Art. 24 Abs. 2 GG als Ermächtigungsgrundlage für Bundeswehreinsätze im Rahmen des Kapitel VII der UN-Charta, im Rahmen von UN-Friedensmissionen und im Rahmen von Bündniseinsätzen von NATO und WEU untersucht. Schwerpunktmäßig wird dabei jeweils geprüft, ob es sich bei UNO, NATO und WEU um Systeme kollektiver Sicherheit handelt.

Anhand dieses rechtlichen Gerüstes wird dann die aktuelle politische Diskussion um Bundeswehreinsätze im Persischen Golf einer rechtlichen Wertung unterzogen.

Eingedenk der Tatsache, daß der Art. 115 a GG die Feststellung des Verteidigungsfalles bereits ermöglicht, wenn ein Angriff "unmittelbar droht", wird abschließend geprüft, ob das Grundgesetz tatsächlich eine Präventiv- oder Präemptivverteidigung zuläßt.

Wissenschaftliche Kooperation:

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaften II; Studiengruppe "Europäische Sicherheit" der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW).

Veröffentlichungen zum Thema:

Bundeswehrtruppen für die UNO? In: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F) Nr. 4/1988, S. 259-265

Bearbeiterin: Hanne-Margret Birckenbach

Projekt: Sozialpsychologische Aspekte sicherheits- und friedenspolitischer Alternativen / Gemeinsame Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Gegenstand des Projektes sind die im Diskurs über sicherheitspolitische Alternativen wirksamen sozialpsychologischen Mechanismen unter spezieller Berücksichtigung der Problematik von Angstverarbeitung und Feindbildern in den Ost-West-Beziehungen. Der methodische Ansatz des Projektes bewegt sich im Rahmen der politischen Psychologie internationaler Beziehungen. Das Projektziel richtet sich auf die Kritik unfruchtbarer Diskursstrategien, die Erarbeitung konstruktiver Alternativen dazu und auf die Freilegung von Anknüpfungspunkten für eine inner- und zwischengesellschaftliche Kultur der Verständigung über sicherheitspolitische Alternativen der Friedenspolitik.

Ein Schwerpunkt der Projektarbeit 1989 bildete die in beiden Gesellschaften geführte Debatte um die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit".

Der Stil ist von Feindbildern geprägt und folgt der Interpretation von Politik als Geflecht gegeneinander gerichteter Machtinteressen. Er läßt die Abwehrhaltungen erkennen, die in beiden Systemen gegenüber kommunikativen Friedensstrategien bestehen und sich wechselseitig bestärken. Die Gegner des Konzepts machen jedoch auch Vorbehalte und Argumente gegen eine Streitkultur geltend, die auf tatsächlich vorhandene politisch-psychologische Probleme hinweisen. Eine besondere Rolle spielt die asymmetrische Konfliktstruktur, die aus den Ungleichheiten der inneren Verflechtungs- und Herrschaftsordnungen in Ost und West resultiert. Solche vordergründig bloß "inneren Angelegenheiten" beeinflussen die Interaktionen zwischen den Systemen und strukturieren auch die Debatte um eine Kultur des politischen Streits, sowie deren Realisierungschancen.

Als kommunikative Friedensstrategie verweist eine Streitkultur sowohl auf das Ziel als auch auf eine Methode des friedlichen Wandels in und

mit beiden Gesellschaften. Insofern handelt es sich um ein über die Beziehungen zwischen den Parteiführungen von SPD und SED hinausweisendes friedenspolitisches Modell. Um es weiterzuentwickeln, ist dringlich:

- die Erweiterung der sozialen Basis,
- die Entwicklung didaktischer Hilfen, die eine systemüberschreitende Kommunikations- und Verständigungsfähigkeit der Bürger/innen fördern,
- die Bestimmung der asymmetrischen Konfliktstrukturen als Gegenstand des transsystemaren Lernens und
- die Entwicklung und Förderung von Formen der Kritik, die auf Verständigung, Veränderung und produktive Konfliktbearbeitung ausgerichtet sind.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Was klären Phantasie-Analysen im Ost-West-Konflikt? In: H.-J. Busch, A. Krovoza (Hrsg.), Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie. Frankfurt 1989, S. 129-155
- Streit über Streitkultur. Schwierigkeiten bei der Etablierung einer verständigungsorientierten Friedensstrategie; in: Wolfgang R. Vogt, Angst vor dem Frieden, München 1989, S. 127-138
- Das Tabu, in: DIE ZEIT Nr. 47 vom 17.11.1989, S. 56

Bearbeiter: Lothar Bontenakels

Projekt: Vergleich der Konzepte von SPD und britischer Labour Party für eine zukünftige Friedensordnung in Europa

Kurzbeschreibung:

Ausgehend von den tiefgreifenden Veränderungen im internationalen System wird untersucht, welcher Positionswandel in den beiden sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien im Verlauf der vergangenen fünf bis zehn Jahre vollzogen wurde.

Standen die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit bereits wiederholt im Mittelpunkt umfänglicher Studien, so blieb das britisch-deutsche Verhältnis zumeist im Hintergrund des öffentlichen wie auch des wissenschaftlichen Interesses. Beide Länder sind Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie der NATO und gehören zu den ökonomisch stärksten und politisch einflußreichsten Staaten in Europa. Die jeweilige Regierungspolitik bestimmt daher maßgeblich die zukünftige Struktur internationaler Beziehungen auf diesem Kontinent.

Eine Konzentration der seit 1.11.1989 laufenden Untersuchung auf SPD und Labour Party schien sinnvoll, da beide Parteien in ihren Ländern einflußreiche politische Faktoren darstellen: Beide könnten nach den Bundestagswahlen 1990 bzw. Unterhauswahlen 1991/92 zur Regierungspartei werden und sind gegenwärtig bereits die stärksten parlamentarischen Oppositionskräfte.

Darüber hinaus sind beide auch Mitglieder der Sozialistischen Internationale (SI), die die Diskussionen dieses Zusammenschlusses prägen. Willy Brandt, Vorsitzender der SI, formulierte den Anspruch, daß mit dem 21. Jahrhundert das sozialdemokratische Zeitalter begänne. Die positive Bezugnahme vieler (ex-)kommunistischer Parteien in Ost- und Westeuropa (vgl. u.a. Ungarn bzw. Italien) scheinen ihm hierin recht zu geben.

Mit dem Projekt ist beabsichtigt, die Eckpunkte der jeweiligen Konzeption zu beleuchten und Konvergenzen bzw. Widersprüche herauszuarbeiten. Die Einschätzungen der zukünftigen Bedeutung von USA und UdSSR für Europa sind hierbei ebenso von Interesse wie die

Ansichten über den Wandel in Osteuropa - insbesondere in der DDR - und deren Bedeutung für die zukünftige europäische Friedensordnung. In diesem Zusammenhang besteht das Ziel der Untersuchung nicht nur darin, die Vorstellungen beider Parteien zu vergleichen, sondern darüber hinaus auch die innerhalb der Parteien bestehenden Differenzierungen, Fraktionen und politischen Strömungen zu analysieren und ggf. nach inhaltlich-programmatischen Schnittpunkten zu fragen.

Die Themenstellung beschränkt sich bewußt nicht auf unmittelbar militärisch-sicherheitspolitische Fragestellungen, da sowohl Chancen wie Risiken des internationalen Wandels vorrangig Herausforderungen zur politischen Gestaltung darstellen. Erst im Rahmen dieser erweiterten Sichtweise erhalten die Probleme der Abrüstung und Rüstungskontrolle ihren Platz.

Wissenschaftliche Kooperation:

Oxford Research Group; Universität Köln, Fachbereich Politikwissenschaften.

Bearbeiter: Marian Dobrosielski

Projekt: Ein neuer Ansatz zum europäischen Sicherheitsgedanken
(Rethinking European Security)

Kurzbeschreibung:

Es soll eine allgemeine Analyse der Umgestaltungen im Denken und Handeln in den zentral- und osteuropäischen Staaten sowie ihrer Implikationen für die europäische Sicherheit gegeben werden (Entmilitarisierung, Humanisierung, Deideologisierung, Demokratisierung).

Der notwendige und mögliche Weg von der Doktrin der Abschreckung zur Gemeinsamen Sicherheit soll aufgezeigt werden. (Ein philosophisches und humanitäres Plädoyer gegen die Abschreckung und für Gemeinsame Sicherheit.)

Eine der Hauptthesen: In Europa gibt es weder rein kapitalistische, noch rein sozialistische Staaten. Es gibt hier auch keine, nach Popper'schen Kriterien völlig offene noch völlig geschlossene Gesellschaften. Die Unterschiede sind nicht qualitativ, sondern gradmäßig. Nach dem II. Weltkriege entstandene Teilungen und Trennungslinien sind heute anachronistisch und überholt.

Nationale, transnationale, systemübergreifende Trennungs- und Verbindungslinien in Europa sollen beispielhaft aufgezeigt werden. Die wichtigste ist die, die sich zwischen den Kräften, politischen Parteien, Ideologien und Weltanschauungen für die Erreichung, Entwicklung und Erhaltung offener Gesellschaften und solchen, die sich für totalitäre Methoden geschlossener Gesellschaften einsetzen. Es sollen beispielhaft Wege und Mittel aufgezeigt werden, die die gegenseitige Stärkung der erstgenannten Kräfte ermöglichen und so den Weg zu einer Gemeinsamen Sicherheit ebnen.

Die vielen nicht-militärischen Dimensionen der Sicherheit (ökologische, wirtschaftliche, sozial-politische, humanitäre, kulturelle usw.) sollen aufgezeigt und kurz besprochen werden. Die Notwendigkeit den KSZE-Prozeß zu beleben, zu erweitern und zu dynamisieren, wie auch die Rolle

der kleinen und mittleren Staaten Europas in diesem Prozeß soll besprochen werden.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institute für East-West-Security Studies, New York

Bearbeiter: Christian Drewniok

Projekt: Der Einsatz von Fernerkundungstechniken zur Verifikation von Abrüstungsvereinbarungen

Kurzbeschreibung:

Gegenstand der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Waffen und Streitkräfte in Europa (VKSE) ist neben den eigentlichen Reduzierungsmaßnahmen die Ausarbeitung eines geeigneten Verifikationssystems. Die Verifikation eines VKSE-Vertrages wird sich im wesentlichen auf einen detaillierten Datenaustausch sowie auf den gegenseitigen Einsatz von Inspektorenteams stützen. Durch eine weiträumige Überwachung des gesamten Vertragsgebietes aus der Luft (*Open Skies*) oder aus dem Weltall (*Nationale Technische Mittel*) könnte gleichzeitig sichergestellt werden, daß die Kontrollen durch die Vor-Ort-Inspektionen nicht durch vertragswidrige Aktivitäten außerhalb der deklarierten militärischen Standorte umgangen werden.

In dem vor diesem Hintergrund zu sehenden Projekt wurde ein Überblick erarbeitet über die sicherheitspolitischen und technischen Aspekte des Einsatzes von Fernerkundungstechniken zur Verifikation. Das Projekt diente einerseits der inhaltlichen Vorbereitung eines seit dem 1.10.1989 durch die Volkswagen-Stiftung geförderten Projektes am Fachbereich Informatik, das in Kooperation mit dem IFSH gezielt die Fragen der Auswertung der bei einem solchen Einsatz anfallenden Daten untersuchen soll. Daneben wurde in Kooperation mit zwei weiteren deutschen Instituten ein Konzept für ein gemeinsames Projekt erarbeitet, das in interdisziplinärer Zusammenarbeit die sicherheitspolitischen, rechtlichen und technischen Fragestellungen einer möglichen europäischen Kooperation auf dem Gebiet der Fernerkundung zum Zwecke der Verifikation, des Krisenmanagements und der Vertrauensbildung untersuchen soll. Ein Antrag auf Förderung dieses Projektes wurde inzwischen an die Deutsche Forschungsgemeinschaft gestellt.

Wissenschaftliche Kooperation:

Fachbereich Informatik der Universität Hamburg; Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg; Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum; Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart

Projekt: Europäisierung der Sicherheit? Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Sicherheitskooperation im Hinblick auf eine friedensfördernde Sicherheitsstruktur in Europa

Kurzbeschreibung:

Die sicherheitspolitische Lage in Europa ist in eine Phase dynamischer Veränderungen getreten, die Möglichkeiten und Gefahren in sich birgt. Ausgehend von der Annahme der Notwendigkeit einer Umgestaltung des heutigen bipolaren und nuklear gestützten Drohsystems wird die These vertreten, daß der Aufbau einer neuen friedensfördernden Sicherheitsstruktur eine "Europäisierung" bzw. "Selbstbehauptung" Europas zur Voraussetzung hat. Darunter ist nicht der machtpolitische Aufbau einer dritten Weltmacht Westeuropa zu verstehen, sondern es geht um die verbesserte Koordinierung, Angleichung und in Teilbereichen auch Zusammenlegung der vorhandenen Kapazitäten im Rahmen einer kohärenten sicherheitspolitischen Strategie für Gesamteuropa. Der angestrebte Wandel ist nur auf kooperativem Wege und auf zwei miteinander verflochtenen Ebenen zu erreichen: über eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit zwischen Ost und West, die wiederum durch eine Politik der Sicherheitspartnerschaft innerhalb des Westens respektive Westeuropas gefördert wird. Aus historischen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Gründen ist Frankreich für die Bundesrepublik der zentrale Ansprechpartner. Ohne oder gar gegen Frankreich ist ein Strukturwandel auf lange Sicht nicht möglich.

Aus der o. a. These werden folgende Fragen abgeleitet: Wie hat sich die französische Sicherheit in den achtziger Jahren entwickelt? Welche Interessen bestimmen die Bemühungen um eine Reaktivierung der militärischen Klauseln des Elysée-Vertrages? Welche politischen Ziele werden mit welchen Mitteln verfolgt? Wo liegen Möglichkeiten und Grenzen einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik? Welche europapolitische Konzeption ist erkennbar? Ist sie mit dem Ziel des Aufbaus einer friedensfördernden Sicherheitsstruktur in Europa kompatibel?

Wissenschaftliche Kooperation:

Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung; Fondation pour les Etudes de Défense Nationale.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Das europäische System und Frankreichs Rolle im Ost-West-Konflikt, in: Wilhelm Bruns (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt? Bilanz und Perspektiven, Bonn 1988, S. 131-154
- Jenseits von Jalta? Deutsch-französische Sicherheitskooperation und die künftige Struktur in Europa, Studie Nr. 35 der Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 1989

Bearbeiterin: Susanne Feske

Projekt: Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit in Südostasien:
Probleme und Perspektiven der Übertragbarkeit

Kurzbeschreibung:

Die sich in den Ost-West-Beziehungen abzeichnenden Entspannungs- und Abrüstungstendenzen finden bislang keine Fortsetzung in der Dritten Welt. Zwar sind einige internationale Konflikte wie Afghanistan und Irak/Iran beigelegt worden; zu verzeichnen ist aber eine weiter anhaltende Aufrüstung und die wachsende Bereitschaft zum Einsatz militärischer Machtmittel. Angesichts dieser Entwicklungen müssen auch für die Dritte Welt kooperative Konfliktbewältigungsstrategien entwickelt werden, um ein weiteres Ansteigen der Zahl und Intensität der Konflikte zu verhindern. Ein Schritt in diese Richtung ist die Überprüfung vorhandener alternativer Sicherheitskonzepte hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf andere Regionen. Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit ist im Kontext des Ost-West-Gegensatzes entwickelt worden. Eine Beschränkung auf diesen Zusammenhang ist jedoch nicht formuliert worden; vielmehr ist der Grundgedanke des Konzepts auf grundsätzlich jede internationale Konfliktkonstellation anwendbar, so auch auf die konfliktreiche Region Südostasien.

Unmittelbar destabilisierende Tendenzen ergeben sich aus den wachsenden Militärpotentialen der Regionalstaaten und einem sich abzeichnenden intraregionalen (innerhalb der ASEAN) und interregionalen Rüstungswettlauf. Diese Entwicklungen wirken in zwei Richtungen destabilisierend: Innerstaatlich, indem die steigenden Militärausgaben besonders angesichts rückläufiger Wirtschaftswachstumsraten wertvolle Ressourcen für die sozioökonomische Entwicklung abziehen und damit das innergesellschaftliche Konfliktpotential anwachsen lassen; zwischenstaatlich, indem zum einen die Aneignung militärischer Machtmittel mit dem Anspruch politischer Machtausübung verbunden wird und zum anderen, indem die Verfügbarkeit von modernen Waffensystemen die Bereitschaft erhöht, einen politischen Konflikt mit militärischen Mitteln entscheiden zu wollen. Anders als in den westlichen Industriestaaten ist der Krieg in Ländern der Dritten Welt noch immer eine von den politischen Führungen akzeptierte Austragungsform von Konflikten.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich der Handlungsbedarf und die Notwendigkeit einer alternativen Orientierung der Sicherheitspolitik. Trotz anderslautender Rhetorik scheint sich auch bei der politischen und militärischen Führung der südostasiatischen Staaten die Auffassung durchzusetzen, daß ein Zuwachs an militärischen Mitteln auch ein Zuwachs an Sicherheit bedeutet. Handlungsstrategien, die auf eine Umkehrung dieses Prozesses zielen, müssen die spezifische Ausprägung der politischen Kultur in Asien sowie historische Besonderheiten miteinbeziehen.

Nach einer Bestandsaufnahme ist die zweite Phase des Projektes der Konzeptionalisierung alternativer Sicherheitsstrategien unter besonderer Berücksichtigung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit und der Frage nach der Operationalisierung gewidmet.

Wissenschaftliche Kooperation:

Arbeitsstelle China an der Freien Universität Berlin; Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik an der Freien Universität Berlin; Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Konflikt und Kooperation in Südostasien; in: Wilfried Wagner (Hrsg.), Strukturwandel im pazifischen Raum, Bremen 1988-
Die USA im pazifischen Raum: Das Ende einer Ära?; in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 1/1989, S. 2-6

Bearbeiter: Thorsten Görrissen

Projekt: Ökologische Sicherheit - Transnationale Umweltbelastungen als Gegenstand der internationalen Politik

Kurzbeschreibung:

Der Zustand und der Schutz der Umwelt innerhalb nationalstaatlicher Grenzen gerät in zunehmendem Maße unter den Einfluß externer umweltschädigender Einflüsse und deren grenzüberschreitende Auswirkungen. Auftreten und Ausmaß transnationaler Umweltbelastungen haben - zumal vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Normalisierung im Ost-West-Verhältnis - die Konstellation äußerer Bedrohung verändert. Die Gefahr externer militärischer Bedrohung weicht zumindest in den Industrieländern zunehmend der Beeinträchtigung der Sicherheit durch transnationale Umweltprobleme.

Aufgrund des transnationalen Charakters vieler Umweltprobleme ist auf regionaler wie auf globaler Ebene eine Situation weitreichender ökologischer Interdependenz entstanden. Dies gilt insbesondere für den durch hohe Besiedelungsdichte und industrielle Agglomeration geprägten europäischen Kontinent. Nationale Umweltpolitik hängt vielfach direkt von der Umweltpolitik benachbarter Staaten bzw. der internationalen Staatengemeinschaft und deren Bereitschaft zur umweltpolitischen Kooperation ab. Strategien zur Problembewältigung unterliegen jedoch oftmals den gegensätzlichen Interessen der beteiligten Akteure. In welchem Umfang grenzüberschreitende Umweltbelastungen eine Beeinträchtigung der nationalen und internationalen ökologischen Sicherheit darstellen und welche Auswirkungen sie auf die zwischenstaatliche und die internationale Politik haben, ist die zentrale Fragestellung des Forschungsvorhabens. Dazu werden insbesondere solche Umweltbelastungen untersucht, die gegensätzliche Interessen der beteiligten Akteure berühren und damit potentielle Streitpunkte darstellen.

Zusätzliche Bedeutung erhalten gesamteuropäische Umweltprobleme aufgrund ihrer Ost-West-Dimension, da Strategien zur Problembewältigung eine blockübergreifende Zusammenarbeit erfordern, deren Erfolg jedoch bisher vielfach von den allgemeinen internationalen Rahmenbe-

dingungen und konkurrierenden außenpolitischen Zielsetzungen der beteiligten Akteure abhängig war. Untersuchungsgegenstand für die Auswertung regionaler Umweltprobleme sind die Staaten und internationalen Organisationen Europas. Den Untersuchungsgegenstand für die Analyse globaler Beeinträchtigungen der ökologischen Sicherheit bildet die Gesamtheit der Mitglieder des internationalen Systems und die für die Fragestellung relevanten internationalen Organisationen. In dem Forschungsvorhaben werden die von den maßgeblichen Akteuren des internationalen Systems (Nationalstaaten, internationale Organisationen) gewählten Strategien und Instrumente zur Bewältigung von Beeinträchtigungen der ökologischen Sicherheit auf den verschiedenen Ebenen untersucht. Dazu wird zu klären sein, wie die Ansätze zur Problemlösung im Hinblick auf die bestehenden Probleme zu bewerten sind und welchen Restriktionen sie unterliegen. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten und Grenzen eines zukünftigen Konzeptes "Ökologischer Sicherheit" im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit in Europa erarbeitet werden.

Wissenschaftliche Kooperation:

Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik und Forschungsstelle für Umweltpolitik.

Bearbeiterin: Margret Johannsen

Projekt: Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den 80er Jahren

Kurzbeschreibung:

Die jüngste, durch den "Kompromiß" auf dem NATO-Gipfel Ende Mai lediglich vertagte Kontroverse um die "Modernisierung" der nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa hat die fortdauernde Aktualität der Frage nach der Rolle der Nuklearwaffen in Europa demonstriert. Wenn sich der erklärte Abrüstungswille der Sowjetunion als ernsthaft und dauerhaft erweist, wird die Nuklearstrategie der NATO, in der Bundesrepublik schon heute unpopulär, unter weiter zunehmenden Legitimationsdruck geraten. Zwischen den beiden Extremen der unveränderten Beibehaltung einer Strategie der Eskalationsdominanz, in der die First-Use-Androhung eine gewichtige Rolle spielt, einerseits, und der vollständigen "Denuklearisierung" Europas andererseits werden in der Auseinandersetzung um die Rolle der Nuklearwaffen in Europa eine Vielzahl von strategischen Varianten diskutiert werden. Von ihnen sollen die ausschließliche Seestationierung von Nuklearwaffen, die "Europäisierung" der Nuklearbewaffnung Europas oder die Errichtung nuklearwaffenfreier Zonen nur als Beispiele für die Vielfalt der zur Diskussion stehenden Lösungsmöglichkeiten der Probleme genannt werden, mit denen sich die NATO heute bei der Anpassung ihrer Strategie an die veränderte politische Landschaft konfrontiert sieht.

Eines der zahlreichen Foren, auf denen diese Auseinandersetzung heute und zukünftig geführt wird, ist der amerikanische Kongreß. Er hat sich in den 80er Jahren in Reaktion auf den immensen Anstieg des Verteidigungshaushaltes, der von strategischer Konzeptionslosigkeit begleitet war, verstärkt der Diskussion strategischer Grundsatz- und Detailfragen zugewandt und hierbei eine über finanzielle Perspektiven weit hinausgehende strategische Sachkompetenz erworben. Die einschlägigen Anhörungen, Debatten und Reports in den bzw. für die Ausschüsse(n) beider Häuser des Kongresses, die vorrangig mit strategischen Fragen befaßt sind, sollen das zu untersuchende Material darstellen, um die

leitende Fragestellung des Projektes zu bearbeiten: Welches sind die bündnispolitischen Implikationen der "Politisierung" der Strategiedebatte in den USA? Erwartet wird zumindest ein Teilaufschluß über den Bewegungsspielraum, den die NATO bei der Fortentwicklung ihrer Nuklearstrategie und der Lösung ihrer strukturellen Dimemmata realistischerweise zugrundelegen kann.

Die breitere Öffentlichkeit wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren wieder stärker an der sicherheitspolitischen Willens- und Entscheidungsbildung der europäischen NATO-Staaten beteiligen. Insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland dürfte dies zutreffen. Zu wünschen ist, daß dies nicht weniger informiert als engagiert geschieht. Dazu einen Beitrag zu leisten, ist die Absicht der Arbeit.

Wissenschaftliche Kooperation:

Congressional Research Service, Washington, DC

Bearbeiter: Lothar Jung

Projekt: Die Entwicklung der sowjetischen Sicherheitspolitik unter Gorbatschow (1985-1989)

Kurzbeschreibung:

Seit seinem Amtsantritt hat Gorbatschow nicht nur die Wirtschafts- und Innenpolitik einer grundlegenden Reform unterzogen (Perestroika), sondern auch die sowjetische Sicherheitspolitik. Der XXVII. Parteitag der KPdSU beschloß im Februar 1986, daß die Militärdoktrin künftig strikt auf Defensive ausgerichtet und das Militärpotential auf das für die Verteidigung notwendige begrenzt werden müsse (Hinlänglichkeit).

Im Westen hat dies eine Diskussion über Umfang und Reichweite dieser Festlegung ausgelöst, insbesondere über die Auswirkungen auf die bisher bestehende klassische sowjetische Offensivstrategie in Europa und das dort befindliche Streitkräftedispositiv.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher der Versuch, anhand sowjetischer Originalquellen, die Definitionen der neuen Kategorien

- Kriegsverhütung durch defensive Militärdoktrin,
- Hinlänglichkeit des Verteidigungspotentials,
- defensive Militärstrategie und
- Konversion in der Rüstungsindustrie

aus der innersowjetischen Diskussion zu ermitteln. Ihr genaues Verständnis hat weitreichende Folgen für die westliche Bedrohungsanalyse. Dabei wird die Frage zu beantworten sein, ob in dieser Diskussion über die zentralen Kategorien Konsens besteht, welche Rolle die Militärs bei der Interpretation spielen und welchen Einfluß zivile Experten dabei haben.

Mit der Ankündigung einseitiger Streitkräftereduzierungen um 500.000 Mann durch Gorbatschow vor der UNO im Dezember 1988 begann die Implementierungsphase der neuen Sicherheitspolitik. Diese Entwicklung soll daher - so weit inzwischen möglich - in die Untersuchungen einbezogen werden, insbesondere die von Gorbatschow ebenfalls angekündigte

sukzessive Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion und die dazu diskutierten Modelle.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Glasnost im Warschauer Pakt - Das östliche Bündnis legt seine Militärdoktrin offen; in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Nr. 6/1988, S. 544-560
- Das "neue Denken" in der Außenpolitik der Sowjetunion; in: Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Weltpolitik im Umbruch, Marburg 1989, S. 43-50

Bearbeiter: Roland Kaestner

Projekt: Kriegsfolgenstudie konventioneller Kriegführung in Mitteleuropa

Kurzbeschreibung:

Ausgehend von einer modifizierten These der Inkompatibilität moderner Industriegesellschaften und militärischer Verteidigung soll eine Kriegsfolgenabschätzung für die militärische Strategie der Vorverteidigung der NATO in Mitteleuropa (Bereich AFCENT) versucht werden. Dabei sollen die methodischen Probleme einer solchen quantitativen Abschätzung reflektiert werden. Darüber hinaus sollen auf der Grundlage dieser Kriegsfolgenstudie erste politische und militärische Implikationen analysiert werden.

Nach der Diskussion einiger gängiger Inkompatibilitätstheoreme soll die These von Wolfgang Schwarz, daß ein raumgreifender konventioneller Krieg in der Dimension der beiden Weltkriege heute die Vernichtung der europäischen Zivilisation nach sich ziehen würde, als zu prüfende Ausgangshypothese untersucht werden. Dazu soll eine quantitative konventionelle Kriegsfolgenstudie für Mitteleuropa erarbeitet werden.

Grund für den Ansatz: Die NATO-Strategie verbindet nukleare Abschreckung und konventionelle Verteidigungsfähigkeit zu einer militärischen Strategie der Kriegsverhinderung auf einer Vielzahl militärischer Konfliktebenen. Für den Fall des Scheiterns von Abschreckung will sie durch konventionelle Verteidigungsfähigkeit und durch konventionelle und nukleare Eskalationsfähigkeit Schadensbegrenzung und eine schnelle Kriegsbeendigung erreichen.

Um die Risiken nuklearer Eskalation zu minimieren und ihre Erfolgsaussichten zu verbessern, gewinnt die konventionelle Komponente der NATO-Strategie der "flexible response" zunehmende Bedeutung (Wörner 1986). Da man dem Warschauer Pakt im Konfliktfalle ein Unterlaufen der nuklearen Schwelle unterstellt, und die eigene Operationsführung von der Fähigkeit zu mindestens 30 Tagen konventioneller

Kriegsführung ausgeht, gewinnt ein mehrtägiges bzw. mehrwöchiges konventionelles Kriegsbild an Wahrscheinlichkeit.

Auf der Grundlage dieser Kriegsfolgenanalyse könnte das Schwarzsche Theorem der Unvereinbarkeit militärischer Verteidigung und Überlebensfähigkeit der modernen Industriegesellschaft auf seinen Erkenntniswert hin für den militärpolitischen und sicherheitspolitischen Bereich überprüft werden.

Aus der Untersuchung lassen sich dann militärische und politische Faktoren in der Planung, Struktur und Ausrüstung zukünftiger Streitkräfte, aber auch der Sicherheitspolitik beider Seiten herauskristallisieren, welche dem Anspruch der Schadensbegrenzung und schneller Konfliktbeendigung nicht gerecht werden und damit das Theorem Wolfgang Schwarz' bestätigen.

Es soll sich eine Untersuchung anschließen, inwieweit die erkannten Verwundbarkeiten moderner Industriegesellschaften wiederum neue Ansatzmöglichkeiten zur Nutzung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele darbieten.

Bearbeiter: Dieter S. Lutz

Projekt: Fernerkundung europäischer Friedenssicherung

Kurzbeschreibung:

Das Forschungsvorhaben, dessen finanzielle Förderung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) beantragt wurde, geht von drei aktuellen Tendenzen aus: zum einen von dem sich gegenwärtig anbahnenden grundlegenden Wandel in den Ost-West-Beziehungen, darunter der Möglichkeit erfolgreicher multinationaler Abrüstungsverhandlungen in und für Europa. Zum anderen von der rasanten Fortentwicklung im Bereich der Fernerkundungstechnik. Schließlich von der sich verändernden Haltung verschiedener Staaten gegenüber den Möglichkeiten zur Kooperation auf dem Gebiet der Fernerkundung, inklusive der Schaffung einer internationalen Institution (Internationale Satellitenagentur).

Ziel des geplanten Vorhabens ist es, die verschiedenen denkbaren Formen und Funktionen des institutionalisierten Einsatzes der Fernerkundung - sei es national, sei es ausgehend von den neutralen/nicht-alliierten Staaten, sei es bündnisintern oder sei es bündnisübergreifend - unter sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und technischen, ggf. auch organisatorischen und finanziellen Gesichtspunkten wissenschaftlich umfassend zu analysieren. Ferner sollen ihre Leistungsfähigkeit für Fragen von Verifikation, Krisenmanagement und Vertrauensbildung im besonderen Hinblick auf die derzeitigen Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und ihre angestrebten Ergebnisse überprüft werden. Schließlich ist nach den übergreifenden politischen Auswirkungen auf dem Weg zur Schaffung einer zukünftigen europäischen Friedensordnung zu fragen bzw. entsprechende Empfehlungen an die politischen Akteure auszusprechen.

Die Thematik der Fernerkundung ist interdisziplinär und nur unter der Beteiligung von Politikwissenschaft (Friedenssicherung, Rüstungskontrolle), Völkerrecht (allg. Völkerrecht, Weltraumrecht, Recht der Friedenssicherung) und Technik (Weltraumtechnik, Fernerkundungstechnik, Datentechnik) angemessen zu bearbeiten. Das wissenschaftliche Vorgehen basiert deshalb auf dem interdisziplinären Zusammenwirken dreier

Institutionen. Es setzt sich entsprechend aus drei Teilprojekten zusammen, die in enger Kooperation durchgeführt werden. Das Teilprojekt, das federführend vom IFSH durchgeführt wird, hat folgende Arbeitsschritte:

- Theoretische Überlegungen zur politischen Funktion von Fernerkundung mit Hilfe von Satelliten und der politischen Leistungsfähigkeit regionaler Kooperationsformen für Verifikation, Krisenmanagement, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und entsprechender übergreifender sicherheitspolitischer Konzepte.
- Recherchen über die (veränderte) Haltung der Staaten (und anderer Akteure) zu Fragen der Satellitenüberwachung und der Kooperation auf diesem Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der Supermächte und der europäischen Staaten.
- Analysen der bisherigen Vorschläge und Studien aus Politik und Wissenschaft bzw. Kooperation mit evtl. parallelen Forschungsprojekten.
- Untersuchungen der verschiedenen Varianten der Kooperation auf dem Gebiet der Fernerkundung sowie die Konkretisierung der wünschbaren politischen Funktionen mit Blick auf Europa einerseits und die aktuellen Verhandlungen über konventionelle Abrüstung sowie deren angestrebten Ergebnisse andererseits.
- Vorschlag und Analyse der organisatorischen und institutionellen Aspekte unter Auswertung der Organisation, der Arbeitsweise und der Erfahrung vergleichbarer Einrichtungen und Kooperationszusammenhänge.
- Auflistung zukünftiger grenzüberschreitender Gefahren (z. B. Ökologie, Technologie, Ökonomie) und Verortung der gefundenen Kooperationsform(en) als politische Bausteine einer zukünftigen europäischen Friedensordnung.

An dem Projekt werden neben Dieter S. Lutz am IFSH mitarbeiten: Egon Bahr, Erwin Müller.

Wissenschaftliche Kooperation:

Mit Antragsteller bei der DFG sind neben dem IFSH

- das Institut für Friedenssicherung und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Bochum;
- die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln.

Bearbeiter: Mathias Martin

Projekt: Gemeinsames Europäisches Haus und Europäische Friedensordnung

Kurzbeschreibung:

Mit dem Amtsantritt Gorbatschows hat eine politische Entwicklung begonnen, die substantielle Veränderungen auch im europäischen Raum zur Folge hat. Nachdem sich anfänglich die politischen Veränderungen vor allem auf die innersowjetischen Verhältnisse erstreckten, griffen sie schon recht bald auf die Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik über. Hierbei konzentrierte sich Gorbatschow und seine außenpolitische Mannschaft zunächst auf das Verhältnis der UdSSR zu den USA und auf den Bereich der Sicherheitspolitik. Wenngleich Gorbatschow schon 1985 den Begriff vom "Gemeinsamen Europäischen Haus" aufgriff und für eine Veränderung der politischen Beziehungen warb, zeichneten sich erst seit 1987/ 88 Konturen der europapolitischen Vorstellungen der Sowjetunion ab. Sie betreffen einerseits das Verhältnis der Sowjetunion zu den osteuropäischen Verbündeten und andererseits das zu den westeuropäischen Staaten.

Mittlerweile haben die Entwicklungen in allen osteuropäischen Staaten die theoretischen Vorgaben des Neuen Politischen Denkens auf eine erste harte Bewährungsprobe gestellt. Ein wichtiges Element dieser außenpolitischen Konzeption ist die sogenannte Freiheit der Wahl des gesellschaftlichen Systems und die Respektierung der innergesellschaftlichen Entwicklung. Bislang hat sich die UdSSR an diese Vorgaben gehalten. Die noch bis vor kurzem als abwegig beurteilte Perspektive, daß Staaten des WVO oder des RGW aus den Bündnissen austreten könnten, ist mittlerweile in den Bereich des Möglichen gerückt. Erste Überlegungen hierzu hat es in den osteuropäischen Staaten bereits gegeben. Mehr noch: Da auf wirtschaftlicher Ebene die Anziehungskraft der EG die des RGW um Längen überragt, wurden in den letzten Monaten seitens einiger osteuropäischer Staaten offiziell Wünsche hinsichtlich einer engeren Kooperation mit der EG (Assoziation) und sogar einer Mitgliedschaft vorgetragen. Inwieweit eine Reform des RGW möglich ist, wird derzeit auf verschiedenen politischen Ebenen in Osteuropa heftig

diskutiert. In bezug auf die WVO ist festzustellen, daß eine Umstrukturierung dieser Organisation von allen Vertragspartnern angestrebt und erste Schritte hierzu bereits unternommen wurden.

Vor diesem Hintergrund soll in dem Forschungsprojekt eine Analyse der bisher zu beobachtenden Veränderungen sowohl in der Sowjetunion als auch im ehemaligen sowjetischen Hegemonialbereich vorgenommen werden. Diese Analyse wird ein Ausgangspunkt sein, von dem aus Vorstellungen zur weiteren Entwicklung Europas und den Rollen, die die osteuropäischen Länder in einem zukünftigen Europa einnehmen wollen, dargelegt und unter friedens- sowie sicherheitspolitischen Aspekten untersucht und diskutiert werden. Hierbei soll unter anderem den Fragen nachgegangen werden, welche Rolle die östlichen und westlichen Bündnisse (WVO/NATO sowie RGW/ EG) mittelfristig spielen werden und inwieweit bestehende europäische institutionalisierte Gesprächsforen (z.B. KSZE) sowie noch zu schaffende gemeinsame Institutionen friedensstabilisierende Funktionen erfüllen können.

Wissenschaftliche Kooperation:

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn; Humboldt-Universität, Berlin; Europa Institut, Akademie der Wissenschaften, Moskau.

Veröffentlichung zum Thema:

Das Neue Politische Denken in der Außenpolitik der UdSSR; in: Arbeitshefte, Bonn 1989 (Nr. 85), S. 29-40

Bearbeiterin: Ingeborg Mehser

Projekt: Künstliche Intelligenz: Ihr Einfluß auf den qualitativen Rüstungswettlauf und die Rüstungskontrollpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Expertensystemen.

Kurzbeschreibung:

Der Einsatz neuer Technologien ist heute entscheidend für die Optimierung militärischer Systeme. Der qualitative Rüstungswettlauf zwischen West und Ost wird zunehmen; dabei kann von einer technologischen Überlegenheit des Westens ausgegangen werden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Informationstechnologien ein.

Die Entwicklungsrichtung der Rüstungstechnologie wurde seit 1980 wesentlich von Fortschritten der Künstlichen Intelligenz (KI), eines Teilbereiches der Informatik, bestimmt.

Forschungsergebnisse der KI finden auch bei der Entwicklung neuer Systeme im militärischen Bereich Anwendung und beeinflussen die Effizienz von strategischen, taktischen und unterstützenden Systemen. Softwaresysteme der 5. Generation sollen die Fähigkeiten konventioneller Datenverarbeitungssysteme übertreffen und diese ergänzen oder ersetzen.

Fortgeschrittene Computertechnologien werden die zukünftigen militärischen Möglichkeiten der USA und ihrer Verbündeten entscheidend erweitern, sie werden aber auch Veränderungen zur Folge haben, deren Ausmaß heute nur schwer einzuschätzen ist. So besteht die Gefahr, daß technologische qualitative Rüstungsmodernisierungen quantitative Rüstungskontrollabkommen unterlaufen - eine Entwicklung, die gegenwärtigen Abrüstungsbemühungen entgegensteht. Der Einsatz neuer Technologien wirft Fragen insbesondere hinsichtlich seiner stabilisierenden oder destabilisierenden Wirkung auf das System der internationalen Sicherheit auf.

Welchen Einfluß neue Technologien auf die Rüstungsdynamik und die internationale Sicherheit haben und wie qualitative Entwicklungen in Rüstungskontrollverhandlungen und -abkommen berücksichtigt werden

können, soll exemplarisch an einem Teilbereich der KI, den Expertensystemen/Wissensbasierten Systemen, untersucht werden.

Um zu prüfen, welche qualitativen Veränderungen und Gefährdungspotentiale aus dem Einsatz von Expertensystemen im militärischen Bereich resultieren, sind zunächst folgende Arbeitsschritte erforderlich:

- Erarbeitung der Einsatzbereiche von (vorhandenen und geplanten) Expertensystemen
- Vergleich konventioneller EDV-Systeme und KI-Systeme
- Erstellen eines Kriterienkataloges für die Einschätzung von neuen Systemen.

Eine Unterscheidung zwischen zivil und militärisch nutzbaren Forschungsergebnissen ist gerade bei den neuen Technologien besonders schwierig. Für eine Technikfolgenabschätzung im militärischen Bereich ist daher auch die Berücksichtigung ziviler Forschungsprogramme erforderlich.

Wiss. Kooperation:

Massachusetts Institute of Technology, Center for International Studies, Defence and Arms Control Studies Program; Forum Informatika für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Bonn.

Bearbeiter: Erwin Müller

Projekt: Bedrohungsanalyse

Kurzbeschreibung:

Das Projekt befaßt sich vornehmlich mit der Frage, ob und inwiefern die Sowjetunion bedingt oder unbedingt eine Bedrohung für Westeuropa darstellt. In Ausweitung dieser engeren Fragestellung wird untersucht, unter welchen Umständen und Bedingungen Staaten (insbesondere Großmächte) im internationalen Verkehr zum Mittel der Gewalt greifen. Damit soll nicht nur ein Beitrag zur Kriegsursachenforschung geleistet werden; vielmehr soll die Aufdeckung der Strukturen großmacht-typischer Gewaltpolitik zu deduktiven Aussagen führen, die primär die Großmacht Sowjetunion betreffen, selbstredend nur in Abrundung und Ergänzung der empirischen Analyse des Spezialfalles UdSSR.

Projektstand: Modellbildung und Abklärung/Überprüfung der Realitätsangemessenheit des Modells anhand einer breitgefächerten Aufarbeitung historisch-empirischer Fakten, Abläufe und Strukturen sind im wesentlichen abgeschlossen. Einzuarbeiten bleiben die (in Tragweite wie Rasananz der Entwicklung kaum prognostizierbaren) jüngsten bzw. laufenden Ereignisse in der Sowjetunion, die - sofern sie bedrohungsanalytisch relevant sind - sowohl eine Ausweitung als auch eine Modifizierung einiger Projektergebnisse bedingen. Desungeachtet ist als Projektergebnis festzustellen, daß ein (empirisch getestetes und hinlänglich bestätigtes) umfassendes und systematisches kausales und motivationales theoretisches Erklärungsmodell zwischenstaatlicher bzw. zwischengesellschaftlicher militärischer Gewaltanwendung zur Diskussion gestellt werden kann.

Der angestrebte wissenschaftliche und politisch-praktische Ertrag besteht zum einen in der besseren Erkenntnis der Ursachen, Motive und Ziele kriegerischer Gewaltanwendung bzw. Gewaltandrohung, zum andern in der Fähigkeit zur bedrohungsanalytischen Prognose der Wahrscheinlichkeit wie der Gestalt und der Dimensionen künftiger auswärtiger Bedrohungen (insbesondere für Westeuropa), von denen sicherheitspolitische Handlungsspielräume und Erfolgsaussichten alternativer Si-

cherheitskonzepte (etwa: Gemeinsame Sicherheit, Kollektive Sicherheit, Neue europäische Friedensordnung) entscheidend abhängen.

Veröffentlichungen zum Thema:

Zur Logik politischer Bedrohungsanalysen; in: Wolfgang Heisenberg, Dieter S. Lutz (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers. Bonn 1987, S. 79-97

Bearbeiter: Jens Müller-Kent

Projekt: Analyse von Struktur und Praxis der Militärseelsorge unter besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung in der evangelischen Kirche und der Erwartung der Bundeswehr

Kurzbeschreibung:

Über das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft ist am IFSH gelegentlich, aber nicht systematisch gearbeitet worden; über die Rolle der evangelischen Kirche im Kontext der innenpolitischen Auseinandersetzungen um Militärfragen bisher noch gar nicht.

Die Untersuchung beider Bereiche gehört jedoch zu den genuinen Aufgaben der Friedensforschung: Zum einen, weil das komplexe Verhältnis von gesellschaftlicher Integration und Absonderung gerade in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ein sensibler Bereich ist und damit einer ständigen kritischen Reflexion bedarf; zum anderen, weil sich in der Bundeswehr die verschiedenen Strömungen von Friedensaktivitäten mit den Verteidigern und Repräsentanten der Sicherheitspolitik seit den 50er Jahren auseinandersetzen.

In der Militärseelsorge traten Ende der 50er Jahre Kirche und Bundeswehr in ein institutionelles Kooperationsverhältnis. Damit war nicht nur der Anlaß für lebhafte Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) gegeben, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, die unterschiedlichen Interessen und Konfliktlinien in den Bereichen Kirche, Politik und Militär an dem Beispiel der Militärseelsorge zu untersuchen und ihren Standort in diesem Interessengeflecht zu bestimmen. Diesen Überlegungen folgt der Aufbau der Studie.

Der erste Teil der Studie gibt einen Überblick über die historische Entwicklung der Militärseelsorge in Deutschland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Im Anschluß daran wurden die relevanten rechtlichen Grundlagen und Vereinbarungen sowie die damit verbundenen Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb der EKD erarbeitet. Daran schließt sich die Darstellung der strukturellen Merkmale von Militärseelsorge in der Bundeswehr an. In einem weiteren Arbeitsschritt werden

die Motive der politischen und militärischen Verantwortungsträger an einer in den Militärbereich integrierten Militärseelsorge analysiert. Im dritten Teil wird ermittelt und bewertet, inwieweit die Militärseelsorge auf ihren verschiedenen Handlungsebenen den unterschiedlichen Erwartungen und Anforderungen der beiden Bezugsgrößen Kirche und Bundeswehr gerecht wird.

Das Projekt ist mittlerweile abgeschlossen und wird voraussichtlich Mitte 1990 als Buch erscheinen.

Veröffentlichungen zum Thema:

Vermächtnis für die Zukunft. Gespräche mit Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf, München 1989

Wissenschaftliche Kooperation:

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München; Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel.

Bearbeiter: Reinhard Mutz

**Projekt: Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente
Gemeinsamer Sicherheit**

Kurzbeschreibung:

Das Projekt untersucht die Funktion der Rüstungskontrolle unter einem Regime Gemeinsamer Sicherheit in Europa. Die zugrundeliegende Annahme lautet: Auch nach dem Wandel konfrontativer in kooperative Sicherheitsstrukturen zwischen West und Ost werden militärische Streitkräfte und Rüstungen bestehen bleiben. Zu bestimmen ist, in welchem Umfang, welcher Zusammensetzung und mit welcher Aufgabenstellung.

Auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene geht es um die Konkretisierung der militärischen Subkonzepte der politischen Konzeption Gemeinsamer Sicherheit: Konventionelle Stabilität, Defensivität, strukturelle Angriffsunfähigkeit. Welche Prinzipien, welche Kriterien sind problemadäquat bzw. haben sich als problemlösungsfähig erwiesen?

Auf der empirischen Ebene ist nach den Handlungsbedingungen und politischen Strategien der Umsetzung gefragt: Inwieweit werden die gegenwärtigen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ihrem sicherheitsstabilisierenden Anspruch gerecht? Wo liegen die Defizite? Welche Einschnitte in bestehende Potentiale sind erforderlich? Wie kann die Umgehung von Abkommen verhindert werden. Welchen Beschränkungen muß künftige Rüstung unterliegen? Beeinflussen die politischen Veränderungsprozesse in Osteuropa den sicherheitspolitischen Regimewandel? Ergibt sich insofern die Notwendigkeit einer Modifikation des konzeptionellen Orientierungsrahmens Gemeinsamer Sicherheit?

Das Projekt ist eingebettet in den Forschungsschwerpunkt des Instituts. Es folgt dessen Weiterentwicklung und Akzentuierung. Etwa zehn Teilstudien liegen vor, einige davon aus Veranstaltungs- und Veröffentlichungsvorhaben des IFSH entstanden.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik (mit Götz Neuneck), in: Egon Bahr, Gert Krell, Klaus von Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 129-139
- Die Wiener Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle - Alter Wein in neuen Schläuchen? in: Hanne Birckenbach, Uli Jäger, Christian Wellmann (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1990, München 1989, S. 99-106
- Deutsche Sicherheitsinteressen und SDI, in: Ulrich Albrecht und Peter Krasemann (Hrsg.), SDI - Eine Zwischenbilanz, Berlin 1989, S. 59-67

Bearbeiter: Götz Neuneck

Projekt: Rüstungsmodernisierung und konventionelle Rüstungskontrolle

Kurzbeschreibung:

Wissenschaft und Technologie bilden einen wesentlichen Faktor in der Rüstungskonkurrenz dieses Jahrhunderts. Die Anstrengungen für Forschung und Entwicklung sind eklatant, die Stationierung neuer Waffensysteme erfolgt oft schneller als die Rüstungskontrolle sie erfassen kann.

Besonders im Bereich strategischer Waffen sind Beispiele bekannt, die eine effektive Rüstungskontrolle erschweren bzw. umgehen. Angesichts bestehender Forschungskapazitäten und suggestiver Entwicklungsprogramme ist in den nächsten Jahren ein Schub neuer Waffensysteme auch auf dem konventionellen Sektor zu erwarten. Aufgrund der üblichen Vorgaben und Entwicklungszeiten geschieht dies in einer Zeit, in der zum ersten Mal konventionelle Rüstungskontrolle möglich scheint. Zur selben Zeit werden "Modernisierungen" forciert, die den klassischen Rüstungskontrollkriterien Krisenstabilität, Rüstungsbegrenzungsstabilität, Verifikationskompatibilität etc. widersprechen. Die Mikroelektronik, Sensortechnik, Datenverarbeitung, neue Explosivstoffe und Werkstoffe bilden einen ständigen Anreiz, vorhandene Systeme zu verbessern oder neue zu bauen. Gleichzeitig werden große Anstrengungen für die Entwicklung von exotischen Waffen (Laser, Rail Guns, Mikrowellen etc.) und die entsprechenden Gegenmaßnahmen unternommen. Die konventionelle Rüstungskontrolle im Rahmen der VKSE hat sich dem Problem qualitativer Faktoren bzw. der technologischen Rüstungsmodernisierung bisher nicht angenommen und es bleibt abzuwarten, ob es für dieses komplexe Gebiet einfache Lösungen überhaupt gibt.

Wenn dauerhafte Stabilität das Ziel der VKSE ist, sind jedoch stabilisierende Maßnahmen auf dem Gebiet der qualitativen Rüstungskontrolle dringend erforderlich.

Ziel des Projektes ist, bestehende Forschungen, Entwicklungen und kommende Stationierungen aufzuzeigen, zu bewerten und Rüstungs-

kontrollmaßnahmen abzuleiten, die für die konventionellen Streitkräfte in Europa relevant sind. Dies geschieht einmal durch die Bestandsaufnahme technologischer und waffentechnischer Tendenzen, zum anderen durch die Modellierung qualitativer Faktoren im Rahmen konventioneller Rüstungskontroll-Kriterien.

Die Arbeiten werden in enger Zusammenarbeit mit dem Forschungsprojekt Abrüstung und Stabilität in Europa der Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und internationale Sicherheit durchgeführt.

Wissenschaftliche Kooperation:

IANUS, Institut für Kernphysik, TH Darmstadt; The Brookings Institution, Washington D.C.; Center for International Security Studies at Maryland, University of Maryland, College Park.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik; in: Egon Bahr, Gert Krell, Klaus von Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989. Hamburg 1989, S. 129-139 (zus. mit R. Mutz)
- Die taktischen Nuklearwaffen der NATO; in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Nr. 3/1989, S. 153 - 160
- Überlegungen zu Stabilität und Abrüstung; in: Weizsäcker, C. F. et al. (Hrsg.), Die Zukunft des Friedens in Europa. München 1990 (zusammen mit W. Kerby)

Bearbeiter: Andreas Pott

Projekt: Europäische Sicherheit - Perspektive einer Europäisierung der Sicherheitspolitik

Kurzbeschreibung:

Seit es die NATO gibt, wird mit wachsender Intensität, bisher jedoch ohne konkrete Auswirkungen, auch von einer Stärkung Europas oder einer Europäisierung der Sicherheitspolitik gesprochen. Jetzt scheint, unter dem Einfluß von SDI und dem INF-Abkommen, in Europa die Erkenntnis gereift, daß die Struktur der NATO reformbedürftig ist. Die bislang durch die NATO festgelegte Struktur einer Trennung der Sphären von Ökonomie, Sicherheit und Politik wird über kurz oder lang zur Sprengung der Allianz führen. Um eruptive Brüche im Westen zu verhindern, wird von allen politischen Lagern deshalb die Notwendigkeit einer Reform anerkannt.

Die Konsequenz einer weitergehenden Europäisierung der Sicherheitspolitik birgt jedoch auch eine Reihe von Konfliktstoffen. Die Konflikte liegen sowohl in der Zieldefinition einer neugeordneten Sicherheitsstruktur für Europa, als auch in der Frage, auf welchem politischen Weg Veränderungen initiiert und fortgeführt werden sollen. So ist z. B. die Frage der gemeinsamen Militärstrategie, die Frage der Rolle der Atomwaffen, der Stationierung ausländischer Truppen in der Bundesrepublik, der Rüstungskontrolle und nicht zuletzt der vertraglichen und politischen Verklammerung zu lösen.

Ein Schwerpunkt des Projektes, das mittlerweile beendet ist, lag in der Fragestellung, inwieweit eine Verbindung zwischen dem Ansatz einer europäisierten Sicherheitspolitik und dem Schwerpunkt des IFSH der "Gemeinsamen Sicherheit" besteht.

Wissenschaftliche Kooperation:

Zentrum für Friedensforschung und Konfliktforschung, Kopenhagen;
Zentrum für Europäische Dokumentation, Aachen; Europäisches Parlament.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik; in: E. Bahr/G. Krell/K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 203-212
- Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa; in: R. Seidelmann (Hrsg.), Auf dem Wege zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. Baden-Baden 1989, S. 353-384

Bearbeiter: Roland Reimers

Projekt: Mathematische Modelle von Rüstung und Krieg

Kurzbeschreibung:

Untersuchungsgegenstand des Projektes war, einen Überblick zu schaffen über die verschiedenen Ansätze, Rüstung und Krieg mathematisch zu modellieren. Im Mittelpunkt stand dabei der Begriff der Stabilität und die Frage, in welchen Varianten er auftaucht. Mathematische Modelle versuchen einerseits diese Veränderungen zu beschreiben bzw. vorherzusagen und andererseits (normativ) Wege zu finden, wie bei der Abrüstung vorgegebene Stabilitätskriterien eingehalten werden können.

Neben der Frage nach Stabilität gibt es für mathematische Modelle wichtige Anwendungen für die Optimierung bestimmter Aufgaben im Zusammenhang mit Rüstungskontrolle und Abrüstung. Insbesondere die Verifikation von Abrüstungsverträgen muß hier erwähnt werden. Es gibt hier einen direkten Zusammenhang zu der Frage nach Stabilität, weil eine zuverlässige Verifikation Voraussetzung für die Einhaltung der Verträge ist.

Zusammenfassend hat also die mathematische Modellierung eine zweifache Bedeutung für Abrüstung:

1. Sie soll konkret dabei helfen, die beste Regelung zur Abrüstung zu finden;
2. sie soll dabei helfen, gewisse Verfahren im Zusammenhang mit Abrüstungsmaßnahmen zu optimieren.

Demgemäß standen im Mittelpunkt der Arbeit folgende Fragen:

- Welche Ansätze gibt es bereits auf dem Gebiet der Anwendungen mathematischer Modelle in der Sicherheitspolitik?
- Welche Fragestellungen haben diese Studien untersucht?
- Welche Zielsetzungen haben die Studien verfolgt?
- Welche mathematischen Methoden sind angewandt worden?
- Welche mathematischen Methoden bieten sich darüber hinaus an, insbesondere im Zusammenhang mit neuen politischen Fragestellungen?

- Lassen sich aus dieser Sichtung und Bewertung existierender mathematischer Untersuchungen Schlüsse für die laufenden Abrüstungsverhandlungen ziehen und, wenn ja, welche?

Wissenschaftliche Kontakte:

Verifikationsprojekt des FB Physik der Ruhr-Universität Bochum; Arbeitsgruppe IANUS der TH Darmstadt; Zentrum für Energie- und Umweltstudien der Universität Princeton, USA; Abteilung "Wissenschaft und internationale Sicherheit" des Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, USA.

Veröffentlichungen:

Die hier genannten Veröffentlichungen stehen im Zusammenhang mit meiner Arbeit über Verifikationstechnologien im Jahre 1988 (siehe dazu den Jahresbericht 1988).

- The Verification of Conventional Disarmament Treaties by Remote Sensing; in: J. Altmann, J. Rotblat (Hrsg.), Verification of Arms Reductions. Berlin, Heidelberg 1989, S. 172-183
- The technological aspects of remote sensing for Verification purposes. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 42. Hamburg 1989

Bearbeiterin: Brigitta Richter

Projekt: Die Bundesrepublik Deutschland und die Westeuropäische Union - Eine Untersuchung 1982-1988

Kurzbeschreibung:

Seit Anfang der achtziger Jahre hat sich in den europäischen NATO-Staaten die Diskussion über eine eigenständige westeuropäische Sicherheitspolitik deutlich belebt. Die unter dem Stichwort "Europäisierung der Sicherheitspolitik" geführte Debatte wird aus sehr unterschiedlichen Motivationen geführt. Die Position der Bundesrepublik spielt dabei nur eine, wenngleich gewichtige Rolle:

- a) Bisher machte ihre exponierte geographische Lage an der Trennlinie zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und zugleich der beiden größten in der Welt existierenden Militärbündnisse, Warschauer Vertrag und NATO, die Bundesrepublik zu einem sensiblen Partner im westlichen Bündnis und zu einem neuralgischen Punkt in den Ost-West-Beziehungen.
- b) Das ökonomische Gewicht der Bundesrepublik hat eine führende politische Rolle innerhalb Westeuropas bewirkt. Die Entstehungsbedingungen für die Bundesrepublik infolge des zweiten Weltkrieges bedeuten jedoch eine dauernde Einschränkung der Souveränitätsrechte des Landes seitens der westlichen Siegermächte und im besonderen Maße ein Abhängigkeitsverhältnis von den USA, was sich für die Bundesrepublik vorwiegend im militärischen Bereich auswirkte.
- c) Auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches existierten seit 1949 zwei deutsche Staaten. Die Bundesrepublik betrachtet sich als teildientlich mit diesem Reich und leitet daraus - als Verfassungsauftrag - ihren Rechtsanspruch auf Wiederherstellung dessen Territorium ab. Das setzte der Außenpolitik des Landes deutliche Grenzen, sowohl im Verhältnis zu den westlichen als auch zu den östlichen Nachbarn.

Die Wurzeln aller der "Europäisierungs"versuche liegen in grundlegenden Veränderungen des Verhältnisses zwischen den USA und Westeuropa.

Objektive ökonomische, politische und militär-strategische Faktoren (beispielsweise geographische Lage, historische Entwicklung) waren seit 1945 stets Ursache für abweichende Interessen in den Beziehungen zwischen dem transatlantischen und den europäischen Verbündeten. Der sich seither vollziehende politische wie ökonomische Einigungsprozeß in Westeuropa und das dadurch veränderte Beziehungsgefüge zwischen dem transatlantischen und den europäischen Verbündeten bewirkten ein starkes Interesse am Ausbau der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zur Erhöhung der Eigenständigkeit Westeuropas innerhalb der NATO.

Leitfrage des Projektes ist die Untersuchung des Engagements maßgebender, politikbestimmender Kreise in der Bundesrepublik für eine sicherheitspolitische Kooperation in Westeuropa am Beispiel WEU. Dafür geben die Auffassungen der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik des Landes sowie im Vergleich dazu die der in der Opposition im Bundestag agierenden Parteien Aufschluß. Daraus können die Gründe abgeleitet werden, die die Bundesrepublik im Jahre 1984 bewogen haben, einer WEU-Wiederbelebung tatkräftig beizustehen. Dazu gehört aber auch die Kenntnis der Bedingungen der bundesdeutschen Mitgliedschaft während des dreißigjährigen Bestehens der WEU.

Natürlich stellt sich die Frage, was kann und was will die Bundesrepublik mit einer Revitalisierung der Westeuropäischen Union erreichen, welche Grenzen sind der Zusammenarbeit in der WEU hinsichtlich einer eigenständigen Sicherheitspolitik Westeuropas gesetzt.

In diesem Zusammenhang erhält die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich breiten Raum, scheint sie doch die Keimzelle einer künftigen westeuropäischen Sicherheitspolitik zu sein bzw. zu werden.

Bearbeiterin: Christiane Rix

Projekt: Die Bedeutung der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit.

Die Veränderungen, die sich in den vergangenen zwei Jahren in der Sicherheitspolitik der Staaten des Warschauer Vertrages ergeben haben, hatten, wie schon im Tätigkeitsbericht des Vorjahres erwähnt, zunächst zu einer notwendigen Ausweitung des ursprünglichen Projektes geführt.

Im letzten Jahr wurde das Hauptgewicht der Arbeit auf die Sicherheitspolitik der DDR und die Entwicklung der Beziehungen zwischen den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion gelegt. Da im Jahr 1989 weiterhin die Debatte innerhalb der DDR-Friedensforschung sowohl über militärische wie auch über politische und ökonomische Fragen des Ost-West-Verhältnisses darauf hindeutete, daß sich Tendenzen zu Veränderungen in Ideologie und Politik festmachen ließen, und darüber hinaus für die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR beachtliche Dynamik zu verzeichnen war, lag im ersten Halbjahr 1989 der Schwerpunkt der Arbeit auf der Analyse der Entwicklungen und der daraus erwachsenen Perspektiven für eine Reformierung der DDR-Gesellschaft. Hierbei ging es vor allem um die Verfolgung der DDR-Diskussion, um die inhaltliche Ausgestaltung des "friedlichen Wettbewerbs" und um den Versuch, Kriterien für einen solchen friedlichen Wettbewerb festzulegen.

Da die Bearbeiterin des Projektes bereits im Juni 1989 aus dem Institut ausschied, wurde kein Buchmanuskript fertiggestellt. Der Abschluß des Forschungsprojektes in der verbleibenden Zeit erschien angesichts der dynamischen Prozesse in Osteuropa und vor allem auch in der DDR nicht sinnvoll. Stattdessen wurden allerdings, wie aus der Publikationsliste zu ersehen ist, die Entwicklungstendenzen in der DDR und in Osteuropa in verschiedenen Einzelpublikationen behandelt. Außerdem wurde eine Dokumentation zusammengestellt und eingeleitet, die einen Überblick über die Entwicklungen in der DDR zu Fragen der Ideologie und Politik gibt. Eine solche Dokumentation wurde in der Phase der Erarbeitung vielfach nachgefragt und erscheint als vorläufiger Überblick

über die Prozesse in der DDR ein sinnvoller Abschluß der Arbeit am Projekt zu sein, das sich, wie im Tätigkeitsbericht 1988 erwähnt, ständig selbst fortschrieb.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Osteuropa und die Auswirkungen des "neuen Denkens"; in: E. Bahr/G. Krell/K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 219-229
- Gibt es einen "Königsweg" zum Frieden? Die völkerrechtliche Perspektive aus politologischer Sicht; in: E. Senghaas-Knobloch/B. Moltmann (Hrsg.), Konflikte in der Weltgesellschaft und Friedensstrategien, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Band XVI, Baden-Baden 1989, S. 234-240
- New and Old Thinking - The Security Policies of Both Germanies after the INF-Treaty; in: D. Smith (Ed.), European Security in the 1990s, Hammersmith 1989, S. 34-45

Bearbeiterin: Ursel Schlichting

Projekt: Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion

Kurzbeschreibung:

Vor dem Hintergrund eskalierender Nationalitätenkonflikte im Süden der Sowjetunion und starker Selbstbestimmungsbewegungen in fast allen Republiken und Gebieten, die, ermutigt durch die Glasnost-Politik Gorbatschows, nicht selten in der Forderung nach Austritt aus der Union gipfeln, soll die Frage erörtert werden, ob es unter friedenspolitischen Gesichtspunkten sinnvoller ist, wenn die Völker der Sowjetunion Autonomie, kulturelle Identität und nationale Interessenvertretung nicht auf dem Wege nationaler Souveränität, sondern im Rahmen der bestehenden Union anstreben.

Einleitend sollen zunächst die Strukturen der Vielvölkerschaft anhand der Beziehungsebenen sowie die Konfliktlinien zwischen Russen und Nichtrussen und zwischen den nichtrussischen Völkern untereinander dargestellt werden.

In einem ersten Hauptteil soll dann versucht werden, am Beispiel eines konkreten interethnischen Konflikts die zahlreichen Konfliktursachen, Problemfelder und Auslöser akuter Konflikte nach historischen, politischen, soziodemographischen, kulturellen, ethnischen und religiösen Gesichtspunkten zu analysieren. Vor allem sind dabei die Komplexität und Verflechtung der Konfliktfelder aufzuzeigen.

Ausgangspunkt des zweiten Hauptteils ist die Feststellung, daß zwar der Föderalismus sowjetischen Typs gescheitert ist, ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Sowjetunion aber ebenso wie das Scheitern der Reformpolitik an der Nationalitätenfrage unabsehbare Folgen für die Stabilität und den Frieden in Europa hätte. Es soll untersucht werden, ob föderative Strukturen daher vorübergehend und in veränderter Form erhalten werden müssen, um einen allmählichen Prozeß der Auflösung zu gewährleisten, oder ob und inwieweit eine "echte" Föderation auch für die fernere Zukunft eine Perspektive bietet, ob und inwieweit sie bei der Lösung der zahlreichen Nationalitätenprobleme auf dem Gebiet der heutigen Sowjetunion die bessere Alternative im Vergleich zu einem Nebeneinander souveräner Nationalstaaten ist. Daher soll versucht

werden, konstituierende Elemente eines möglichen "neuen" sowjetischen Föderalismus und notwendige Voraussetzungen dafür zu erarbeiten. Zur Erörterung der sich in diesem Zusammenhang ergebenden Fragen - zum Beispiel nach dem Verhältnis der föderativen Einheiten zueinander bzw. zu zentralen Gremien und nach der Kompetenzverteilung - könnte der Konflikt zwischen Moskau und den Baltischen Republiken ("Verfassungstreit" zwischen Moskau und Estland oder das Problem "Föderalismus und Parteiorganisation" am Beispiel Litauens) herangezogen werden.

Themenbegleitende Fragestellungen sind, ob und inwieweit die Selbstbestimmungsbewegungen Ausdruck von Nationalismus oder legitime Vertretung nationaler Interessen sind; welche Gruppen als soziale Träger dieser Bewegungen auftreten; ob und inwieweit die derzeitige Reformpolitik durch die Nationalitätenprobleme gefährdet ist oder ob gemäßigte nationale Bewegungen als Motor einiger Aspekte der Perestroika (z.B. ökologischer Anliegen) der Umgestaltung nicht sogar förderlich sein können. Darüber hinaus sollen Gesichtspunkte der sowjetischen Nationalitätenpolitik bzw. die Frage nach ihrem Wandel erörtert werden.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin.

Bearbeiter: Bernd-Dieter Starke

Projekt: Der Friedensauftrag des Grundgesetzes

Kurzbeschreibung:

Untersuchungsgegenstand sind die friedensrelevanten Bestimmungen des Grundgesetzes, zu denen die Präambel, Art. 1 Abs. 2, Art. 4 Abs. 3, Art. 9 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1, 2 und 3, Art. 25 und Art. 26 Abs. 1 und 2 GG gehören.

Diese Bestimmungen sind daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie verfassungsrechtliche Pflichten, insbesondere Bindungen der auswärtigen Gewalt der Bundesrepublik Deutschland beinhalten. Die verfassungsrechtliche Analyse erfolgt auf der Grundlage der grammatischen, historischen, systematischen und teleologischen Verfassungsinterpretation sowie neuerer methodischer Ansätze. Dabei wird aufzuzeigen sein, inwiefern die Erörterung des Friedensbegriffs in der Friedensforschung für die verfassungsrechtliche Diskussion fruchtbar gemacht werden kann.

Unter dem Eindruck sich wandelnder Ost-West-Beziehungen ist damit auch ein System kollektiver Sicherheit angesprochen, dem sich die Bundesrepublik Deutschland nach Art. 24 Abs. 2 GG zur Wahrung des Friedens anschließen kann. Vor solchem Hintergrund eröffnen sich erhebliche Handlungsspielräume für weitreichende Abrüstungsschritte in Europa, da hierdurch in der Tendenz wechselseitig garantierte Sicherheit an die Stelle militärischer Rückversicherung traditioneller Provenienz treten könnte.

Insgesamt wird zu zeigen sein, daß die Entscheidung des Grundgesetzes für eine offene und friedfertige Staatlichkeit der Entscheidung für einen demokratischen, bundesstaatlich verfaßten und sozialen Rechtsstaat in Art. 20 und 28 GG im Rang der Verfassungsprinzipien nicht nachsteht. Ähnlich wie das Sozialstaatsprinzip trägt das verfassungsrechtliche Friedensgebot dynamische Züge und gebietet Aktivitäten des Staates, die Entwicklung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker zu fördern.

Wissenschaftliche Kooperation:

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaften II.

Bearbeiter: Arnold Peter Teicht

Projekt: Die Rolle Frankreichs in einem künftigen Sicherheitssystem für Europa

Kurzbeschreibung:

Die Verteidigungspolitik Frankreichs als einzige kontinentale Nuklearmacht Westeuropas ist für die Sicherheitspolitik Europas von zentraler Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sind die Fixpunkte und Handlungsvariablen der französischen Verteidigungspolitik für einen mittelfristig absehbaren Zeitraum herausgearbeitet worden. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei die Gesichtspunkte, die sich aus Frankreichs Rolle als Militärmacht ergeben. Ausgewählte sicherheitspolitische Konzepte wurden anhand dieser Fixpunkte und Handlungsvariablen mit Blick auf ihre Realisierbarkeit kritisch überprüft.

Zur Vorgehensweise im einzelnen:

- Darstellung des aktuellen Sachstands der französischen Verteidigungspolitik unter Berücksichtigung der ausländischen Presse und Kommentare und Entscheidungslage und Parteitagsbeschlüsse der sozialistischen Regierung unter Premierminister Rocard.
- Darstellung der sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Dimensionen der bestehenden Planungen zur nuklearstrategischen Modernisierung.
- Erläuterung der französischen Haltung zu Rüstungskontrollverhandlungen.
- Darstellung unverrückbarer Standpunkte und Handlungsvariablen französischer Verteidigungspolitik.
- Messen und Bewerten dieser Handlungsspielräume an unterschiedlichen ausgewählten Ansätzen und Konzepten zur Sicherheit (z. B. 'Gemeinsame Sicherheit', 'Konzept gegenseitiger Sicherheit', 'atomwaffenfreie Zonen' etc.).
- Darstellung der Konsequenzen für ein Sicherheitssystem für Europa.

Das Projekt ist mittlerweile abgeschlossen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Frankreichs künftige militärische Rolle in Europa; in: Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 212-219
- Die Modernisierung der französischen nuklearen Streitkräfte; in: H.-G. Ehrhart/H. Bauer/A. P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die europäische Sicherheit; in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 39, Hamburg 1989, S. 65-108

4. Veröffentlichungen von Mitarbeitern des IFSH 1989

Egon Bahr

- Es reicht mit Frankreich, in: E. Bahr/G. Krell/K. von Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 16-20
- Der Feind ist tot - es lebe der Feind, in: GEO, Nr.9, S. 182 f

Hanne-Margret Birckenbach

- Was klären Phantasie-Analysen im Ost-West-Konflikt? In: H.-J. Busch/A. Krovoza (Hrsg.), Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie, Frankfurt 1989, S. 129-155
- Die Flucht in den Wehrdienst, Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Rundbrief 1/1989, S. 31-32
- Die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Eine Fallstudie zu den Chancen und Schwierigkeiten kommunikativer Friedensstrategien, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 37, 1989
- 40 Jahre Grundgesetz - 1 Million Kriegsdienstverweigerer, Rede zum 24. Mai 1989, in: Zivilcourage, Pazifistisches Forum, hrsg. von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner, Heft 2/1989, S. 18-28
- Mit schlechtem Gewissen zum Wehrdienst? Zur Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen, in: Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Rundbrief 2/89, S. 13-15
- Was lähmt das Friedensengagement? In: Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Rundbrief 3/89, S. 15-17

- Weder Fluch noch Segen. Thesen zur Ambivalenz des Zivilisationsprozesses aus sozialpsychologischer Sicht, in: B. Moltmann/E. Senghaas-Knobloch (Hrsg.), Konflikte in der Weltgesellschaft, Baden-Baden 1989, S. 271-282
- Jahrbuch Frieden 1990. Ereignisse, Entwicklungen, Analysen (hrsg. zus. mit U. Jäger/Ch. Wellmann), München 1989
- Rhetorik oder Realität? Frieden 1988/89 im Überblick, in: Birckenbach, H.-M./Jäger, U./Wellmann, C. (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1989, S. 9-25
- Streit über Streitkultur. Schwierigkeiten bei der Etablierung einer verständigungsorientierten Friedensstrategie, in: W.R. Vogt, Angst vor dem Frieden, München 1989, S. 127-138
- Aussprechen, worüber man nicht spricht: Grundlagen einer Streitkultur zwischen Pazifisten und Soldaten, in: Friedensjournal Oktober 1989, S. 8-9
- "... Und dann hat man gar nicht mehr die Angst vor dem Krieg". Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen und Konsequenzen für die KDV-Arbeit, in: "Dann geh' ich eben hin", Jugend zwischen Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung, Sonderdruck der "4/3", Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst, Okt. 1989, S. 23-32
- Die Christen haben die Gewaltfrage noch immer nicht geklärt - oder: Sind die Christen abrüstungsfähig? In: Deutscher Evangelischer Kirchentag, Berlin 1989. Dokumente, hrsg. im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages von Konrad von Bonin, Stuttgart, S. 746-749
- Das Tabu, in: "Die Zeit", Nr. 47 vom 17.11.1989, S. 56

- Zum Wissenschaftsbegriff der Friedensforschung, in: W. Graf/I. Horn/Th. H. Macho (Hrsg.), Zum Wissenschaftsbegriff der Friedensforschung. Ergebnisse einer Umfrage, Wien 1989, S. 25-28

Susanne Bund

- Regionale Sicherheit - Südostasien und Pazifik: Literatúrauswahl, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 1/1989, S. 24-27 (zus. mit Susanne Feske)
- Konventionelle Rüstungskontrolle - Konventionelle Stabilität: Literatúrauswahl, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 3/1989 (zus. mit Götz Neuneck)

Hans-Georg Ehrhart

- Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa: Bonn und Paris auf dem Weg zur Gemeinsamkeit? In: H.-G. Ehrhart/H.Bauer/A.P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 35, 1989, S. 1-33

Susanne Feske

- Die USA im pazifischen Raum: Das Ende einer Ära? In: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 1/1989, S. 2-6
- Regionale Sicherheit - Südostasien und Pazifik. Literatúrauswahl, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 1/1989, S. 24-27 (zus. mit Susanne Bund)
- Rezension: Douglas T. Stuart (ed.): Security within the Pacific Rim, Aldershot 1987, in: Asien, Nr. 30, Januar 1989, S. 122-124

- Die Kambodscha-Frage, in: E. Bahr, G. Krell, K.v. Schubert, Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 59-68

Axel Krohn

- Nuklearwaffenfreie Zone: Regionales Disengagement unter der Rahmenbedingung globaler Großmachtinteressen, Baden-Baden 1989

Dieter S. Lutz

- Vom Boten zum Ratgeber. Die Friedensforschung und ihr Einfluß auf die Sicherheits- und Abrüstungspolitik, in: Das Parlament Nr. 8 v. 17. Februar 1989, S. 15 f
- SIA and Defensive Zones, in: Bulletin of Peace Proposals, Vol. 20, No. 1 (1989), pp. 71-80
- Testfall für Gemeinsame Sicherheit mit den USA, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1989, S. 738 f
- Rezension: The Unconcluded Peace (Rüdiger Altmann, Der wilde Frieden), in: Modern Law und Society, Vol. XXII (1/ 1989), S. 50-52
- 1949-1989. Das Friedensgebot des Grundgesetzes. Anspruch und Wirklichkeit im vierzigsten Jahr, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 7/1989
- Vom Abschreckungssystem zu einer Ordnung des Gemeinsamen Friedens? In: DGB-Landesbezirk NRW, Abteilung Jugend (Hrsg.), Dokumentation Hattinger Forum zum Thema: Wie geht es weiter mit der Friedensbewegung? Düsseldorf 1989, S. 8-12

- Frieden ist nicht nur das Schweigen von Waffen, in: Tages-Anzeiger (Zürich) Nr. 164 vom 18. Juli 1989, S. 2
- Auf Dauer gesehen ist die Neutralität überholt. Sieben Thesen zur Initiative für eine Schweiz ohne Armee, in: Tages-Anzeiger (Zürich) Nr. 164 vom 18. Juli 1989, S. 2
- Kontinent ohne Konfrontation? In: Ausblick 9/1989, S.17-19
- Tiefflug. Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 8/1989
- Basic Law. Security and Peace. Armament and Disarmament. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 38/1989
- Gemeinsamer Frieden und Europäische Sicherheit, in: Europäische Sicherheit II. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 40/1989, S. 1-39
- "Alles, was fliegt, muß weg"?, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 3/1989, S. 146-150
- Rezension: Ingo Peters (Hrsg.), Entspannung durch Rüstungskontrollpolitik? Berlin 1988, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 3/1989, S. 195
- Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 41/1989
- Sind Kriege in Europa führbar?, in: Neue Wege 11/1989, S. 329-332
- In Zukunft keine nationale Sicherheit mehr, in: A. Gross u.a. (Hrsg.), Frieden mit Europa, Zürich 1989, S. 287-293

- Rezension: Marcus Breitschwerdt (Hrsg.), Rüstungskonversion, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 4/1989, S. 260
- Gemeinsame Sicherheit Bd. IV: Defensive Abhaltung und Strukturelle Angriffsunfähigkeit, Baden-Baden 1989

Mathias Martin

- Das Neue Politische Denken in der Außenpolitik der UdSSR, in: Arbeitshefte, Bonn 1989 (Nr. 85), S. 29-40

Erwin Müller

- Konventionelle Stabilität durch Strukturelle Angriffsunfähigkeit, in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 123-128
- Konventionelle Stabilität durch Strukturelle Angriffsunfähigkeit, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 3/1989

Reinhard Mutz

- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik, in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, S. 129-139 (zus. mit Götz Neuneck)
- Die Wiener Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle - Alter Wein in neuen Schläuchen? In: H.-M. Birckenbach, U. Jäger, C. Wellmann (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1989, S. 99-106

- Deutsche Sicherheitsinteressen und SDI, in: U. Albrecht, P. Krasemann (Hrsg.), SDI - Eine Zwischenbilanz, Berlin 1989, S. 59-67
- Vom Atlantik bis zum Ural - Vor einem neuen Anlauf zur Abrüstung, in: Friedenspolitischer Kurier 5/1989, S. 1-4
- Sterben in Wien - Die Abrüstung ist tot, sie lebe hoch! In: "Die Zeit" Nr. 7/1989, S. 43

Götz Neuneck

- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik, in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, S. 129-139 (zus. mit R. Mutz)
- Die taktischen Nuklearwaffen der NATO, in: S+F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Heft 3/1989, S. 153-160
- Complexity, Common Security and Conventional Arms Control. Paper Series. Institute for Peace and International Security, Boston/Mass. 1989
- Stabilität, Defensive Verteidigung und Konventionelle Abrüstung, in: U. Beisiegel, R. Rilling (Hrsg.), Weiter Abrüsten! Friedliche Wege in die Zukunft - Protokolle zum Tübinger Kongreß der Naturwissenschaft (S. 258-262), Marburg 1989. Informationsdienst Wissenschaft und Frieden
- Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle - Wege zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 35/1988

- Konventionelle Rüstungskontrolle - Konventionelle Stabilität. Literatúrauswahl, in Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F) Heft 3, 1989 (zus. mit S. Bund)

Andreas Pott

- Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa, in: R. Seidelmann (Hrsg.), Auf dem Wege zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1989, S. 353-384
- Staatliche Luftfahrtprogramme als regionalpolitische Standbeine, in: EG-Magazin Nr. 5, 1989, S. 17
- Maritime Rüstungskontrolle, in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 140-146
- Der "Jäger 90" und die Fusion Daimler-MBB: Ein europäischer Binnenmarkt für die Rüstung? In: H.-M. Birckenbach, U. Jäger, C. Wellmann (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1989, S. 134-142

Roland Reimers

- The technological aspects of remote sensing verification purposes. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 42/1989
- The Verification of Conventional Disarmament Treaties by Remote Sensing, in: J. Altmann, J. Rotblat (Hrsg.), Verification of Arms Reductions, Berlin, Heidelberg 1989, S. 172-183

Christiane Rix

- Osteuropa und die Auswirkungen des "neuen Denkens", in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 219-229
- Gibt es einen "Königsweg" zum Frieden? Die völkerrechtliche Perspektive aus politologischer Sicht, in: E. Senghaas-Knobloch/B. Moltmann (Hrsg.), Konflikte in der Weltgesellschaft und Friedensstrategien. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Band XVI, Baden-Baden 1989, S. 234-240
- New and Old Thinking - The Security Policies of Both Germanies after the INF-Treaty, in: Dan Smith (Ed.), European Security in the 1990s, Hammersmith 1989, S. 34-45
- Bewegung in der DDR. Zu einigen Ansätzen politischer und ideologischer Veränderungen in der DDR. Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von Ch. Rix, Frankfurt/Main 1989
- Zwischen Kontinuität und Wandel in Ideologie und Politik der DDR, in: Bewegung in der DDR. Zu einigen Ansätzen politischer und ideologischer Veränderungen in der DDR. Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von C. Rix, Frankfurt/Main 1989, S. 3-15

Arnold Peter Teicht

- Die Modernisierung der französischen nuklearen Streitkräfte, in: H.-G. Erhart, H. Bauer, A.P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 39/1989, S. 65-108

- Frankreichs künftige militärische Rolle in Europa, in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989
- Tiefflug, in: SISTRA, Sicherheitspolitische Strategien, Ausgabe 7-8/88, Bonn 1989
- VKSE/Luftstreitkräfte, in: SISTRA, Sicherheitspolitische Strategien, Ausgabe 3-4/89, Bonn 1989

Herbert Wulf

- Das Geschäft mit dem Tod, in: metall, Jg. 41, Heft 3, Frankfurt 1989, S. 8-9
- Waffenexport aus Deutschland. Das Geschäft mit dem Tod (Hrsg.), Reinbek 1989

5. ANHANG

5.1 Reihenübersicht

"Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- | | | |
|------|---|---|
| Heft | 1 | Reinhard Mutz, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden. März 1986* |
| Heft | 2 | Dieter S.Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Zur Entstehung einer neuen Konzeption und zur bisherigen Resonanz in der Bundesrepublik. Mai 1986* |
| Heft | 3 | Peter Wilke/Herbert Wulf, Manpower Conversion in Defence Related Industry. A report prepared for the International Labour Office. Juni 1986* |
| Heft | 4 | Christiane Rix/Peter Wilke, Gemeinsame Sicherheit. Politische Strategie und alternatives Konzept. Juli 1986* |
| Heft | 5 | Reinhard Mutz, Common Security. Elements of an Alternative to Deterrence Peace. Engl. version of vol. 1, translated by Dennis Mercer. Sept. 1986* |
| Heft | 6 | William Kerby, The Impact of Space Weapons on Strategic Stability and the Prospects for Disarmament - A quantitative Analysis. Okt. 1986 |
| Heft | 7 | Hanne-Margret Birckenbach/Christoph Sure, "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinder schreiben an Reagan und Gorbatschow über ihre Kriegsängste und Wünsche nach Frieden. Dez. 1986* |
| Heft | 8 | Dieter S. Lutz, Common Security - the New Concept. Distinctive Features and Structural Elements of Common |

Security Compared with Other Security Policy Methods and Strategies. Dez. 1986*

- Heft 9 Alexander Theilmann, Die Diskussion über militärische Defensivkonzepte. Entwicklungen, Inhalte, Perspektiven. Dez. 1986*
- Heft 10 Christiane Rix, Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik der DDR. Dez. 1986*
- Heft 11 Dieter S. Lutz, Security Partnership and/or Common Security? On the Origins and Development of a New Concept and on the Criticisms and Reactions to it in the FRG and GDR. Translated by Andrew Denison. Dez. 1986*
- Heft 12 Günther Baechler, EDI. "European Defence Initiative". Implications of Missile Defence in Europe for West German Security Policy (mit A. Statz). Dez. 1986
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. März 1987*
- Heft 14 Wolf Graf von Baudissin, Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zum 80-jährigen Geburtstag des Gründungsdirektors des IFSH. Mai 1987*
- Heft 15 Horst Fischer, Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit. Mai 1987
- Heft 16 Tordis Batscheider, Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung. Juni 1987

- Heft 17 Pal Dunay, Hungary's Security Policy. Juni 1987
- Heft 18 Hans Carl von Werthern, Die Außenpolitik neutraler Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung. Juli 1987
- Heft 19 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop Aspects of the Verification of Arms Control Treaties. Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part I. Juni 1987
- Heft 20 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties. Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part II. Juni 1987
- Heft 21 Günther Baechler/Christiane Rix, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen". Nov. 1987*
- Heft 22 Dieter S. Lutz, Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Nov. 1987*
- Heft 23 Herbert Wulf, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen. Dez. 1987*
- Heft 24 Veröffentlichungen 1971-1987 - Gesamtverzeichnis. Dez. 1987*
- Heft 25 Dieter S. Lutz, On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack. Jan. 1988*
- Heft 26 Jahresbericht 1987. Febr. 1988*

- Heft 27 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz. Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen. Mai 1988
- Heft 28 Hanne-Margret Birckenbach, Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt - zur politischen Psychologie einer Streitkultur. Juni 1988
- Heft 29 Günter Bächler, Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Juli 1988
- Heft 30 Nick Fiorenza, The Balance of Forces in Central Europe. August 1988
- Heft 31 Margret Johannsen/Dieter S. Lutz, Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung. September 1988
- Heft 32 Andreas Pott, Europäische Sicherheit I - Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? September 1988
- Heft 33 Margret Johannsen/Herbert Wulf (Hrsg.), Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit". Oktober 1988
- Heft 34 Ludger Dünne, Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte. September 1988
- Heft 35 Götz Neuneck, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle. Wege zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses. Dezember 1988*

- Heft 36 Jahresbericht 1988. Februar 1989
- Heft 37 Hanne-Margret Birckenbach, Die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Eine Fallstudie zu den Chancen und Schwierigkeiten kommunikativer Friedensstrategien. April 1989
- Heft 38 Dieter S. Lutz, Basic Law, Security and Peace, Armament and Disarmament. September 1989
- Heft 39 H.-G. Ehrhart/H. Bauer/A.P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Oktober 1989
- Heft 40 Axel Krohn/Dieter S. Lutz, Europäische Sicherheit II. Oktober 1989
- Heft 41 Dieter S. Lutz, Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsfähigkeit und Abrüstung. November 1989
- Heft 42 Roland Reimers, The technological aspects of remote sensing for verification purposes. Dezember 1989

*) vergriffen

**"Hamburger Informationen zur
Friedensforschung und Sicherheitspolitik"**

- | | | |
|------|---|---|
| Heft | 1 | Dieter S. Lutz/Tordis Batscheider, Was bedeuten SDI, BMD, ASAT, EUREKA, EVI, ATM, ABM? Eine Einführung in die Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums. September 1986 |
| Heft | 2 | Dieter S. Lutz/Susanne Bund, Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986. Juni 1987 |
| Heft | 3 | Egon Bahr/Dieter S. Lutz/Erwin Müller/Reinhard Mutz, Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa. Dez. 1987 |
| Heft | 4 | Margret Johannsen, Die Doppelte Null-Lösung. Dez. 1987 |
| Heft | 5 | Christiane Rix, Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Jan. 1988 |
| Heft | 6 | Herbert Wulf, Was heißt Rüstungskonversion? Febr. 1988 |
| Heft | 7 | Dieter S. Lutz, 1949-1989. Das Friedensgebot des Grundgesetzes - Anspruch und Wirklichkeit im vierzigsten Jahr. Mai 1989 |
| Heft | 8 | Dieter S. Lutz, Tiefflug - Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Juli 1989 |

5.2 Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Akademie der Wissenschaften, Berlin, DDR
- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The John Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg/Lahn
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Berghof-Stiftung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Vereinigung Politischer Wissenschaftler, Hamburg
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel, Frankreich / Belgien
- Europa-Institut, Moskau
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris
- Forschungsinstitut für Friedenspolitik e. V., Starnberg
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Freie Universität Berlin (FU)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn

- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Gustav-Heinemann-Initiative (GHI), Stuttgart
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK),
Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin, DDR
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris,
Frankreich
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht
(IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Berlin,
DDR
- Institut für Internationale Studien der Karl-Marx-Universität,
Leipzig
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institute for Defence Studies and Analyses, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge,
Mass., USA
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for US - Canada - Studies, Moskau
- Institute for World Policy, New York, USA
- Institute of Peace Research and Action (IPRA), London,
Großbritannien
- Instituto de Relaciones Europea-Latinoamericanas, (IRELA),
Madrid, Spanien
- Inter Naciones, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London,
Großbritannien
- IPSA Research Committee on Political Education, University of
Ottawa, Kanada
- King's College, Department of War Studies, London,
Großbritannien
- Landesverteidigungsakademie, Wien, Österreich
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- Max-Planck-Gesellschaft, Arbeitsgruppe Afheldt, Starnberg
- Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentlichkeitsrecht und Völkerrecht, Hamburg
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining, Österreich
- Ostkolleg, Köln
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Sektion Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Bildende Künste, Dresden
- Sektion Psychologie und Völkerrecht an der Universität Jena
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Volkswagenwerk, Hannover
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm, Schweden
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- Transnational Institute (INI) Amsterdam, Niederlande
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf, Schweiz
- Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, München
- University of St. Louis, Missouri, USA
- Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin

5.3 Anhang: Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit"

Wissenschaftler der Fachbereiche Informatik, Mathematik und Physik der Universität haben im Jahr 1988 eine Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit" gegründet. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Durchführung von Forschung und Lehre und die Pflege von internationalen Kontakten auf dem Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit. Die Arbeitsgruppe ist auf Hamburger Ebene eng an das IFSH gekoppelt und arbeitet weiterhin mit dem Institut für Politische Wissenschaft zusammen. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe waren im Berichtsjahr zugleich Mitarbeiter bzw. Stipendiaten des IFSH (Christian Drewniok, Götz Neuneck, Roland Reimers).

Die ersten Forschungsprojekte behandeln folgende Themen:

- Mathematische Untersuchungen zu Abrüstung und Stabilität (Prof. William Kerby, Götz Neuneck, Roland Reimers);
- Verifikation von konventioneller Abrüstung in Europa mit Fernsensoren (Prof. Johan Bienlein, Prof. Hartwig Spitzer);
- rechnergestützte Bilddeutung als Werkzeug für die Vertragsverifikation (OSCAR-Projekt) (Prof. Leonie Dreschler-Fischer, Christian Drewniok, H. Lange);
- Modernisierungstrends im Bereich konventioneller Rüstung (Prof. Gunnar Lindström).

Drittmittel zur Finanzierung der Arbeit wurden im April bzw. im Juli 1989 von der Volkswagen-Stiftung zur Verfügung gestellt.

Als erstes größeres Projekt in der Lehre wurde ab April 1989 eine zweisemestrige interdisziplinäre Einführungsvorlesung "Abrüstung, Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheit" durchgeführt (gemeinsam mit dem Institut für Politische Wissenschaft). Als Referenten wirkten Experten aus dem ganzen Hamburger Raum, darunter auch vom IFSH, mit.

5.4 Presseresonanz auf das Friedensgutachten 1989

Hinweis: Falls nicht anders vermerkt, sind die hier aufgeführten Artikel jeweils am 25. August 1989 erschienen.

1. Aachener Nachrichten: "Erhebliche Risiken" für die Welt. Friedensforscher besorgt: Aufrüstung geht weltweit weiter.
2. Aachener Volkszeitung: Das Wettrüsten geht weltweit weiter. Trotz Entspannungspolitik - Friedensforscher legen Gutachten vor.
3. Abendzeitung (München): Aufrüstung geht weiter.
4. Abendzeitung 8-Uhr-Blatt (Nürnberg): Reformen können Frieden bedrohen.
5. Allgäuer Anzeigenblatt (Immenstadt): Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.
6. Allgäuer Zeitung (Kempten): Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.
7. Allgemeine Zeitung (Alzey): Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.
8. Allgemeine Zeitung (Bingen): Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.
9. Allgäuer Zeitung (Füssen): Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.
10. Allgäuer Zeitung (Kaufbeuren): Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.
11. Allgemeine Zeitung (Mainz): Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter.
12. Aichacher Zeitung: Trügerischer Friede trotz Abrüstungspolitik. Friedensforscher: Militärhaushalte umfangreich wie eh und je / Risiko im Osten.
13. Alsfelder Allgemeine: "Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher: Vor Abrüstungsabkommen wird schnell modernisiert.
14. Altmühl Bote (Gunzenhausen): Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.
15. Augsburger Allgemeine: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

16. Backnanger Kreiszeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

17. Badische Zeitung (Freiburg): "Die Aufrüstung geht weltweit weiter". Institute legen "Friedensgutachten 1989" vor - Noch keine Ächtung chemischer Waffen.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

18. Badische Zeitung (Emmendingen).

19. Badische Zeitung (Lahrer Anzeiger).

20. Badische Zeitung (Lörrach).

21. Badische Zeitung (Mühlheim).

22. Badische Zeitung (Titisee-Neustadt).

23. Badisches Tagblatt (Baden-Baden): Friedensforscher kritisieren militärische Modernisierungsprogramme. Abrüstungserfolge nicht in Sicht.

Gleicher Artikel in der Regionalausgabe:

24. Badisches Tagblatt (Rastatt).

25. Bayerische Rundschau: Weltweite Aufrüstung hält an. Friedensforscher: Laufend neue Waffen für Ost und West.

26. Bayernkurier, 2.9.89: Friedensgutachten: Wichtiges wurde verdrängt. Egon Bahrs unverkennbare Schlagseite.

27. Bayerwald-Echo (Cham): Friedensgutachten: Den Krieg in Europa "unmöglich machen". Appell an Bonn. Für Bundeswehr-Beteiligung an UNO-Friedenstruppe.

28. Bergische Landeszeitung (Bergisch-Gladbach): Friedensforscher empfehlen UN-Einsatz der Bundeswehr.

29. Bietisheimer Zeitung: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

30. Bonner Rundschau: Friedensforscher empfehlen UN-Einsatz der Bundeswehr.

31. Bote vom Untermain Miltenberg: Friedensforscher: Krieg in Europa unmöglich machen. Appell an die Bundesregierung - Warnung vor Rüstungsexport.

32. Braunschweiger Zeitung: Friedensforscher: Waffenmodernisierung kompensiert Abrüstungserfolge.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

33. Braunschweiger Zeitung (Helmstedt).

34. Braunschweiger Zeitung (Wolfenbüttel).

35. Bremer Nachrichten: Krieg in Europa unführbar machen. Friedensforscher für umfassende Entmilitarisierung.
36. Buersche Zeitung (Gelsenkirchen-Buer): Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weltweit weiter. Führende Institute legen "Friedensgutachten 1989" vor. Militärhaushalte noch nicht gesunken. Bonn soll Waffenexport stoppen.
37. Cellesche Zeitung: Führende deutsche Friedensforscher gegen hohe Militärausgaben: "Aufrüstung kam weltweit noch nicht zum Stillstand".
38. Cuxhavener Nachrichten: Aufrüstung weltweit noch nicht gestoppt. Friedensforscher in Bonn legten Gutachten vor.
39. Darmstädter Echo: "Aufrüstung geht weiter".
40. Der Bote für Nürnberg-Land (Feucht): Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.
41. Der Teckbote (Kirchheim/Teck): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.
42. Deutsche Volkszeitung, 8.9.89: Friedensgutachten 1989: Abrüstungsklima: heiter bis wolkig.
43. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 8.9.89: Die Bundeswehr spart: Wenn es ernst wird mit der Abrüstung, muß sich die Waffenindustrie umstellen. Doch bisher fehlt dafür die politische Initiative. Panzer zu Kläranlagen.
44. Die Glocke (Oelde): Bei Rüstung kein Stillstand. Friedensforschungsinstitute beklagen ungebremste Modernisierungsprogramme.
45. Die Harke (Nienburg): "Aufrüstung geht weiter". Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor.
46. Die Rheinpfalz (Speyer): Friedensforscher äußern Sorge. Bundesregierung soll atomare Abrüstungsverhandlungen vorbereiten.
- Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:
47. Die Rheinpfalz (Bad Dürkheim).
48. Die Rheinpfalz (Donnersberg).
49. Die Rheinpfalz (Frankenthal).
50. Die Rheinpfalz (Ludwigshafen).
51. Die Rheinpfalz (Mittelhaardt).
52. Die Rheinpfalz (Unterhaardt).
53. Die Rheinpfalz (Westrich).
54. Die Rheinpfalz (Pfälzer Tagblatt).

- 55. Die Rheinpfalz (Pfälzische Volkszeitung).
- 56. Die Welt: "Aufrüstung geht in Ost und West weiter".
- 57. Donau-Kurier (Ingolstadt): Trägerischer Friede trotz Abrüstungs- politik. Friedensforscher: Militärhaushalte umfangreich wie eh und je. Risiko im Osten.
- 58. Donauwörther Zeitung: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht wei- ter.

Gleicher Artikel nach dpa/ap-Meldung in:

- 59. Donau Zeitung (Dillingen).
- 60. Dürener Zeitung: Das Wettrüsten geht weltweit weiter. Trotz der Entspannungspolitik - Friedensforscher legen Gutachten vor.

Gleicher Artikel nach dpa-Meldung in:

- 61. Eichstätter Kurier.
- 62. Erkelener Volkszeitung.
- 63. Filder-Zeitung (Stuttgart): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.
- 64. Fränkische Landeszeitung (Feuchtwangen): Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.

Interview auch in den Regionalausgaben der Zeitung:

- 65. Fränkische Landeszeitung (Ansbach).
- 66. Fränkische Landeszeitung (Neustadt).
- 67. Fränkischer Tag (Bamberg): "Aufrüstung geht weltweit weiter".

Gleicher Artikel in der Regionalausgabe der Zeitung:

- 68. Fränkischer Tag (Forchheim).
- 69. Fränkisches Volksblatt (Karlstadt): "Aufrüstung geht weltweit wei- ter".

Gleicher Artikel in der Regionalausgabe der Zeitung:

- 70: Fränkisches Volksblatt (Würzburg).
- 71. Frankfurter Neue Presse: Friedensforscher sehen Aufrüstung.
- 72. Frankfurter Rundschau: "Neue Waffen gefährden Abrüstung". Frie- densforscher warnen vor Modernisierung. Bahr: Atomschutz Frankreichs reicht.

Gleiche Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

- 73. Frankfurter Rundschau Ausgabe 3.
- 74. Frankfurter Rundschau Ausgabe 4.

75. Friedberger Allgemeine: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.
76. Fürther Nachrichten: Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.
77. Fuldaer Zeitung: Die Aufrüstung geht weltweit weiter. Friedensforscher empfehlen Bonn Hilfen für die Länder Osteuropas und Eindämmung der Rüstungsexporte.
78. Gäu Bote: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.
79. Geislinger Zeitung: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.
80. Generalanzeiger (Bonn): Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.
81. Giessener Allgemeine: "Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher: Vor Abrüstungsabkommen wird schnell modernisiert.
82. Gmünder Tagespost: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.
83. Goslarsche Zeitung: Friedensforscher: Waffenmodernisierung kompensiert Abrüstungserfolge.
84. Gränz-Bote, (Tuttlingen): Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter.
85. Günzburger Zeitung: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.
86. Haller Kreisblatt: Friedensgutachten 1989. Aufrüstung noch nicht beendet.
87. Haller Tagblatt: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.
88. Hamburger Abendblatt: Gutachten der deutschen Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.
89. Hannoversche Allgemeine Zeitung: "Aufrüstung geht weltweit weiter". Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor.
Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:
90. Hannoversche Allgemeine Zeitung (Garbsen).
91. Hannoversche Allgemeine Zeitung Nord.
92. Hannoversche Allgemeine Zeitung Ost.
93. Hannoversche Allgemeine Zeitung Süd.
94. Hannoversche Allgemeine Zeitung West.
95. Harz-Kurier: Friedensforscher: "Aufrüstung geht weltweit weiter".
96. Heidenheimer Zeitung: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

97. Heilbronner Stimme: Friedensforscher: Aufrüstung kam weltweit noch nicht zum Stillstand.

98. Heimatzeitung des Kreises Gross-Gerau: "Aufrüstung geht weiter".

99. Hersfelder Zeitung: Friedensforscher: "Aufrüstung geht weltweit weiter".

100. Hertener Allgemeine: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weltweit weiter. Führende Institute legen "Friedensgutachten 1989" vor. Militärhaushalte noch nicht gesunken. Bonn soll Waffenexport stoppen.

101. HNA Hessisch/Niedersächsische Allgemeine (Kassel): Friedensforscher: "Aufrüstung geht weltweit weiter".

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

102. HNA Eschweger Allgemeine.

103. HNA Fritzlaer-Homberger Allgemeine.

104. HNA Hofgeismarer Allgemeine.

105. HNA Rotenburg-Bebraer-Allgemeine.

106. Hildesheimer Allgemeine Zeitung: "Aufrüstung geht weiter". Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor.

107. Hoehster Kreisblatt: Friedensforscher sehen Aufrüstung.

108. Hofer Anzeiger: Friedensgutachten sagt aus: Globale Aufrüstung geht weiter.

109. Hohenloher Tagblatt: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

110. Idsteiner Zeitung: Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.

111. Ipf- und Jagst-Zeitung: Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter.

112. Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung: Die Aufrüstung geht weltweit weiter. Modernisierungsprogramme ungebremst. Den osteuropäischen Volkswirtschaften helfen.

113. Jülicher Volkszeitung: Das Wettrüsten geht weltweit weiter. Trotz der Entspannungspolitik - Friedensforscher legen Gutachten vor.

114. Kieler Nachrichten: Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

115. Kieler Nachrichten (Eckenförde).

116. Kieler Nachrichten (Ostholstein).

117. Kitzinger Zeitung: Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.

118. Kölner Stadt-Anzeiger: Bericht aus Bonn: Friedensforscher fürchten Unterlaufen der Abrüstung.

119. Kölnische Rundschau: Friedensforscher empfehlen UN-Einsatz der Bundeswehr.

Gleicher Artikel in der Regionalausgabe der Zeitung:

120. Kölnische Rundschau (Euskirchen).

121. Kreisnachrichten Calw: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

122. Kreiszeitung (Böblingen): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

123. Lahrer Echo: Friedensforscher: Krieg in Europa unmöglich machen. Appell an die Bundesregierung - Warnung vor Rüstungsexporten.

124. Landesberger Tagblatt: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weltweit weiter.

125. Leonberger Kreiszeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

126. Leverkusener Zeitung: Bericht aus Bonn: Friedensforscher fürchten Unterlaufen der Abrüstung.

127. Lindauer Zeitung: Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter.

128. Lippische Landeszeitung: Friedensgutachten 1989: Aufrüstung noch nicht beendet.

129. Lüdenscheider Nachrichten: Die Aufrüstung geht weiter. Werden denkbare Abkommen schon jetzt gezielt unterlaufen?

130. Main-Echo (Aschaffenburg): Friedensforscher: Krieg in Europa unmöglich machen. Appell an die Bundesregierung - Warnung vor Rüstungsexport.

Gleicher Artikel in der Regionalausgabe der Zeitung:

131. Main-Echo (Alzenau).

132. Mainpost Würzburg: "Aufrüstung geht weltweit weiter".

133. Mainspitze Rüsselsheim: Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.

134. Marbacher Zeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

135. Marktredwitzer Tagblatt: Friedensgutachten sagt aus: Globale Aufrüstung geht weiter.

136. Memminger Zeitung: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

137. Metzinger-Uracher Volksblatt: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung.

138. Mindelheimer Zeitung: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

139. Mittelbayerische Zeitung (Amberg): Friedensgutachten: Den Krieg in Europa "unmöglich machen". Appell an Bonn. Für Bundeswehrbeteiligung an UNO-Friedenstruppe.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

140. Mittelbayerische Zeitung (Kehlheim).

141. Mittelbayerische Zeitung (Regensburg).

142. Mittelbayerische Zeitung (Schwandorf).

143. Mühlacker Tagblatt: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

144. Nassauische Neue Presse: Friedensforscher sehen Aufrüstung.

145. Neuburger Rundschau: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

146. Neue Presse (Coburg): Aufrüstung geht weltweit weiter. Erhöhtes Konfliktpotential in der UdSSR.

147. Neue Presse (Hannover): Friedensforscher warnen: Die Aufrüstung geht weltweit weiter. Abkommen zur Ächtung der Chemiewaffen fehlt.

148. Neue Westfälische (Bad Oeynhausen): Friedensgutachten 1989. Aufrüstung noch nicht beendet.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

149. Neue Westfälische (Bielefeld).

150. Neue Westfälische (Gütersloh).

151. Neumarkter Tagblatt: Friedensgutachten: Den Krieg in Europa "unmöglich machen". Appell an Bonn. Für Bundeswehr-Beteiligung an UNO-Friedenstruppe.

152. Neu-Ulmer Zeitung: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

153. Nordbayerischer Kurier (Bayreuth): Weltweite Aufrüstung hält an. Friedensforscher: Laufend neue Waffen für Ost und West.

154. Nordbayerische Nachrichten (Höchstadt): Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.

155. Norddeutsche Rundschau (Itzehoe): "Die Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher sehen Trend zu präziseren Waffen.

156. Nordsee-Zeitung (Bremerhaven): Aufrüstung weltweit noch nicht gestoppt. Friedensforscher in Bonn legten Gutachten vor.
157. Nordwestzeitung (Oldenburg): "Aufrüstung geht weltweit weiter". Friedensgutachten 1989 vorgelegt.
158. Northeimer Neueste Nachrichten: Friedensforscher: "Aufrüstung geht weltweit weiter.
159. Nürnberger Nachrichten: Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.
160. Nürtinger Zeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.
161. NWZ Göppinger Kreisnachrichten: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung.
162. Oberbadisches Volksblatt (Lörrach): Weltweit wird weiter aufgerüstet. Friedensforscher: Modernisierung von Waffensystemen nicht gebremst.
163. Oberbergische Volkszeitung (Gummersbach): Friedensforscher empfehlen UN-Einsatz der Bundeswehr.
164. Oberbergischer Anzeiger (Gummersbach): Bericht aus Bonn: Friedensforscher fürchten Unterlaufen der Abrüstung.
165. Odenwälder Heimatzeitung (Erbach): Aufrüstung geht weiter.
166. Ostfriesischer Kurier (Norden): "Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher-Appell: Rüstungsexport wirksam eindämmen.
167. Pegnitz-Zeitung (Lauf): Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.
168. Peiner Allgemeine Zeitung: "Aufrüstung geht weiter". Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor.
169. Pfaffenhofener Kurier: Trügerischer Friede trotz Abrüstungspolitik. Friedensforscher: Militärhaushalte umfangreich wie eh und je. Risiko im Osten.
170. Pforzheimer Zeitung: Friedensforscher legen Gutachten vor: Ungebremste Aufrüstung. Militärhaushalte noch nicht gesunken.
171. Pirmasenser Zeitung: Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter. Modernisierte Waffensysteme machen Abrüstungserfolge zunichte.
172. Recklinghauser Zeitung: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weltweit weiter. Führende Institute legen "Friedensgutachten 1989" vor. Militärhaushalte noch nicht gesunken. Bonn soll Waffenexport stoppen.

173. Rems-Zeitung (Schwäbisch Gmünd): Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

174. Reutlinger Generalanzeiger: "Aufrüstung geht weltweit weiter". Friedensforscher: Bonn soll Exportkontrollen verschärfen.

175. Rhein-Neckar-Zeitung (Heidelberg), 24.8.89: In memoriam Klaus von Schubert.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

176. Rhein-Neckar-Zeitung (Mosbach).

177. Rhein-Neckar-Zeitung (Sinsheim).

178. Rhein-Neckar-Zeitung (Wiesloch).

179. Rhein-Neckar-Zeitung (Wiesloch), 1.9.89: Chancen und Gefahren. "Friedensgutachten 1989" unter Heidelberger Beteiligung erschienen.

180. Rhein-Sieg-Anzeiger (Siegburg): Bericht aus Bonn: Friedensforscher fürchten Unterlaufen der Abrüstung.

181. Rhein-Sieg-Rundschau (Siegburg): Friedensforscher empfehlen UN-Einsatz der Bundeswehr.

182. Rieser Nachrichten (Nördlingen): Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

183. Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung: Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.

184. Saale-Zeitung (Bad Kissingen): Aufrüstung geht weltweit weiter. Friedensforscher beunruhigt - Entwicklung in Osteuropa birgt hohe Risiken.

185. Salzgitter-Zeitung: Friedensforscher: Waffenmodernisierung kompensiert Abrüstungserfolge.

186. Schaumburger Nachrichten (Stadthagen): "Aufrüstung geht weiter". Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor.

187. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung (Rendsburg): "Die Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher sehen Trend zu präziseren Waffen.

188. Schondorfer Nachrichten: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

189. Schrobenhausener Zeitung: Trügerischer Friede trotz Abrüstungspolitik. Friedensforscher: Militärhaushalte umfangreich wie eh und je. Risiko im Osten.

190. Schwabacher Tagblatt: Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.

191. Schwabmünchner Allgemeine: Friedensforscher: Die Aufrüstung geht weiter.

192. Schwäbische Donauzeitung (Ulm): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

193. Schwäbische Post (Aalen): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

194. Schwäbische Zeitung (Biberach): Friedensforscher: Aufrüstung geht weiter.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

195. Schwäbische Zeitung (Ehingen).

196. Schwäbische Zeitung (Friedrichshafen).

197. Schwäbische Zeitung (Laupheim).

198. Schwäbische Zeitung (Leutkirch).

199. Schwäbische Zeitung (Ravensburg).

200. Schwäbische Zeitung (Saulgau).

201. Schwäbische Zeitung (Sigmaringen).

202. Schwäbische Zeitung (Tettnang).

203. Schwäbische Zeitung (Wangen).

204. Schwäbisches Tagblatt: Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

205. Schwarzwälder Bote (Calw): Weltweit wird weiter aufgerüstet. Friedensforscher: Modernisierung von Waffensystemen nicht gebremst.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

206. Schwarzwälder Bote (Freudenstadt).

207. Schwarzwälder Bote (Hechingen).

208. Schwarzwälder Bote (Oberndorf).

209. Schwarzwälder Bote (Rottweil).

210. Schwarzwälder Bote (Villingen-Schwenningen).

211. Schweinfurter Tagblatt: Aufrüstung geht weltweit weiter.

212. Selber Tagblatt: Friedensgutachten sagt aus: Globale Aufrüstung geht weiter.

213. Sindelfinger Zeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

214. Stader Tagblatt: Aufrüstung weltweit noch nicht gestoppt. Friedensforscher in Bonn legen Gutachten vor.

215. Stolberger Volkszeitung: Das Wettrüsten geht weltweit weiter. Trotz der Entspannungspolitik - Friedensforscher legen Gutachten vor.

216. Stuttgarter Nachrichten: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

217. Stuttgarter Zeitung: Friedensforscher für schnelle Verhandlungen.

218. Süddeutsche Zeitung (München): Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor. "Bundeswehr im UNO-Auftrag einsetzen". Für Beteiligung an Friedenstruppen. "Krieg in Europa unmöglich machen".

Gleicher Artikel in der Regionalausgabe der Zeitung:

219. Süddeutsche Zeitung (Fürstfeldbruck).

220. Südhessische Post (Heppenheim): Aufrüstung geht weiter.

221. Südkurier (Donaueschingen): Aufrüstung geht weiter.

Gleicher Artikel in den Regionalausgaben der Zeitung:

222. Südkurier (Konstanz).

223. Südkurier (Radolfzell).

224. Südkurier (Singen).

225. Südkurier (Triberg).

226. Südkurier (Überlingen).

227. Südkurier (Waldshut-Tiengen).

228. Tauber-Zeitung (Bad Mergentheim): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

229. Taunus-Zeitung (Bad Homburg): Friedensforscher sehen Aufrüstung.

230. Unsere Zeit (Neuss): Drittes Friedensgutachten vorgelegt: Friedensforscher drängen Regierung zum Handeln. Die Bundesregierung soll ein möglichst rasches Resultat bei den Wiener Verhandlungen erwirken, fordern drei große Friedensforschungsinstitute.

231. Vaihinger Kreiszeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

232. Volksblatt Berlin und Spandauer Volksblatt (Artikel und Kommentar): a) Friedensforscher: Aufrüstung nimmt neue Formen an. b) Nur eine Atempause.

233. Waiblinger Kreiszeitung: Friedensforscher besorgt über weltweite Aufrüstung.

234. Weissenburger Tagblatt: Wortlaut des Interviews mit Egon Bahr: Neue Konfliktfelder. Umweltverschmutzung bedroht Frieden.
235. Wertheimer Zeitung: Friedensforscher: Krieg in Europa unmöglich machen. Appell an die Bundesregierung - Warnung vor Rüstungsexport.
236. Weser Kurier (Bremen): "Aufrüstung hält weltweit an". Deutsche Friedensforscher weisen vor allem auf Waffen-Modernisierungen in Ost und West hin.
237. Westfälische Rundschau (Dortmund): Hochtechnologie unterläuft Abrüstungserfolge. Friedensforscher: Wandel im Osten durch Hilfen absichern.
238. Wetterauer Zeitung (Friedberg): "Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher: Vor Abrüstungsabkommen wird schnell modernisiert.
239. Wiesbadener Kurier: "Aufrüstung geht weiter". Friedensforscher fordern: Krieg unmöglich machen.
240. Wiesbadener Tagblatt: Friedensforscher: Aufrüstung geht weltweit weiter.
241. Wilhelmshavener Zeitung: Aufrüstung geht weltweit weiter. Friedensgutachten 1989 vorgelegt.
242. Wolfsburger Nachrichten: Friedensforscher: Waffenmodernisierung kompensiert Abrüstungserfolge.
243. Zollern-Alb-Kurier (Balingen): Friedensforscher beklagen anhaltende Aufrüstung. Neue Techniken machen Abrüstungserfolge zunichte.

5.5 Resonanz auf die Arbeit des IFSH - eine Auswahl

DER SPIEGEL Nr. 14

vom 3.4.1989

ABRÜSTUNG

Lange Zähne

Das Bonner Verteidigungsministerium suchte einen Dialog zwischen Offizieren aus beiden Deutschlands zu hintertreiben.

Der Befehl erreichte Brigadegeneral Hermann Hagena am selben Tag, an dem er in der Hamburger Führungsakademie seinen Abschiedsempfang als Offizier der Bundeswehr gab: Er sei ausgewählt, die Delegation beim ersten deutsch-deutschen Militärgipfel in Hamburg-Blankenese anzuführen.

Nur „mit langen Zähnen“, so Hagena, sei er dem Befehl des Verteidigungsministeriums gefolgt; auch seine drei Begleiter – zwei Obristen und ein Kapitän zur See – hatten sich nicht freiwillig für das im Ministerium bis zuletzt umstrittene Unternehmen gemeldet. Wer an seine Karriere denken muß, wartet auf Order von oben. Und die ließ lange auf sich warten – erst vier Tage vor dem Strategie-Gespräch hatte die Bundeswehr ihre Delegation zusammen.

Das Treffen der West- und Ost-Offiziere war vom SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr im Oktober vergangenen Jahres mit DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler vereinbart worden; doch

dann häuften sich die Peinlichkeiten. Zunächst wurde in Bonn darüber gestritten, wer denn nun einladen solle. Die Führungsakademie durfte es auf Weisung der Hardthöhe nicht. Schließlich einigte man sich: Veranstalter sollte das Hamburger Institut für Friedensforschung sein, dem Bahr vorsteht.

Dann ging es um die Besetzung. Obwohl klar war, daß die DDR mit zwei Generalen – Professor Rolf Lehmann, stellvertretender Kommandeur der Militärakademie Friedrich Engels in Dresden, und Werner Hübner, zuständig für Soziale Wehrerziehung im SED-Zentralkomitee – antreten wollte, sollten zunächst nur Lehrgangsteilnehmer der Führungsakademie an die Diskussionsfront geschickt werden. Bahr bat um „Nachbesserung“, die schließlich auch gewährt wurde.

Verteidigungsminister Rupert Scholz jedoch ließ noch einen Tag vor Beginn des Treffens seinen Widerwillen erkennen. Solange die DDR den Schießbefehl an der Grenze nicht aufhebe, seien offizielle Militärkontakte nicht möglich. Der Dialog in Hamburg, so die Hardthöhe, sei „inoffiziell“, ihre Soldaten dürften lediglich „ihre persönlichen Auffassungen“ wiedergeben.

Doch selbst das wurde ihnen dann noch untersagt. Oberst Winfried Dunkel, Leiter des Pressestabes des Verteidigungsministeriums, gab den abkommandierten Bundeswehroffizieren für die offizielle Pressekonferenz ein Sprechverbot. Der von der DDR befürwortete gemeinsame Medienauftritt mußte ausfallen, nur Egon Bahr durfte reden.

Integrität des eigenen Territoriums“ wiederherzustellen.

Die Nationale Volksarmee wird schon in diesem Monat mit der angekündigten Reduzierung um 10 000 Mann beginnen, im Mai will die Sowjet-Union mit dem Abzug von zwei Panzerdivisionen aus der DDR folgen.

Die Gespräche seien, urteilte Bahr, „naturgemäß ein bißchen schwierig gewesen“, aber dann sachlich und „vertrauensbildend“, eben ein Anfang.

Scholz beharrt zwar noch darauf, „offizielle Kontakte müßten auf Ministerebene beginnen“, weist aber gleichzeitig seit über einem halben Jahr die Einladung seines DDR-Kollegen Keßler zurück. Sein Parlamentarischer Staatssekretär Willi Wimmer aber preschte vor: „Wir wollen mehr als nur solche Treffen mit ein paar Offizieren.“ Er schlug vor, der Wehrbeauftragte des Bundestages solle in der DDR und der Sowjet-Union Möglichkeiten für den „zeitweiligen Austausch von Soldaten aller Dienstgrade mit der Bundeswehr“ vorbereiten.

Egon Bahr aber denkt nicht nur an Militärtourismus. Er will die Soldaten stärker in die oft mühseligen Abrüstungsverhandlungen einbinden. „Die Militärs“, so Bahr, „wissen oft besser als Diplomaten, was mit den Waffen, über die sie verfügen, angerichtet werden kann. Ich habe große Hochachtung vor den Gehirnen einiger Generale – auf beiden Seiten.“

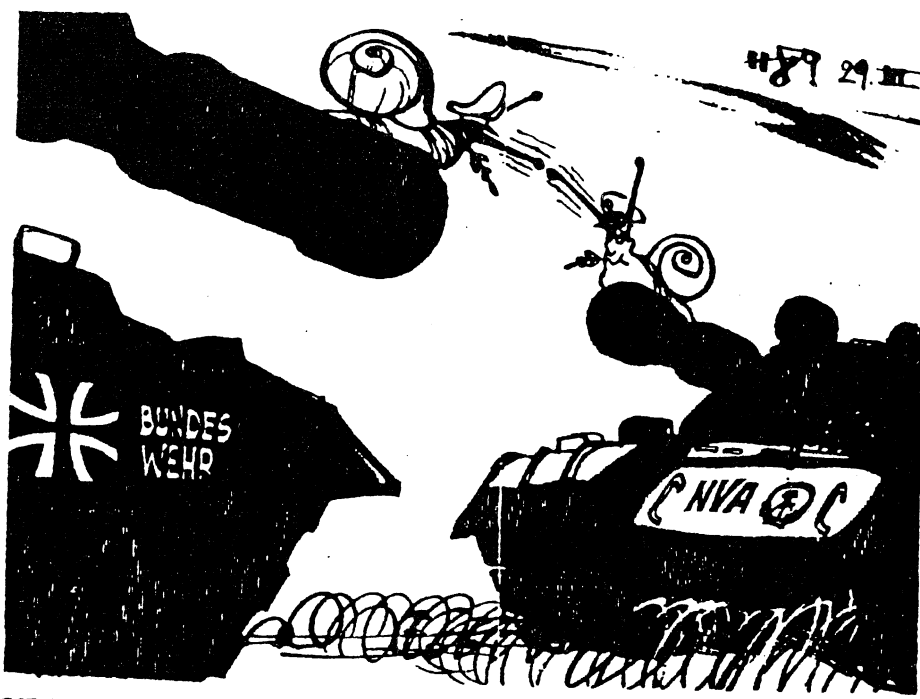
Den Beweis, daß Militärs im Abrüstungsprozeß „eine phantastisch wichtige Rolle spielen“ könnten, hatten ihm hohe Offiziere bei den – inzwischen abgebrochenen – MBFR-Verhandlungen in Wien geliefert. Amerikaner, Russen, Ostdeutsche und Westdeutsche hätten ihm dort erklärt, sie könnten unter sich innerhalb von sechs bis acht Wochen einen Vertrag konzipieren.

Verwundert registrierten die uniformierten Deutschen (West), daß ihre Kameraden (Ost) in Zivil angereist waren und sich in ihren zu engen Anzügen beim Aufstellen zum Gruppenbild sichtlich unwohl fühlten. Doch in der Diskussion über die Militärstrategie hatten die DDR-Offiziere einiges zu bieten.

Der Osten sei heute, so Hagena zum SPIEGEL, auf viele Grundsätze des westlichen Militärbündnisses eingeschwenkt; es habe „erstaunliche Übereinstimmung“ gegeben: Ein Krieg – konventionell wie atomar – sei nach Ansicht der Militärs in West und Ost nicht gewinn- und überlebar; das Ziel jeder Strategie müsse die Kriegsverhinderung sein; dazu brauche man Streitkräfte, die nachprüfbar defensiv ausgerichtet seien; die Verteidigung sei auf das Ziel zu beschränken, im Falle eines Angriffs „die



Gastgeber Bahr (M.), Ost-, West-Offiziere*: „Naturgemäß ein bißchen schwierig“



Offiziersdialog

Zeichnung: Heitzinger

Bundeswehr und Volksarmee an einem Tisch

Hamburg - Zum ersten Mal sitzen sie an einem Tisch zusammen: Vier hochrangige Militärs aus der DDR und vier Bundeswehroffiziere trafen sich gestern zu einem zweitägigen Gespräch im Hamburger Institut für Friedensforschung. Institutsleiter Egon Bahr (SPD) hatte das Treffen angeregt. Themenschwerpunkt: Sicherheitspolitik der Militärblöcke und Abrüstung. Leiter der DDR-Delegation ist der stellvertretende Kommandeur der Dresdener Militärakademie, Generalmajor Professor Rolf Lehmann. Die Bundeswehr-Delegation wird vom Vize-Kommandeur der Hamburger Führungsakademie, Brigadegeneral Hermann Hagena, geleitet.

Streitkräfte sollen künftig „Krieg im Frieden besiegen“

Offiziere von NVA und Bundeswehr diskutierten in Hamburg

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr, der als Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bei den Gesprächen zwischen den Offizieren der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) der „DDR“ die Rolle des Gastgebers und Moderators übernommen hatte, sprach gestern nach Abschluß des Treffens von „zwei heißen Tagen unter dem Dach der Wiener Verhandlungen“. Die Gespräche seien zu Beginn „naturgemäß ein bisschen schwierig“ gewesen, seien dann aber offen, sachlich und „vertrauensbildend“ verlaufen. Beide Seiten seien der Ansicht, daß die Sicherheit in Europa nur gemeinsam organisierbar sei. Auf beiden Seiten müßten „Soldaten für Rüstungskontrolle“ ausgebildet werden.

Beide Delegationen hätten ferner darin übereingestimmt, daß allein ein „Gleichgewicht der Streitkräfte“ noch nicht als ausreichend angesehen werden könne, sondern „Strukturveränderungen“ müßten hinzukommen. Die Aufgabe der Streitkräfte sei es, so habe einer der teilnehmenden Offiziere formuliert, „den Krieg im Frieden zu besiegen“. Von beiden Seiten sei

ferner akzeptiert worden, so Bahr, daß „Verteidigung strikt begrenzt sein muß auf Wiederherstellung der Integrität des eigenen Territoriums“.

Die Vertreter der Führungsakademie der Bundeswehr hatten zu Beginn und zum Abschluß des Treffens den Schußwaffengebrauch an den innerdeutschen Grenzen unmißverständlich als „Belastung“ solcher Begegnungen bezeichnet. Auch das „Feindbild“, das den NVA-Soldaten in ihrer Ausbildung vermittelt wird, sei von den Teilnehmern der Bundesrepublik angesprochen worden, „und auch die vielzitierte Erziehung zum Haß“, wie Bahr hinzufügte. Der Chef der NVA-Delegation, Generalmajor Professor Rolf Lehmann von der Militärakademie der NVA in Dresden, habe zu diesem Punkt darauf hingewiesen, daß die von der Bundeswehr zu Manövern in die „DDR“ entsandten Beobachter mit Sicherheit auf keinerlei „Erziehung zum Haß“ gestoßen seien.

Die „DDR“-Offiziere bekräftigten, daß die angekündigten einseitigen Truppenreduzierungen im April bei der NVA und im Mai bei den sowjetischen Streitkräften in der „DDR“ beginnen würden.

Bundeswehr- und „DDR“-Offiziere kamen nicht zum Termin

Von GEROG DORNHOF

Fernsehkameras waren aufgebaut, ein Dutzend Pressefotografen hatten schon die Finger am Auslöser: Aber die hohen Offiziere der Bundeswehr und der „Nationalen Volksarmee“ der „DDR“ kamen nicht.

Stattdessen berichtete der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr über die zweitägigen Gespräche der acht hohen Militärs im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik am Hamburger Falkenstein.

Die Gespräche seien zuerst schwierig gewesen, dann aber in aufgelockerter Atmosphäre verlaufen, sagte Bahr. Generalmajor Lehmann von der „Volksarmee“ kündigte an, daß der von Parteichef Honecker angekündigte Truppenabbau um 10 000 Mann bereits im April beginnen soll. Ab Mai wolle die Sowjetunion ihre in der „DDR“ stationierten Truppen reduzieren. Die Gespräche, die laut Bahr von den Militärs als ein Stück Vertrauensbildung empfunden wurden, sollen nächstes Jahr in Dresden fortgesetzt werden.

„DDR“-Offiziere in Hamburg:

Truppen- Abbau beginnt

Stichtag ist der 1. April

Von Günter Stiller

Hamburg – Die „DDR“ wird schon am 1. April mit der angekündigten Reduzierung der Nationalen Volksarmee (NVA) um 10 000 Mann beginnen. Moskau wird am 1. Mai den Abzug von Soldaten der „Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland“ (GSTD) einleiten.

Das kündigte Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Stellvertretender Kommandeur der Militärakademie Friedrich Engels in Dresden, während des ersten Treffens von Offizieren der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee in Hamburg an.

Bei diesen Abrüstungsmaßnahmen handelt es sich um Teile der vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow angekündigten Verminderung der Streitkräfte des Warschauer Paktes um rund 500 000 Mann.

Nach Informationen des Hamburger Abendblattes sollen noch in diesem Jahr folgende Sowjetverbände aus Mitteleuropa abgezogen werden: 25. Panzerdivision (Vogelsang), 32. Garde-Panzerdivision (Jüterbog), zwei Panzerausbildungsregimenter und drei selbständige Verbände. 1990 folgen dann: 7. Garde-Panzerdivision (Dresden), 12. Garde-Panzerdivision (Neuruppin), die Luftsturmbrigade in Cottbus, ein Panzerausbildungsregiment und fünf selbständige Einheiten. Danach werden aber immer noch sieben Panzer- und acht Schützendivisionen der Roten Armee zurückbleiben.

Für die Nationale Volksarmee hat Staats- und Parteichef Erich Honecker die Auflösung von sechs Panzerregimentern mit 600 Kampfpanzern und eines Geschwaders mit 50 Düsenbombnern angekündigt. Die Panzer sollen verschrottet, die Flugzeuge „eingemottet“ und der Verteidigungshaushalt um zehn Prozent verringert werden.

Nach den zweitägigen Gesprächen zwischen vier NVA-Militärs und vier Bundeswehr-Offizieren im Institut für Friedensforschung der Universität Hamburg in Blankenese zog Institutsleiter Egon Bahr Bilanz: „Dieser Schritt auf Neuland und unter dem Dach der Wiener Verhandlungen ist nur möglich gewesen, weil die Verteidigungsminister Kessler und Scholz zugestimmt haben. Am schnellsten ist man sich darüber einig gewesen, daß Soldaten als Rüstungskontrolleure ausgebildet werden müßten.“ Und auch darüber: „Beide Seiten halten weder einen nuklearen noch einen konventionellen Krieg in Europa für gewinn- und überlebar. Und sie akzeptieren, daß Verteidigung in Zukunft begrenzt sein muß auf das Ziel der Herstellung der Integrität des eigenen Territoriums.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.3.1989

Bahr: Die NVA plant keine Präventivschläge

HAMBURG, 29. März. Die Nationale Volksarmee der DDR plant keine präventiven Schläge und bildet ihre Soldaten auch nicht in diesem Sinne aus. Die Veränderung der bisherigen Militärstrategie sei beschlossen. „Nachdenken über Prävention findet nicht mehr statt.“ So hat der SPD-Politiker Egon Bahr, zugleich Leiter des Hamburger Instituts für Friedensforschung, den stellvertretenden Kommandeur der Dresdner Militärakademie, Lehmann, zitiert. Bahr berichtete am Mittwochnachmittag vor Journalisten in Hamburg über ein Treffen, das vier NVA-Offiziere mit Vertretern der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr für zwei Tage zusammengebracht hatte.

Wie das Abendblatt erfuhr, legten die zwei Generalmajore und zwei Obersten aus der „DDR“ eine Art Bedrohungskatalog vor. Danach fühlten sie sich von seiten des Westens bedroht durch:

1. den Wiedervereinigungsanspruch der Bundesrepublik. (Die Erklärung ihrer Hamburger Kollegen, es handle sich dabei um einen ideellen Anspruch, wurde nicht akzeptiert.)

2. Die Streitkräftevergleiche des Westens, die nicht den realen Verhältnissen entsprächen.

3. Die NATO-Doktrin eines möglichen Ersteinsetzes von Atomwaffen, falls die westliche Verteidigung im Krieg zusammenzubrechen droht.

4. Neue Technologien des Westens. Erwähnt wurde dabei der neue, per Radar kaum zu ortende amerikanische „Stealth“-Bomber. Denn: Derartige revolutionäre Systeme seien in der Lage, „über Nacht gültige Strategien außer Kraft zu setzen“.

Auch den Feindbildern will man hüben wie drüben absagen. Generalmajor Prof. Dr. Hübner, der oberste Wehrerzieher der „DDR“, dem ein Offizier der Bundeswehr „Erziehung der Soldaten zum Haß“ vorgehalten hatte, sagte: „Diese Feindbilder sind nicht mehr gültig. Unsere Soldaten wird statt dessen die Liebe zum sozialistischen Vaterland gelehrt.“

Für Bahr habe sich bei den Gesprächen eine Reihe von Übereinstimmungen ergeben. Angesichts des Bildes, das ein operatives Schlachtfeld in Mitteleuropa zeigen müßte, sollten offensive Operationen auf beiden Seiten unmöglich gemacht werden. Über dieses Ziel habe es auf beiden Seiten Übereinstimmungen gegeben. „Aufgabe der Streitkräfte ist es, den Krieg im Frieden zu besiegen“, habe ein Teilnehmer gesagt. Im April werden die Streitkräfte der DDR mit der Reduktion ihrer Truppen beginnen, im Mai werden die sowjetischen Streitkräfte in der DDR folgen. Dies sagte Bahr unter Hinweis auf eine Ankündigung Lehmanns. Bahr zeigte sich darüber optimistisch, daß dieser Abbau militärischer Präsenz auch ohne ein förmliches Kontrollabkommen zur Kenntnis genommen und verifiziert werden könne. Der DDR-General Lehmann hat Vertreter der Hamburger Führungsakademie für das kommende Jahr zu Gesprächen nach Dresden eingeladen.

„Friedensgutachten 1989“ unter Heidelberger Beteiligung erschienen

„Das neue Denken erträgt Andersartigkeit, es lebt mit der Relativität der eigenen Wahrheit, es begreift die Pluralität politischer Ordnungen nicht als Bedrohung, sondern als Chance.“ Dieser gegenwartsprägende Satz findet sich in einem Prolog zum „Friedensgutachten 1989“, das dieser Tage in Bonn vorgelegt wurde. Er stammt von Klaus von Schubert, dem im Juni 1989 verstorbenen Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg. Der Professor für Politikwissenschaft, der die Denkfigur der gemeinsamen Sicherheit zwischen Ost und West prägte, war an der Entstehung des Gutachtens noch beteiligt; bei der Arbeit am Votum und den Empfehlungen hat er gefehlt. Mit dem Friedensgutachten 1989 gehen die drei Friedensforschungsinstitute in der Bundesrepublik – neben der Heidelberger FEST das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) – zum dritten Mal an die Öffentlichkeit, um ein kritisches Fazit der friedens- und sicherheitspolitischen Situation der zurückliegenden zwölf Monate zu ziehen. Konkrete Empfehlungen richten sich dabei auch an die handelnde Politik.

In den 19 wissenschaftlichen Kurzanalysen konzentrieren sich die Friedensforscher auf solche Politikfelder und Fragestellungen, die in die Forschungsschwerpunkte der drei Institute eingelagert sind. So sind vor allem der Ost-West-Konflikt, der Friedensprozeß in Europa und die Sicherheitsituation der Bundesrepublik Deutschland Gegenstand der gutachterlichen Berichte. Eine darauf auf-

bauende Stellungnahme der drei Institutsleitungen ist dem Gutachten vorangestellt; sie faßt die Ergebnisse der Einzelstudien zusammen und formuliert politische Empfehlungen.

Bei den positiven Entwicklungen wird der weiter vorgeschrittene Reform- und Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn vermerkt, wo einzelne Vorgänge Zeichen für dramatische gesellschaftliche Veränderungen unter aktiver Teilnahme der regierenden kommunistischen Parteien sind. Der begeistert aufgenommene Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik wird als Ausdruck der Erleichterung der Bevölkerung über die schwindende militärische Bedrohung gewertet: „Der sowjetische Staatspräsident und seine Politik haben ein tradiertes Feindbild aufgelöst.“ In der Negativbilanz wird allerdings darauf hingewiesen, daß trotz der abrüstungspolitischen Bewegung auf breiter Front der gegenläufige Prozeß des konfrontativen Rüstungswettbewerbs keineswegs zum Stillstand gekommen ist. Auch wird die rapide zunehmende globale Gefährdung der Umwelt angesprochen, die neben der weiter gestiegenen Verschuldung der Dritten Welt als „Gefahr für die gemeinsame Sicherheit der Menschheit“ gesehen wird; damit werden sogar alle Ost-West-Konflikte überlagert. Das Verhalten der Staaten wird – so monieren die Friedensforscher – der Situation nicht gerecht, sondern läßt neue Konfliktherde entstehen.

Ein augenblicklich außerordentlich bewegendes Thema wird bei den Einzelanalysen des Friedensgutachtens 1989 behandelt:

„Osteuropa und die Auswirkungen des ‚neuen Denkens‘“. Die beispiellose Entwicklung in der Sowjetunion, wo die Perestroika auf der politischen Ebene mittlerweile die Bereiche der Literatur, des Theaters, der Filmkunst, der Malerei sowie die bislang tabuisierte Aufarbeitung der Vergangenheit umfaßt, ist nicht ungefährdet. Die überall wachsenden nationalistischen Strömungen sind ein schwer berechenbarer Faktor und deuten, wie festgestellt wird, auf das Ausmaß der bislang weitgehend verschwiegenen, verdrängten und unterdrückten Probleme hin, denen sich die „zweite russische Revolution“ zu stellen hat.

Eine sich anschließende Aufzeichnung und Untersuchung der Vielschichtigkeit der politischen Umwandlungsprozesse in den übrigen Staaten des Warschauer Paktes gipfelt in der Einschätzung, daß für die Chancen einer „gemeinsamen Sicherheit“ viel davon abhängt, daß die westlichen Staaten ihr technologisches und ökonomisches Potential nicht dazu einsetzen, um Druck auf Systemveränderung in den sozialistischen Ländern auszuüben. Die Stimmen aus Polen, die sich in diesen Tagen gen Westen richten, können diese Perspektive nur bestätigen.

Die Analysen des Friedensgutachtens 1989, das den Charakter eines Handbuchs hat und ohne Spezialkenntnisse gelesen werden kann, werden durch eine gegliederte Zeittafel sowie ein Verzeichnis der Abkürzungen und Fachbegriffe ergänzt. (Das Friedensgutachten 1989 hat einen Umfang von 283 Seiten und kann zum Preis von 15 DM bezogen werden über die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Schmeilweg 5, 6900 Heidelberg.)

Arndt Krödel

Süddeutsche Zeitung vom 25.8.1989

Friedensforschungsinstitute legen gemeinsames Gutachten vor

„Bundeswehr im UNO-Auftrag einsetzen“ Für Beteiligung an Friedenstruppen / „Krieg in Europa unmöglich machen“

Bonn (AP) – Politiker in West und Ost sind von den drei Friedensforschungsinstituten in der Bundesrepublik zu verstärktem Engagement für das Ziel aufgefordert worden, Krieg in Europa unmöglich zu machen. In ihrem am Donnerstag in Bonn vorgestellten „Friedensgutachten 1989“ empfehlen sie der Bonner Regierung, den „gewachsenen Handlungsspielraum der Bundesrepublik auszuschöpfen und ihre Aktivitäten darauf zu konzentrieren, ein möglichst rasches Resultat der Wiener Verhandlungen zu erreichen“. Die Friedensforscher sprechen sich für einen Einsatz von Bundeswehrrsoldaten in UNO-Friedenstruppen aus. Das „Friedensgutachten“ wurde vom Hamburger Friedensforschungsinstitut, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft erstellt.

Vor der Bundespressekonferenz sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr als Leiter des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg (IFSH), die Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen hätten günstige Perspektiven für ganz Europa eröffnet. Politisches Ziel müsse es jedoch sein, ei-

nen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der jeden Krieg in Europa ausschließe. Eine Beteiligung von Bundeswehrrsoldaten an UNO-Friedenstruppen sei angesichts der Bedeutung der Vereinten Nationen für Friedenssicherung und Konfliktregulierung in der Welt vertretbar. Die Friedensforscher halten jedoch eine Ergänzung des Grundgesetzes für erforderlich, mit der ein Einsatz der Bundeswehr ohne UNO-Auftrag außerhalb des NATO-Gebietes ausgeschlossen wird.

Das Gutachten empfiehlt der Bundesregierung dringend, „die bisher weithin unbeschränkte Handhabe von Rüstungsexporten“ wirksam einzudämmen und die Exportkontrollen für sensitive Güter zu verschärfen. Dadurch könne der „beschädigte Ruf“ der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Exports militärisch sensitiver Güter, Anlagen und Technologien wieder hergestellt werden.

Die Friedensforscher appellierten an die Regierungen, die aktuelle Entwicklung im Ostblock zu fördern. „Was die Ost-West-Beziehungen insgesamt betrifft, so besteht eine entscheidende Unwägbarkeit darin, wie sich der Reformprozeß in der Sowjetunion und in Osteuropa weiter entwickelt“, wird eingeräumt. Soziale Konflikte in Ost-

block-Staaten könnten die Berechenbarkeit des Entspannungsprozesses in Zukunft gefährden. Im Rahmen des KSZE-Prozesses sei es erforderlich, Grundlagen eines gesamteuropäischen Programms zur strukturellen Modernisierung der Volkswirtschaften Osteuropas zu entwickeln. Westliche wirtschaftliche Beiträge dazu sollten jedoch nicht an politische Auflagen gebunden sein.

Bahr äußerte die Auffassung, daß Westeuropa sich allein auf die Abschreckungswirkung der französischen Atomwaffen verlassen könnte. Wenn Frankreich bereit wäre, bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen als Führungsmacht der Westeuropäer aufzutreten, könne dies den Verhandlungen zusätzliche Impulse geben, schreibt Bahr in seinem Beitrag „Es reicht mit Frankreich“. Frankreichs habe heute mächtigere Nuklearstreitkräfte als die USA Ende der 50er Jahre und im Gegensatz zu den USA auch an der klassischen Abschreckungsdoktrin festgehalten, betont Bahr. Zwar tue sich Frankreich mit einer Nukleargarantie für Westeuropa schwer, doch „potentiell“ wirke die französische Abschreckung schon jetzt eurostrategisch und im Interesse der Bundesrepublik.

„Neue Waffen gefährden Abrüstung“

Friedensforscher warnen vor Modernisierung / Bahr: Atomschutz Frankreichs reicht

BONN, 24. August (dpa/AFP/epd/aud). Die Aufrüstung ist nach Feststellungen der führenden bundesdeutschen Friedensforschungsinstitute trotz einer breiten Abrüstungspolitischen Bewegung weltweit noch nicht zum Stillstand gekommen. Insbesondere die Modernisierungsprogramme gingen ungebremst weiter. Die Streitkräfte in Ost und West erhielten neue Waffen und Ausrüstungen und die Militärhaushalte seien noch nicht gesunken, heißt es in einem am Donnerstag in Bonn vorgelegten „Friedensgutachten 1989“ der drei Institute aus Hamburg, Frankfurt und Heidelberg.

Wie der SPD-Politiker und Leiter des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg, Egon Bahr, bei der Vorstellung sagte, lassen rüstungstechnische Neuerungen die Absicht erkennen, bereits erreichte oder zu erwartende Abrüstungserfolge zunichte zu machen. Hochtechnologie fände zunehmend Anwendung bei konventionellen Waffen. Der Trend gehe zu mehr Beweglichkeit, höherer Präzision, größeren Reichweiten und höherer Zerstörungswirkung. Damit drohe ein Ergebnis der Wiener Verhand-

lungen über konventionelle Abrüstung schon unterlaufen zu werden, ehe überhaupt eine Vereinbarung vorliege.

Als weitere negative Entwicklung wird in dem Gutachten angemerkt, daß immer noch kein Abkommen zur weltweiten Ächtung chemischer Waffen zustande gekommen sei und die Genfer Verhandlungen über einen umfassenden Teststopp für Atomsprengkörper auf der Stelle träten.

Erhebliche Risiken berge auch die Entwicklung in der UdSSR und Osteuropa, nicht zuletzt durch die Wiederbelebung längst überwunden geglaubter nationalistischer Gegensätze. Dies könne die Berechenbarkeit der Entspannung gefährden.

Die Friedensforscher plädierten deshalb für ein gesamteuropäisches Programm zur „strukturellen Modernisierung“ der Volkswirtschaften Osteuropas. Ein solches Hilfsprogramm, das aber nicht mit politischen Auflagen verbunden sein dürfe, könne zur Festigung der Reformprozesse in Osteuropa beitragen.

Bahr befürwortet den Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei Friedensmissionen

der Vereinten Nationen (UN). Eine solche Entscheidung sei von der Bundesregierung selbstverständlich von Fall zu Fall zu treffen. Strittige verfassungsrechtliche Fragen könne man durch eine Grundgesetzergänzung lösen, die eine Verwendung der Bundeswehr ohne UN-Auftrag außerhalb des NATO-Gebiets ausschließe.

Als einen Schritt „ganz in die notwendige Richtung“ würdigte Bahr den von Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) geplanten Aufbau eines „Abrüstungsbataillons“. Schließlich forderte er die Bundesregierung auf, ihren „beschädigten Ruf“ auf dem Gebiet des Exports militärisch sensibler Güter durch eine Verschärfung der Exportkontrollen und ihre konsequente Handhabung wiederherzustellen.

Westeuropa könnte sich nach Auffassung Bahrs allein auf die Abschreckungswirkung der französischen Atomwaffen verlassen. Wenn Paris bereit wäre, bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen als Führungsmacht der Westeuropäer aufzutreten, könnte dies den Verhandlungen zusätzliche Impulse geben, schreibt Bahr in einem Beitrag zum Gutachten unter dem Titel „Es reicht mit Frankreich“. Das Nachbarland habe heute mächtigere Atomstreitkräfte als die USA Ende der 50er Jahre und im Gegensatz zu den USA auch an der klassischen Abschreckungsdoktrin festgehalten, während die USA mit taktischen Atomwaffen den Nuklearkrieg begrenzen und führbar gemacht hätten.

Kölner Stadt-Anzeiger vom 25.8.1989

Bericht aus BONN

Vor Jahren waren sie noch einsame Rufer in der Wüste. Bestenfalls hielt man sie für ein bißchen spinnert, wenn sie – lange vor der Friedensbewegung – die friedenserhaltende Rolle der Atomwaffen bezweifelten oder die Abschreckungsdoktrin in Frage stellten. Aus Angst vor der „Korruption der Macht“ suchten sie selbst den Kontakt zur etablierten Politik nicht. Wenn die wichtigsten drei Friedensforschungsinstitute der Bundesrepublik ihr gemeinsames Jahresgutachten vorlegen, präsentieren sie es inzwischen auf der Bundespressekonferenz. Kanzleramt, Verteidigungs- und Außenministerium sowie die parlamentarischen Experten haben schon vorher ein Exemplar bekommen.

Eine treibende Kraft in diesem Prozeß war Egon Bahr, der unermüdete „Raketenzähler“ und sicherheitspolitische Vordenker der SPD. Seit der damalige Bürgermeister Dohnanyi ihn zum Leiter des Instituts für Friedensforschung

und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) machte, drängt er auf Praxisbezug und Präsenz der Forscher in der politischen Diskussion.

Zwar dürfte der US-Präsident kaum zu den Lesern der deutschen Friedensexpertise

Friedensforscher fürchten Unterlaufen der Abrüstung

Von unserem Redakteur Thomas Kröter

gehören. Doch konnte Bahr am Donnerstag genüßlich vermerken, daß Bush, wie das Gutachten des Vorjahres, die Einbeziehung von Truppenstärken und Flugzeugen in die Wiener Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen hat. Politiker und Friedensforscher beginnen in eine ähnliche Richtung zu denken. Experten aus Ministerien und Universitäten diskutieren nicht mehr nur

konfrontativ, sondern konstruktiv miteinander.

Nach Abschluß des Abkommens über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen und dem erfolgsversprechenden Beginn der Wiener Verhandlungen über den Abbau konventioneller Waffen fällt die Bilanz von IFSH, Hessischer Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Forschungsstätte der Evangeli-

Flugzeuge, Munition und Raketenwerfer im Westen. Schon „die Tatsache ernsthaften Handelns über zahlenmäßige Rüstungsverminderungen“ forcieren „den bekannten Mechanismus, Masse durch Qualität zu ersetzen“. Rüstungstechnische Neuerungen ließen „die Absicht erkennen, entstandene wie erwartete Abrüstungsfolgen zu kompensieren“.

Die „brisanteste Entwicklung“ sind für die Friedensforscher neben Mehrfachraketenwerfern „luftgestützte Abstandswaffen“: Das sind Flugkörper, die aus Flugzeugen fern der gegnerischen Radarabwehr abgeschossen werden und sich dann elektronisch gesteuert selbst ihr Ziel suchen. Sie können konventionell wie atomar bestückt sein und sind deshalb für die Rüstungskontrollen besonders schwer in den Griff zu bekommen. Noch gibt es „kein Rezept“ gegen solche Entwicklungen, klagt Egon Bahr. Politiker und Experten müssen sich etwas einfallen lassen, sonst, so der Abrüstungsexperte, komme trotz aller Verhandlungserfolge „einer und sagt: April, April, ich hab' was Neues – dann haben wir mit Zitronen gehandelt“.

Studiengemeinschaft (Fest) für die Ost-West-Beziehungen positiv aus. Auch der weitere Abrüstungsprozeß gebe zu Hoffnungen Anlaß.

Ganz werden die Friedensforscher die Rolle der warnenden Cassandra nicht los. Zu Recht kritisieren sie, daß der Rüstungswettlauf nicht gestoppt ist, und verweisen auf die Einführung modernster Panzer im Osten wie auf neue

Ein „Gefühl der Aggressivität“ durch die Planungen der Nato

Treffen deutscher und sowjetischer Militärs in der Hamburger Führungsakademie / Kontakte sollen vertieft werden

mtz. HAMBURG, 14. Dezember. Hamburg ist in diesen Tagen zu einem wichtigen Standort des west-östlichen Entspannungsprozesses geworden. Nachdem am letzten Wochenende ein internationaler Ost-West-Workshop zu Ende gegangen war, bei dem Sicherheitsfachleute beider Lager die Folgen der Perestrojka diskutierten und der Moskauer Professor Proektor bei der vom Hamburger Institut für Friedensforschung ausgerichteten Tagung von einem „Wendepunkt der Geschichte“ sprach, trafen sich jetzt deutsche und sowjetische Militärs in der Blankeneser Führungsakademie. Die Gäste aus der Moskauer Akademie des Generalstabes „Woroschilow“ sollten, wie Gastgeber Generalmajor von Scheuven sagte, unter anderem auch Einblicke in die Rolle des Soldaten in einer offenen Gesellschaft erhalten und davon überzeugt werden, daß die „gesamte Verteidigungsplanung der Bundeswehr im Rahmen der Nato eine auf Kriegsverhinderung orientierte Strategie“ verfolgt.

Generalleutnant Makarenko, Chef des Lehrstabes der Militärakademie des sowjetischen Generalstabes, machte jedoch am Donnerstag deutlich, daß das zuletzt

genannte Ziel nicht erreicht werden konnte. Makarenko sprach von dem „Gefühl einer gewissen Aggressivität“, das die Planungen der Nato vermittelten. Eine entsprechende nach Hamburg mitgebrachte Auffassung habe sich bestätigt. Positiv äußerte sich Makarenko zu dem Ablauf des fünftägigen Besuchs in Hamburg, der an diesem Freitag zu Ende geht. Erstmals sei es möglich gewesen, durch direkten Kontakt einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis zu leisten.

Wie dies schon zuvor bei dem Ost-West-Workshop der Russe Proektor versichert hatte, so beteuerte auch Makarenko den Willen Moskaus, in seiner Militärpolitik eine „eindeutige Verteidigungsposition“ einzunehmen. Makarenko zählte die Maßnahmen auf, die objektiv bereits zu einer Schwächung der militärischen Stärke der Sowjetunion geführt hätten. „Ähnliche Einblicke hätten wir gerne bei der Nato genommen“, sagte Makarenko, „aber auf die Frage nach konkreten Maßnahmen haben wir keine Antwort erhalten.“ Der Chef der Führungsakademie, von Scheuven, erinnerte seinen Gast daraufhin an die nach unten revidierten Zahlen über die

künftige Stärke der Bundeswehr, die soeben bekannt geworden seien.

Die Rote Armee will im Zeichen von Glasnost auch im eigenen Land über ihr Selbstverständnis und ihre Vorhaben aufklären. Wie Makarenko sagte, plane der Generalstab die Schaffung eines Organs, das sich mit Öffentlichkeitsarbeit befassen soll. In den zentralen Zeitungen und bei den elektronischen Medien sitzen bereits Offiziere, die die Verbindung der Streitkräfte mit den Medien und damit „Offenheit“ herstellen sollen.

Scheuven hat aus den Gesprächen mit der sowjetischen Delegation den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetarmee sich im Übergang zu einer defensiven Struktur befindet. Als positiv bewertete der deutsche Generalmajor, daß beide Seiten ein realistisches Bild vom anderen gewonnen hätten, wenngleich sich in beiden Bündnis-systemen unterschiedliche Denkweisen entwickelt hätten. Da seien, so Scheuven, „zwei getrennte Welten erstmals auf der Ebene von Militärexperten aufeinanderge-stoßen“.

Die jetzt erstmals geknüpften Kontakte zwischen den für die Ausbildung ihrer jeweiligen Führungsebene zuständigen beiden Militärakademien sollen weiter vertieft werden. Für den Oktober des nächsten Jahres ist ein Besuch der Blankeneser in Moskau vorgesehen. Darüber hinaus ist an den Austausch von Dozenten gedacht. Die Entwicklung, die mit dem Besuch des Generalinspektors der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, im Mai in Moskau ihren Anfang genommen und mit dem Andocken eines deutschen Flottenverbandes in Leningrad ihre Fortsetzung gefunden hatte, könnte nach den Vorstellungen Scheuvens auch durch den wechselseitigen Besuch von Lehrgangsteilnehmern in Blankenese und Moskau mit noch mehr Leben erfüllt werden. Jährlich absolvieren an der Führungsakademie in Blankenese zweieinhalbtausend Soldaten aller Waffengattungen etwa dreißig verschiedene Lehrgänge. Dort lehren etwa 135 militärische und 25 zivile Dozenten.

„Die deutsche Frage ist Sache der Deutschen“

Von Wolfram Kroeber

Bonn – Sollten sich die Bürger der DDR mehrheitlich gegen eine Wiedervereinigung und für einen eigenen Staat entscheiden, hätte das für Bonn weitreichende Konsequenzen bis hin zu einer Änderung des Grundgesetzes. Es würde dann auch die Aufforderung zur Vollendung der deutschen Einheit aus der Verfassung gestrichen werden müssen. Das haben Regierungsvertreter in Bonn einer Gruppe von Wissenschaftlern aus der UdSSR, den USA und der Bundesrepublik versichert.

Bonn werde alle Entscheidungen der DDR-Bevölkerung anerkennen, wurde den ausländischen Gesprächspartnern klargemacht. Das gelte auch für eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft.

Die Wissenschaftler hatten sich zum Abschluß des diesjährigen Ost-West-Workshops über gemeinsame Sicherheit noch einmal zusammengefunden. Die Tagung wird vom Friedensforschungs-Institut der Universität Hamburg unter der Leitung des SPD-Politikers Egon Bahr ausgerichtet.

Im Gegenzug zu den Versicherungen der Bonner Wissenschaftler zur Deutschland-Politik sagte Professor Daniil Proektor vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen: „Die Sowjetunion wird eine in freien Wahlen getroffene Entscheidung des deutschen Volkes über seine Zukunft anerkennen.“ Das gelte auch, wenn sich die Menschen in der DDR für die deutsche Einheit entschieden, sagte der sowjetische Professor.

Proektor faßte darüber hinaus die sowjetische Außenpolitik in der Deutschland-Frage in fünf Punkten

zusammen:

- Die Deutschen sollen in freien Wahlen ihr Schicksal selbst entscheiden.
- Beide Seiten müssen alles tun, um für Stabilität zu sorgen. Instabilität durch eine krisenhafte Eskalation im Zentrum Europas kann sehr gefährliche Folgen haben.
- Beide deutsche Staaten haben ein Eigenleben. Ihre Souveränität ist weiter zu gewährleisten. Niemand kann voraussagen oder darf vorgeben, was demnächst passiert.
- Die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa kann sich nur im Rahmen des KSZE-Prozesses, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, abspielen.
- Alle Entscheidungen über Deutschland müssen in einem gesamteuropäischen Rahmen getroffen werden.

Ein Teilnehmer der Wissenschaftler-Runde, Paul Walker vom Institut für Frieden und Internationale Sicherheit in Cambridge/Massachusetts, geht davon aus, daß die USA im Zuge der Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa in den 90er Jahren ihren Verteidigungshaushalt um die Hälfte abbauen werden. Jetzt sei die Zeit für eine „dritte Null-Lösung“ für atomare Kurzstreckenraketen in Europa gekommen.

Der US-Wissenschaftler und sein sowjetischer Kollege Proektor äußerten sich auch zur Rolle des Alliierten Kontrollrates in Deutschland: „Was er zukünftig tun wird, hängt von der Lage in und um Berlin ab“, sagte Proektor. Der Rat habe jüngst gezeigt, „daß er noch da ist“. Paul Walker meinte, der Rat habe nicht viel zu sagen, die deutsche Frage sei „vor allem Sache der Deutschen“.

Hamburger Abendblatt

vom 16./17.12.89

Xinhua News Agency

News Bulletin

(新华社英文电讯稿)

NO. 014684

Tel. 664470

Wednesday, March 29, 1989

CN 11 -- 1366

troops of german democratic republic to be cut back by 10,000

bonn, march 29 (xinhua) -- the german democratic republic says it will cut back its people's army by 10,000 in early april.

egon bahr, head of the institute of policy research on peace and security of hamburg university, quoted officers of the people's army also as saying that cutbacks will be carried out in may in soviet forces stationed in the german democratic republic.

bahr said at a press conference after a meeting of military leaders of the two germanys that officers from federal germany's national defense force and the german democratic republic's people's army will meet again next year in the german democratic republic.

the institute of policy research on peace and security sponsored the two-day meeting, which ended today, and according to bahr it was successful and deepened mutual understanding and mutual trust.

bahr, also a leader of federal germany's social democratic party, said that in addition to expressing a common hope of disarmament, both sides agreed that national defense should be aimed only at defending the integrity of each country's territory. in the present situation, he added, they believe that common security can only be achieved by cutting back troops and eliminating military imbalances.

hermann hagen, deputy president of the federal national defense force's command academy, headed west germany's delegation of four.

major general rolf lehmann, of dresden military academy, headed a five-officer delegation of the german democratic republic people's army. enditem